

Amerikanisches.

Im Lande der „lawyers“ und „lawsuits“, der Rechtsanwälte und Prozesse, spielen die mehr oder minder sauberen Priester der heiligen Themis stets und überall eine sehr bedeutende Rolle. Aus ihren Reihen gehen zumeist die Staatssenatoren, Congressmitglieder, Cabinetsecretäre und Bundeschefs hervor. Auch Cleveland hatte sich vom Advocatenstempel zum Präsidentensitzel durchgerungen, und nach vierjährigem Besitze der höchsten Exekutivgewalt zur Ausgangsstation zurückzukehren. Sein letzter Regierungssact war eine gute, rühmliche That; unterzeichnete er doch eine dem fünfzigsten Congresse zur Ehre gezielte Verfügung, durch welche das Ackerbau-Departement als besonderer Verwaltungszweig vom Ministerium des Innern getrennt und der bisherige Commissar durch einen Minister der Landwirtschaft ersetzt wurde.

Sollte das neuere Amt eines achten Cabinetsecretärs auch nur der lange vernachlässigten Anforderung geeigneter Districte zu Staaten kommen und den in die Bundesdomänen einbrechenden Holzdieben den Garauß machen, so wäre es ein wahrer Segen für die Union. Jedenfalls ist es keine sinecure und bedarf einer tüchtigen, redlich wirkenden Kraft. Harrison traf eine dankenswerthe Wahl, als er es dem hochrespectablen Jeremiah M. Rusk übertrug, der einst als Gouverneur des Staates Wisconsin der von den Eisenbahn-Monopolisten bedrängten Arbeiter sich annahm, gleichzeitig aber auch jede Friedensförderung mit aller Entschiedenheit unterdrückte. Von den übrigen Cabinetmitgliedern kommen nur der Staatssecretär Blaine und der Finanzminister Windom, welche schon unter Garfield die ihnen jetzt aufs Neue anvertrauten Aemter verwalteten, als längst bekannte Größen in Betracht. Zum Generalpostmeister wurde der Pennsylvanier John Wannamaker ernannt, nicht etwa seiner deutschen Abkunft wegen, oder weil er der Inhaber des einträglichsten Herrensagerobengeschäfts zu Philadelphia und ein mit zwanzig Millionen gefegneter Coupon-schneider ist, sondern weil er durch die Beiführung von 500 000 Dollars zur Wahlcampagne-Kasse der Republikaner seine zweifellose Befähigung für irgend ein vom Sieger zu vergebendes Amt bekundet hatte.

Wie gewöhnlich vollzog sich der Administrationswechsel ohne jeden unerquicklichen Zwischenfall. Die Antrittsrede des Präsidenten war kein oratorisches Meisterwerk, doch ließ sie nichts Erwähnenswerthes unberührt. Die von Harrison gewünschte Abänderung der Naturalisationsgesetze will die amerikanische Gastfreundschaft, soweit sie zulässig ist, aufrecht erhalten. Sie bezweckt im Wesentlichen eine Verbesserung des Charakters der Immigration und fordert daher den Ausschluß derjenigen, deren Gegenwart die gesellschaftliche Ordnung gefährden und die Staatseinkünfte belasten könnte. Den freien Zugang brauchbarer Menschen zu beschränken, wie dies die Einwanderungs-Kommission des Congresses, mit alleiniger Ausnahme des deutschen Republikaners Günther von Wisconsin, beabsichtigte, liegt ihr fern. Glücklicher Weise ist die Zeit für einen vernünftigeren Entwurf noch nicht vorüber, da die Gesetzgeber in Washington, der Noth gehorchend, die Sache unerledigt ließen. Sie konnten sich nämlich in ihrer Mehrheit auch mit dem Günther'schen Substitute der ihnen etwas zu weit gehenden Original-Vorlage nicht befrenden; besagte doch ein Paragraph desselben, daß jeder Einwanderungslustige befähigt sein müsse, mehrere Fragen in seiner eigenen Landessprache zu lesen und schriftlich mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Dieser „Bildungs-Test“, der die Immigration der Deutschen, Scandinavier u. s. w. wohl kaum vermindert hätte, erschien den demokratischen Congressmitgliedern, in Berücksichtigung der völlig ungeschulten Irländer, aus denen sich ein beträchtlicher Theil ihrer dienstbaren Geister rekrutirt, nicht annehmbar.

Auch hätten sie den Territorien Nord- und Süd-Dakota, Washington und Montana die mit hoher Berechtigung geforderte Aufnahme in den Staatenbund nochmals verweigert, wenn ihnen nicht endlich klar geworden wäre, daß sie, ohne ihre Partei-Interessen zu schädigen, die Befriedigung des an sie gestellten Verlangens nicht dem nachfolgenden republikanischen Congresse überlassen dürften. Es wird sich nun die nationale Flagge mit 42 Sternen schmücken, und schon bei der im December stattfindenden Eröffnung der ersten Session des 51. Congresses werden die Senatoren und Repräsentanten der vier neuen Staaten ihre Plätze einnehmen. Jene großen, einer mangelhaften Territorialregierung entzogenen Gebiete dürften sehr bald die erstrebenswerthe Ziele der deutschen Auswanderer sein. Die erhöhte Anziehungskraft Montanas wird sich voraussichtlich schon in diesem Frühjahr zeigen, denn durch ein mit den Indianern der Great Northern Reservation getroffenes Abkommen wurden weit ausgedehnte kulturfähige Ländereien frei. Nord- und Süd-Dakota eröffnen den Ansiedlern noch bessere Aussichten. Bei einer Bevölkerungsdichtigkeit, wie sie Frankreich hat, müßten sie etwa 25 Millionen Menschen Raum gewähren. Im Jahre 1870 beherbergten sie nur 14 000 Bleichgesichter und Rothhäute, gegenwärtig aber haufen 600 000 Pioniere der Bestimmung innerhalb ihrer Grenzen. Die Haupterwerbszweige sind Ackerbau und Viehzucht, deren rasches Emporblühen selbst in der an Wundern so reichen Union nicht seines Gleichen findet. Die vorjährige Weizenernte ergab 52 Millionen Bushel oder, nach preussischen Scheffeln berechnet, ungefähr 30 Millionen, und in keinem südlich von Ohio gelegenen Staate werden Pferde, Kinder, Schafe und Schweine besser und massenhafter gezüchtet als in den beiden Dakotas. Groß ist auch der Reichtum an Steinkohlen sowie an Gold- und Zinnerzen. Doch erfreulicher als dies Alles ist das sittliche und geistige Streben des Volkes, das außer 17 öffentlichen Wohlthätigkeits- und Besserungsanstalten 4000 Schulhäuser erbaute und mehr Zeitungen unterhält als das politisch regsame Kentucky mit seinen 1 700 000 Seelen.

Was Harrison in seiner Inaugurationsrede über die einer friedlichen Lösung entgegengehenden Samoa-Wirren sagte, unterschied sich kaum von dem, was der wider die amerikanischen Heßbolde ankämpfende Vollblut-Vantee Townsend an den „Cincinnati Enquirer“ schrieb. Da hieß es wörtlich: „In Bezug auf Oceanien hatten die Vereinigten Staaten niemals eine Monroe-Doctrin. Sie wünschen dort nur bequeme Halteplätze für ihre künftigen Dampferlinien.“ Wichtiger waren jene Worte des Präsidenten, die auf die Anlage einer kürzeren Wasserstraße zwischen den östlichen und westlichen Küsten hinwiesen. Sie enthielten offenbar eine Billigung des Nicaragua-Canal-Projectes, dessen

Verwirklichung durch die von Cleveland gutgeheißene Willfährigkeit des Repräsentantenhauses und Senats nunmehr gesichert ist. An einer heftigen Opposition hat es wahrlich nicht gefehlt, denn groß ist die Zahl der am Lepse'schen Unternehmen und an den atlantisch-pazifischen Bahnen beteiligten Bürger. Die Gesellschaft, welche den Canalbau plante, gelangt jetzt in den Besitz des Freibriefs, der ihr die benötigten Gerechtigkeiten verleiht, ohne der Union, die nur die Zollerhebung controliren wird, in pecuniärer Hinsicht irgend welche Verpflichtungen aufzubürden.

Daß der von den Republikanern erwählte Chef die Möglichkeit anerkannte, ohne Umstößung des Schutzzolltarifs den Ueberschuß der Einkünfte zu reduciren, ist selbstverständlich. Die Mehrheit der „free citizens“ liebt nun einmal derartige Aeußerungen, die sogar in den Südstaaten immer populärer werden, seitdem man dort in der Neugründung von Fabriken ein Mittel zur Aufbesserung der Finanzen gefunden zu haben glaubt. Schon vor mehreren Wochen sandte Alabama eine nur aus Demokraten bestehende Deputation nach Indianapolis, um Herrn Harrison zu erklären, daß sich die Industriellen des Südens fast ausnahmslos zur republikanischen Schutzzollpolitik bekennen. Noch charakteristischer ist die veränderte Anschauung Henry W. Grady's, des Redactors der „Atlanta Constitution“, der unmittelbar vor der Präsidentenwahl behauptete, daß Clevelands Niederlage den Süden völlig ruiniren müsse. Kürzlich aber sprach er sich ganz anders aus. Da erzählte er von einem Leichenbegängnisse in Georgia, bei dem das Grab erst hergestellt werden konnte, nachdem man sich durch drei Fuß Marmor hindurchgearbeitet hatte, und doch sei der auf dem Hügel errichtete Stein aus Vermont gekommen. Heud, Rod und Schuhe des Todten seien Newyorker, Chicagoer und Bostoner Fabrikat gewesen, und das Fichtenholz des Sarges habe Ohio geliefert, obgleich sich in nächster Nähe des Friedhofs ein mächtiger Wald befindet. Der verarmte Süden — so schloß er — bedürfe nur einer feinen natürlichen Hilfsquellen angepaßten, „wohl geschützten“ Industrie, um es in Zukunft dem Norden gleichzutun. — Solche Worte aus dem Munde eines hervorragenden und unermüdet agitirenden Demokratenführers lichten die Reihen der Freihändler und versprechen der republikanischen Partei ein langes Regiment.

Deutschland.

Berlin, 17. März. [Professor A. Wagner und Herr Mehring.] Prof. Wagner sprach am Freitag in einer Versammlung auf Tivoli über den Artikel der „Volkszeitung“ am Geburtstage des Kaisers Wilhelm I. und sagte u. A.:

„So ein Eube, der in allen Farben geschillert hat, der Socialdemokrat war und Mitarbeiter der „Post“ und der „Preussischen Jahrbücher“, wagt es, in feiger und niederträchtiger Weise unsern Kaiser die Ehre anzutasten. Diese Wüthen sind so feig, daß sie zwar socialdemokratische Gefinnungen beugen, dabei aber sehr geschickt dem Staatsanwalt auszuweichen wissen.“

Herr Mehring veröffentlicht nun in der „Volksztg.“ eine Erklärung, der wir das Folgende entnehmen:

„Als in den ersten Jahren nach Erlaß des Socialistengesetzes guter Rath für gewisse Leute sehr theuer war, hatte „man“ die Güte, auch auf meine, des angehenden „Socialdemokraten“ Ansichten einigen Werth zu legen. Von „maßgebender“ Seite wurde mir sowohl die Aussicht auf die akademische als auch auf die archaische „Carrière“ eröffnet, und ich brauchte nur den kleinen Finger herzugeben, um — wenn es anders eine Ehre oder ein Glück wäre — heute als Geheimrath oder Professor ein Colleague des Herrn Wagner zu sein. Herr Wagner veröffentlicht nun in der „Volksztg.“ eine Erklärung, der wir das Folgende entnehmen: „Als in den ersten Jahren nach Erlaß des Socialistengesetzes guter Rath für gewisse Leute sehr theuer war, hatte „man“ die Güte, auch auf meine, des angehenden „Socialdemokraten“ Ansichten einigen Werth zu legen. Von „maßgebender“ Seite wurde mir sowohl die Aussicht auf die akademische als auch auf die archaische „Carrière“ eröffnet, und ich brauchte nur den kleinen Finger herzugeben, um — wenn es anders eine Ehre oder ein Glück wäre — heute als Geheimrath oder Professor ein Colleague des Herrn Wagner zu sein. Herr Wagner veröffentlicht nun in der „Volksztg.“ eine Erklärung, der wir das Folgende entnehmen: „Als in den ersten Jahren nach Erlaß des Socialistengesetzes guter Rath für gewisse Leute sehr theuer war, hatte „man“ die Güte, auch auf meine, des angehenden „Socialdemokraten“ Ansichten einigen Werth zu legen. Von „maßgebender“ Seite wurde mir sowohl die Aussicht auf die akademische als auch auf die archaische „Carrière“ eröffnet, und ich brauchte nur den kleinen Finger herzugeben, um — wenn es anders eine Ehre oder ein Glück wäre — heute als Geheimrath oder Professor ein Colleague des Herrn Wagner zu sein.“

Ich muß den Leser wegen dieser langen, persönlichen Auseinandersetzung um Verzeihung bitten; sie soll, wie gesagt, nicht zu meiner persönlichen Rechtfertigung dienen; der Schluß, zu dem ich kommen will, ist ein anderer. Professor Wagner hat gestern öffentlich in meiner Person die „Volkszeitung“ der Polizei und dem Staatsanwalt wegen ihrer „socialdemokratischen Gefinnungen“ demüthigt; nun wohl, ich bin ermächtigt, zu erklären, daß die fünf letzten Jahrgänge der „Volkszeitung“ — seit so vielen Jahren habe ich einen mehr oder weniger bestimmten Einfluß auf die socialpolitische Haltung dieses Blattes geübt — dem Professor Wagner oder seinem beglaubigten Voten in unserer Expedition gern sollen ausgeliefert werden, wenn er aus ihnen seine Denunciations an Polizei und Staatsanwalt begründen und nachweisen will, daß die „Volkszeitung“ in dieser Zeit je auch nur mit einem Artikel,

einem Satz, einer Silbe über die Forderung solcher Socialreformen hinausgegangen ist, die sich auf dem Boden der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung durchführen lassen und in anderen, glücklicheren Ländern längst durchgeführt sind. Was mich anbetrifft, so will ich ihm gern entgegenkommen und, sobald es der ewig beschränkte Raum der „Volkszeitung“ erlaubt, gern einmal diesen oder jenen Abschnitt aus jenen meinen früheren Aufsätzen abdrucken, um zu zeigen, daß man mit arbeiterfreundlichen Forderungen, die man vor elf Jahren selbst in den „Preussischen Jahrbüchern“ vertreten konnte, heute nur noch auf dem äußersten Flügel der bürgerlichen Presse ein Plätzchen findet, und auch das nicht einmal, ohne den Denunciations des Professors Wagner zu verfallen. . .“

[Die Commandirungen der Offiziere] der deutschen Marine für den Sommer 1889 sind erfolgt. Die Viceadmirale Knorr und Paschen sind die Chefs der Marinestation der Ostsee resp. der Nordsee, Chef des Stabes der Marinestation der Ostsee ist Capitän zur See Bendemann, der der Nordsee Capitän zur See Vdekop. Zum Inspecteur der Marine-Artillerie ist Capitän zur See Mensing I. ernannt, Inspecteur des Torpedowesens ist Capitän zur See Barandon geworden. Die Oberleitungen der technischen Institute sind wie folgt besetzt worden: Oberverbidirector in Danzig ist Capitän zur See Schulze, in Kiel Capitän zur See Balois, in Wilhelmshaven Capitän zur See von Pawel, die Direction des Bildungswesens der Marine ist dem Contreadmiral Schering übertragen worden. Die Manöverflotte wird Contreadmiral von Rall commandiren, das Uebungsgeschwader Contreadmiral Hollmann; Chef des Stabes der Manöverflotte ist Corvetten-Capitän Freiherr von Bodenhausen. Zur Manöverflotte gehören S. M. S. „Baden“, S. M. S. „Baiern“, „Oldenburg“, „Trene“ (Commandant Capitän zur See Prinz Heinrich), S. M. Aviso „Wacht“. Zum Uebungsgeschwader gehören S. M. S. „Raifer“, „Deutschland“, „Friedrich der Große“, „Preußen“, „Wiso“, „Zieten“.

[Ueber die Emin Pascha-Expedition] wird der colonialfreundlichen „B. V. Z.“ geschrieben:

„Das Verbot der Landung der Expedition ober ihres Vortrabs auf der Insel Lamu kann von englischer Seite höchstens auf Grund der über Lamu verhängten Blockade, die bekanntlich in diesem Theile von englischen Schiffen aufrecht erhalten wird, erfolgt sein. Selbstverständlich führt die Expedition eine größere Menge Waffen, Munition und Proviand mit sich. Völlig ungerechtfertigt ist es, dieses Verbot mit Hinweis auf ein ähnliches Vorgehen des Reichscommissars Hauptmanns Wischmann entschuldigen resp. begründen zu wollen; die Bedenken, welche das Wischmann'sche Verbot notwendig gemacht haben, treffen in keiner Weise für eine Landung mit kurzem Aufenthalt auf der von allen Seiten controlirbaren Insel Lamu zu. — Nach dem klaren Wortlaut der auf die Blockade bezüglichen Abmachungen ist die Festlandküste des Vitu-Gebietes nicht in die Blockadezone einbezogen, eine Ausschiffung der Expedition in der bequemen Mandabucht wird keinerlei Widerspruch hervorrufen können. Es ist daher wohl anzunehmen, daß angesichts der sicher in Betracht gezogenen, nun eingetretenen Schwierigkeiten betreffs einer Ausschiffung in Lamu, die Vituküste direct von der Expedition aufgesucht werden wird. Bei der Wahl der Vitu-Lana-Route wäre es allerdings vortheilhaft für den schnellen Vormarsch der Expedition, wenn diese im Innern auf einer kurzen Strecke die englische Interessensphäre durchschreiten könnte — absolut notwendig ist dies jedoch nicht, da das englische Interessengebiet nöthig umgangen werden kann. Es darf hiernach mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Schwierigkeiten, welche, wohl mehr von englischen Privat-Interessenten als von der englischen Regierung ausgehend, der Expedition gegenüber zu Tage treten, im Ganzen leichter überwunden werden können, als es nach den hier vorliegenden Berichten den Anschein hat, selbst wenn es nicht gelingen sollte, durch Interventionen von hier aus den Sultan von Zanzibar resp. seine englischen Rathgeber zu einer loyaleren Haltung zu veranlassen.“

[Die Urania im Landesausstellungs-Park in Berlin] wird sicherem Vernehmen nach, kurze Zeit nach der Ausstellung für Unfallversicherung eröffnet werden. Das eigenartige Unternehmen steht im Uebrigen mit jener interessanten Ausstellung in keinerlei Beziehung, und wird demgemäß neben dem Eingange von der Parkseite einen vollständig unabhängigen Zugang von der Invalidenstrasse besitzen. Jene ist ephemerer Natur und alle die schnell aufsteigenden Bauten derselben, welche das Terrain des schönen Parks bedecken, verschwinden ebenso schnell wieder vom Erdboden, sobald diese Ausstellung im Herbst geschlossen sein wird. Die Urania dagegen soll ein dauerndes Museum aller wunderbaren Naturerscheinungen werden, welche sich im weiten Reiche des Himmels und auf der Erde ereignen. Dem Besucher werden die Wunder des Sternensystems erschlossen sein durch ein imposantes Fernrohr, das in jeder Beziehung ein Kunstwerk der modernen Präcisions-Mechanik zu nennen ist und dessen Einrichtung der des gegenwärtig größten Fernrohrs der Welt selbst bis in viele Details hinein gleich ist. Viele kleiner, doch noch immer sehr ansehnliche Fernrohre sind diesem Hauptinstrumente beigegeben, um allabendlich die Blicke vieler Hundert Wissbegieriger durch die Tiefen des Weltalls schweifen zu lassen. Aber es gilt hier eine gleichfalls im Publikum sehr verbreitete irrige Meinung einmal ernstlich zu bekämpfen, die nämlich, daß das Urania-Unternehmen hauptsächlich nur eine Sternwarte mit geringfügigen Anneren anderer Art sei. Die Sternwarte mit ihren drei ansehnlichen Kuppeln krönt allerdings den Bau, nimmt aber dennoch den kleineren Raum in demselben ein, ebenso wie in dem Programm der Gesellschaft, welche die Verbreitung der Freude an der gesammten Natur auf ihr Schild geschrieben hat, die astronomische nur eine der fünf Hauptabtheilungen des Unternehmens bildet, zu denen sich noch die Redactions-Abtheilung der von der Gesellschaft Urania seit dem ersten October vorigen Jahres herausgegebenen illustrierten populär-naturwissenschaftlichen Monatschrift „Himmel und Erde“ gesellt. Zwei weitere Abtheilungen umfassen zunächst die Gebiete der Physik und Mikroskopie. Wieviel Wunder und wie überraschend Schönes aus diesen Wissenschaften Jedermanns Verständnis dargebracht werden können, ist nach den Allerwichtigsten bewußt. Sollte es aber dennoch Leute geben, welche es nicht glauben wollen, daß ein Museum der Mikroskopie und physikalischen Wunder mindestens ebenso interessant und vielartiger anregend sei, als irgend eines der bekannten Museen der Kunst, der beschreibenden Naturgeschichte oder der Völkerkunde, so werden dieselben gewiß in dem auch an äußerlichem Schmuck höchst reizvoll ausgestatteten „wissenschaftlichen Theater“, einer folgenden umfangreichen Abtheilung des Urania-Unternehmens, eines Besseren belehrt werden. Die Kunst der raffiniertesten modernen Theatertechnik soll hier seltene Naturerscheinungen mit der ganzen landschaftlichen Scenerie, welche sie umrahmt, plastisch, nicht in matten Zeichnungen, vor die Sinne zaubern. Der Astronom wird hier die Zuschauer an fester Hand durch das Universum führen und alle die merkwürdigsten Ansichten des Weltgebäudes und die Bewegungen der Himmelskörper darstellen, wie sie erst nach oft Jahrhunderte langer Geduld der Natur in glücklichen Momenten abgelautet werden konnten. Der Geologe beschwört die dunklen Zeiten der Erdgeschichte wieder herauf und läßt die vorfindlichen Zeitalter mit ihren uralten Revolutionen und ihren seltsamen Thier- und Pflanzengestalten an uns vorüberziehen. Der Meteorologe geleitet uns durch alle Zonen über der Erde und läßt uns die wechselnden Erscheinungen im Reiche der Luft bewundern, von denen unser Wohlfinden so vielfach abhängt und deren Ursachen er uns in einem darauf folgenden Experimental-Vortrage erklärt. In diesen Räumen werden auch die Koryphäen der deutschen Wissenschaft für Alle verständlich einem größeren Publikum von den Ervingenschaften ihrer Forschung erzählen, wie es

auch die Gelehrten anderer Nationen längst zu thun pflegen. Eine fünfte Abtheilung endlich umschließt die Ausstellung für Präcisions-Mechanik. Hier sieht man das Handwerkszeug vereint, dessen der menschliche Geist bedarf, um in die geheimen Tiefen der Natur zu dringen und ihre intimsten Regungen scharfsinnig zu belauschen. So wird die Urania ein Bild der Welt, einen Mikrokosmos umfassen, der, so weit die mächtige Wissenschaft in ihn einzudringen vermochte, in seinem tausendfältigen Wirken verständig erschlossen vor uns steht: Ein köstliches Vorbild, zu dessen segensreichem Gelingen wir der reich dotirten neuen Gesellschaft von Naturfreunden herzlich Glück wünschen.

[Polizeilich aufgelöste Arbeiterversammlung.] Ein socialdemokratisches Volksgericht fand am Freitag Abend im Schaeffer's Salon, Zwickstraße 10, statt, um das Urtheil über diejenigen Gastwirthe zu fällen, welche den Arbeitern ihre Locale zur Abhaltung von Versammlungen verweigert haben oder noch verweigern wollen. Die betr. Versammlung war als „große öffentliche Volksversammlung“ mit der Tagesordnung: „Die Gleichberechtigung des Arbeiters, und wie stellen wir uns den Localbesitzern gegenüber, welche durch Verweigerung ihrer Locale die Geltendmachung unserer Rechte vereiteln?“ — einberufen worden. Sämmtliche Vorstände und Commissionen aller Fach- und Vergnügungsvereine, freien Hilfskassen und Gewerkschaften waren dazu besonders eingeladen und auch zahlreich erschienen. Als Referent fungirte der Studirende, Herr Heindorf, und die Herren Clavierarbeiter Jubel und der ehemalige Stadtverordnete, Restaurateur Mitau, assistirten ihm in den lebhaftesten Klagen gegen die Gastwirthe, denen dies Continualverfahren galt. Sie waren aber einig darin, daß die Gastwirthe nur in Folge eines Druckes von oben so handelten. Als Mittel dagegen empfahlen sie einen Gegendruck von unten. Besonders Herr Mitau, der an diesem Tage wieder in Moabit einen Termin wegen Uebertretung der Polizeiverordnungen gehabt, aber in der Berufungsinstantz von der 6. Strafkammer freigesprochen wurde, schilderte in drastischer Weise diesen „Druck“. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, durch welche die betreffenden Gastwirthe in den Bann gethan wurden. Die Anwesenden wurden verpflichtet, dieser Resolution in ihren Vereinen die weiteste Verbreitung zu geben. Zur weiteren Debatte hatten sich 17 Redner einschreiben lassen, von denen schon die beiden ersten auf das politische Gebiet übergingen, ungeachtet der Ordnungsrufe des Vorsitzenden. Als der zweite die capitalistische Produktionsweise und die Ausbeutung der Arbeiter einer scharfen Kritik unterzog, erfolgte die Auflösung der Versammlung auf Grund des Socialistengesetzes. Die Versammlung ging ruhig auseinander. Auf der Straße waren herrliche Schulsleute posirt, ein Geheimpolizist, der sich im Saal befand, wurde von den Arbeitern genöthigt, denselben wieder zu verlassen.

[Gegen den Juwelenschwindler Georg Friedrich Evans.] geboren am 5. Mai 1859 in London, wurde am Freitag vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I wegen zweier versuchter Betrügereien verhandelt. E. ist von kleiner Statur. Da er der deutschen Sprache nicht mächtig ist und nur englisch spricht, vermittelt der vereidete Dolmetscher, Lehrer Wagner, den Verkehr zwischen dem Gerichtshof und dem Angeklagten, welcher erklärt, verheirathet, noch nicht bestraft und auch in den ihm hier zur Last gelegten zwei Fällen nicht schuldig zu sein. Der erste Fall ist folgender. Am 2. Januar betrat ein Fremder den Laden der Juweliere Haller und Rathenow, suchte ein Collier und Ohring von Brillanten im Werthe von 33500 M. aus, überreichte dem Verkäufer ein Pappschächtelchen und bat, den Schmuck dahinein zu verpacken. Dann suchte der Fremde in seinem Portefeuille, als wolle er Papiergeld herausnehmen, erklärte aber dann, er bemerke soeben, daß er nicht soviel Geld bei sich habe, um den Schmuck vollständig bezahlen zu können, man möge ihm denselben nach dem Hotel de Rome zuwenden. Als der Bote des Geschäftsdorthein kam, um die Brillanten abzuliefern, stand der Fremde an einem Tisch und siegelte mit einem Pefschäft, auf welchem deutlich eine Grafenkrone sichtbar war; nach seiner Aussage gäbe ihm dieses Pefschäft das Recht, jeden nieder zu schießen, der sich ihm widersetze. Der Geschäftsbote übergab die Schachtel mit den Brillanten nicht, sondern brachte sie in das Geschäft zurück. An demselben Tage erschien in dem Juwelierladen von S. Frieberg ein Herr, der nur englisch sprach, und suchte sich gleichfalls ein Collier und zwei Ohring von Brillanten im Werthe von 25000 Mark aus. Auch hier gab der Fremde eine Schachtel hin, mit der Bitte, darin den Schmuck zu verpacken, den er sogleich mit der Post als Hochzeitsgut für seine Schwestern absenden wolle. Nachdem die Verpackung erfolgt war, legte der Fremde ein Gummibändchen um die Schachtel und erklärte, er habe nicht so viel Geld bei sich, um den Schmuck zu bezahlen, man möge einen Bote damit in das Centralhotel senden, wo das Geld deponirt sei. Ein Verkäufer des Frieberg'schen Geschäfts, Namens Temme, begab sich mit dem Fremden sogleich in das Centralhotel, dort angekommen, führte dieser den Commis in ein Zimmer, in welchem sich noch mehrere Personen befanden. Als der Fremde sein Portefeuille aus der Tasche zog, holte Temme auch die Schachtel mit dem Schmuck hervor. Kaum sah das der Fremde, so

entfiel er dem Temme die Schachtel und warf sie in eine schwarze Leder-tasche, welche vor beiden auf dem Tische lag. Temme verlangte aber energisch die Schachtel mit den Juwelen zurück und nun griff der Fremde in die Ledertasche, entnahm derselben eine Schachtel mit einer Gummischnur umgeben und überreichte sie Temme. Dieser aber erkannte sofort daran, daß die Gummischnur schmäler sei, als an der von ihm mitgebrachten Schachtel, daß er eine unrichtige Schachtel erhalten habe. Temme griff nun selbst in die Ledertasche, holte die richtige Schachtel heraus, überzeugte sich, daß die Juwelen darin seien, und behielt sie an sich. Da er aber noch mißtraute, ob er nicht etwa falsche statt echter Steine bekommen habe, so wollte er sich der Person des Fremden bemächtigen, dieser aber entfloß in den Gängen des Hotels und Temme entdeckte zu Hause zu seiner Freude, daß er und sein Gehülfe nicht geschädigt sei. Evans leugnet, bei Haller und Rathenow oder Frieberg gewesen zu sein, und will zu der angegebenen Zeit gar nicht in Berlin geweilt haben. Als ihm vorgehalten wurde, daß er sich in dem Hotel Stadt Rom unter dem Namen Roseberry eingeschrieben habe, erklärte er, dazu sei er auch berechtigt, denn er heiße außer Evans auch Roseberry. Herr Temme und ein anderer Verkäufer des Frieberg'schen Geschäfts erkennen in Evans, der den Anzug anlegen mußte, den er damals getragen, zweifellos als den Fremden wieder, der den Schmuck habe kaufen wollen. Darauf wendete Evans ein, das Aussehen täusche, er sehe seinem Bruder sehr ähnlich, dem auch mehrere Gegenstände, wie der Regenstirn, die in seinem Besitz gefunden worden sind, gehörten. Sehr bezeichnend ist auch das Verhalten des Angeklagten auf der Dresdener Bank. Er hatte sich daselbst einen Check über 50 Mark auf Dresden ausstellen lassen, und dieses Papier wurde bei seiner Verhaftung in einem wesentlich veränderten Zustande bei ihm vorgefunden. Er hatte nämlich durch Zeigen und Nachschreiben die 50 in 50000 verandelt. Dieser Fall kam jedoch nicht zur Anzeige, weil er von dem Papier noch keinen Gebrauch hatte machen können. Amtliche Auskünfte aus anderen Großstädten beweisen, daß der Angeklagte ein gefährlicher internationaler Schwindler ist. Er will der Fremde nicht gewesen sein und behauptet, es müsse eine Verwechslung der Personen vorliegen. Er wird jedoch von allen Zeugen, namentlich nachdem er sich mit Pelz und Cylinder, den er damals getragen, bekleidet hat, auf das Bestimmteste erkannt, und der Staatsanwalt beantragte 6 Jahre Gefängnis und Ehrverlust auf die gleiche Dauer. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Frankreich.

s. Paris, 16. März. [Stimmungen. — Eine neue Partei.] Man mag so pessimistisch über die Chancen der Republik denken, wie man will, die Thatfache, daß Paris und das Land trotz aller Aufreizungen der Boulangeristen, trotz stürmischer Parlamentsdebatten, in denen dem braven General und seinen Freunden von der Rechten und äußersten Linken sehr übel mitgespielt wurde, kalt und ruhig bleibt, wird doch nicht übersehen werden dürfen. Auch nicht ein Duzend Schreier hatte sich am Donnerstag vor der Kammer eingefunden, als über die Autorisation der Deputirten, Laguerre, Kaisant, Turquet und Raquet gerichtlich wegen ihrer Theilnahme an der Patriotienliga verurtheilt zu werden, seitig im Palais Bourbon discutirt wurde, und am Abend nahm das Publikum das fait accompli, daß die Patriotienliga als geheimer Rebellenbund die Strenge der Justiz kennen lernen soll, mit eisiger Gleichgültigkeit auf. Dagegen darf nicht verhehelt werden, daß die Hausjudungen bei unbedeutenden außerhalb des öffentlichen Lebens stehenden Patrioten, wie sie in letzter Zeit in Massen fast täglich stattfanden, sehr peinlich berühren. Dieses Stöbern nach belafenden Beweisen gegen die angeklagten Haupt-schreier, bei dem die Privatcorrespondenzen nicht geschont werden, muß schon wegen seiner Folgen, da es Mißtrauen und Unbehagen in den bis jetzt gleichgültigen Massen erregt — ganz abgesehen von seiner moralischen Verwerflichkeit — als ein Fehler des Cabinets Dirard bezeichnet werden. Ueberdies ist es von vornherein klar, daß diese Hausjudungen doch zwecklos bleiben müssen, weil selbstverständlich alle verdächtigen Papiere längst bei Seite geschafft sind. Die übergroßen Sperberbeutungsbezeugungen dem zurückgetretenen Herzog von Aumale gegenüber, der von den Behörden und selbst dem Präsidenten der Republik fast wie ein Triumphator empfangen worden, erregen gleichfalls das Mißfallen der demokratischen Kreise, welche andererseits auch die Manier Boulanger's, bei den Royalisten und Imperialisten der „haut monde“ bereits den Imperator zu spielen, und die in letzter Zeit wieder offen zu Tage getretenen

Prätentionen der „Freunde“ des Ex-Generals, den Grafen von Paris bezw. den Prinzen Victor auf den französischen Thron erheben zu wollen, wenig nach ihrem Geschmacke finden. Kurz, die Verhältnisse sind unklarer denn je, da die Volkmeinung offenbar noch zu keinem definitiven Entschlusse gekommen ist. Man scheint aber Alles bis nach der Ausstellung verschoben zu wollen. — Gestern hat sich hier unter dem Namen „Libérale Vereinigung“ eine neue politische Gruppe, aus drei Senatoren und neun Deputirten bestehend, gebildet. Das Programm derselben ist das einer republikanischen Reaction, ihr Ziel ungefähr die Wiederherstellung der Zustände unter Ludwig Philipp, nur ohne König an der Spitze des Staates. Vor Allem soll nach den Lehren dieser Herren das öffentliche und allgemeine Stimmrecht beeinträchtigt werden. Schon dieser Programmpunkt schließt die Möglichkeit aus, daß diese Partei bei den nächsten Wahlen irgend welchen Einfluß gewinnen wird.

[Senator Scherer,] Redacteur des „Temps“, ist, wie bereits gemeldet, gestorben. Edmond Scherer entstammte einer schweizerischen Familie und wurde zu Paris am 8. April 1815 als Sohn eines Banquiers geboren. Nachdem er das Collège Bourbon besucht, studirte er in England und dann in Straßburg protestantische Theologie. In den Jahren 1845 bis 1850 war er Professor der Gregese in Genf, von welcher Stelle er aber freiwillig zurücktrat, um als einer der Führer der liberalen Bewegung in der protestantischen Kirche Frankreichs zu wirken. Er veröffentlichte auch eine Reihe von Schriften theologischen Inhalts. Nach seinem Eintritte in die Redaction des „Temps“ beschäftigte er sich eingehend mit politischen Fragen. Im Jahre 1871 wurde Scherer als republikanischer Candidat in die National-Versammlung gewählt. Seit 1875 war er Mitglied des Senates.

[Die französischen Possibilisten] haben die Vorschläge der Haager Vorconferenz in Sachen des internationalen Arbeitercongresses in Paris abgelehnt und wollen nichts davon wissen, daß über die Giltigkeit der Mandate der Congreß die Entscheidung hat. Die französischen Possibilisten bestehen darauf, daß jede Nation über die Giltigkeit der ihr zukommenden Mandate entscheiden soll; die deutschen Socialdemokraten glauben, daß dies nur deshalb geschehe, um die nicht bequemen französischen Delegirten vom Congreß ausschließen zu können, da ja innerlich der französischen Socialdemokraten die Possibilisten die Majorität haben. Unter den obwaltenden Umständen kann wohl nun als sich angenommen werden, daß der internationale Arbeitercongreß in Paris von Seiten der außerfranzösischen Socialdemokraten wenig besichtigt werden wird.

Belgien.

a. Brüssel, 15. März. [Eine belgische Flotte. — Das Pronunciamento der Generale.] Vor 300 Jahren besaß Belgien eine mächtige Kriegs- und Handelsflotte. Jetzt besitzt das Land weder das Eine noch das Andere; König Leopold I. hatte eine kleine Kriegsstotte wieder geschaffen, fand aber damit keinen Anklang, so daß sie wieder aufgelöst wurde. Um so energischer nahm der jetzige König, besonders seit dem Beginne des Congo-Unternehmens, den Gedanken wieder auf, eine mächtige Handelsflotte, und zu ihrem Schutze, wie zur Schaffung neuer Absatzwege, eine kleine Kriegsstotte zu errichten. In der letzten Zeit hat sich die Stimmung im Lande diesen königlichen Anschauungen günstiger gestaltet. In der gestrigen Kammer Sitzung traten liberale und clericale Deputirte dafür ein. Sie hoben hervor, daß es hohe Zeit sei, diese Pläne auszuführen. Der Hofen Antwerpen habe Belgien 100 Millionen Francs gekostet, und sei trefflich ausgerüstet, aber das Land besitze keine eigene Dampferlinie; der ganze Handel Belgiens, das in commerceller und industrieller Hinsicht eine Großmacht sei, ruhe in den Händen ausländischer Dampfer-Gesellschaften; Belgien könne durch selbstständigen Transport an 100 Millionen Francs jährlich gewinnen. Zum Schutze der Handelsflotte sei eine kleine Kriegsstotte unentbehrlich. Die Regierung und die Kammer müßten willig diese Dyer bringen. In der That stehen Regierungsvorschläge nach dieser Richtung bevor. — Der belgische Kriegsminister hat die vier Generale, welche sich öffentlich zu Gunsten des persönlichen Militärdienstes ausgesprochen hatten, nach dem Ministerium berufen; auch der Finanzminister hatte sich eingefunden. Die Generale erklärten auf das Festeste, in ihrem vollem

Stadt-Theater.

Sonntag, den 17. März.

„Tell.“

Kossints „Tell“ ist trotz seiner 60 Jahre — die erste Aufführung fand am 3. August 1829 statt — noch immer eine lebensfähige und jugkräftige Oper; ja man kann sagen, er ist neben der um ein Jahr älteren „Stummen von Portici“ die einzige sogenannte große Oper aus der vor-Meyerbeer'schen Zeit, die sich auf dem Repertoire erhalten hat. Namentlich sind es die beiden ersten Acte, die überreich an geistvollen musikalischen Inspirationen sind; im dritten Acte tritt die Musik zu Gunsten der Darstellung in den Hintergrund, und der letzte Act geht, mit etwaiger Ausnahme des Frauen-terzettes, über die gewöhnliche Opernschablone nicht hinaus. In Paris hat man deshalb eine Zeit lang überhaupt nur die beiden ersten Acte gespielt und auf deutschen Bühnen hat man häufig den vierten Act weggelassen, indem man kurz und bündig am Schluß des dritten Actes Gespeler durch Tell's Geschloß fallen ließ. Wenn der letzte Act so entschieden zusammengestrichen wird, wie es am vorigen Sonntag im hiesigen Stadttheater geschah, so ist wirklich, die eben angedeutete gewaltsame Einführung der Katastrophe vorzuziehen. — Die Erinnerung an Schiller's Drama muß allerdings beim Kossintschen „Tell“ über so Manches hinweghelfen, was sonst absolut unverdaulich wäre. Das französische Textbuch ist kein dramatisches Meisterwerk und die deutsche Uebersetzung ist ohne Zweifel das Schwächste, was je auf diesem Felde, dem privilegierten Tummelplatze der Phrasen und des Unsinns, geleistet worden ist. Was in den beiden ersten Acten an trivialen Reimereien, Vaterlande—Schlavenbande, Liebe—Triebe, Herz—Schmerz, und ähnlichen Lieblingsausdrücken angehender Dichter zum Vorschein kommt, grenzt ans Unglaubliche. Auf eine Uebersetzung der Uebersetzung zu dringen, wäre ein vergebliches Unterfangen; ein richtiger Opernsänger lernt eben lieber eine neue Rolle, als eine neue Uebersetzung einer seit Jahrzehnten von ihm gesungenen alten Rolle. Man kann sich also jeden wohlgemeinten Verbesserungsvorschlag ersparen.

Die Aufführung am Sonntag ging über das, was man von einer Sonntags-Vorstellung im Allgemeinen erwartet, nicht hinaus. Es wurde im Ganzen leidlich gesungen, aber ein Grund, in Enthusiasmus zu gerathen, lag nicht vor. In der Partie des Tell haben wir Herrn Brandes stets gern gesehen. Auch diesmal erhob sich, zumal in der Apfelschuß-Szene, sein Spiel weit über die bloß opernmäßige Routine; einzelne gesungene Unzulänglichkeiten, die einer momentanen Indisposition zuschreiben sind, konnten den Gesamteindruck der Leistung wohl stellenweise trüben, aber nicht zerstören. Nach dem Schluß des 3. Actes wurde Herr Brandes mit zwei prächtigen Lorbeerkränzen beschenkt. Herr Heuckeshoven ist der Partie des Arnold stimmlich recht wohl gewachsen; das erste Duett klang an den hohen Stellen zwar nicht glänzend genug, befriedigte aber durch Ausdauer und Sicherheit. Wenig zur Geltung kam das Terzett des zweiten Actes, das in transponirtem Zustande Herrn Heuckeshoven zu tief lag. Eine sorgsamere Cultivirung des noch

immer stark gaumigen Tonansatzes und die Herstellung einer einigermaßen brauchbaren Verbindung der Stimmregister ist Herrn Heuckeshoven in seinem eigenen Interesse dringend anzurathen; auch die gesunden Stimmen vertragen ein so robusches Anfassn auf die Dauer nicht. Die drei Frauenrollen, sämmtlich ohne hervorragende Bedeutung, waren bei den Damen Steinmann-Lampé, Sontag-Uhl und Deutschmann in guten Händen; die Erstgenannte war leider so schlecht disponirt, daß ihre Theilnehmung am letzten Acte auf ein Minimum reducirt werden mußte. Auch die Vertreter der kleineren Männerpartien, der Herren Walter-Müller, Halper, Hüpeden und Sattler, griffen in den Ensemblenummern herzhast und wirksam ein. Die nicht umfangreiche, aber wichtige Episode des Fischers in der Introduction, eine gefährliche Klippe für die dritten Tendre, wurde von Herrn Wirt gefänglich in anerkennenswerther Weise erlerbt; überflüssig waren die unausföhrlichen Armgesticulationen. Aber der Gespeler! Es ist eine alte, liebe Gewohnheit, diesen ohnehin verabschwendenswerten grimmigen Tyrannen zur Strafe seiner Sünden dem Waghufte auf Gnade und Ungnade zu überliefern, und dieser pflegt ihn dann in einer Weise zurichten, die trotz alles Dramatistrens stets einen stark komischen Anstrich hat. Daß die ergreifendste Scene der Oper dadurch in eine Sphäre herabgezogen wird, die ihr fremd bleiben sollte, was kummert das die Regie? Es ist einmal altes Herkommen, und — so mag's denn bei der Frage bleiben. — Es wäre ein Leichtes an den Bühnen, die nicht über ein genügend zahlreiches Personal verfügen, dem Vertreter des Walthar Fähr, des Reichthal oder velleicht auch des Leuthold den Gespeler zukommen zu lassen, aber solche Aenderungen des traditionellen Mechanismus gehören ins Bereich des Unregelmäßigen. — Eine Aenderung im Tell haben wir allerdings zu registriren; leider hat diese der Oper nicht zum Vortheil gereicht. Das Arrangement der ersten Scene bot früher stets ein hübsches, farbenreiches Bild; der Versuch, hierin eine Neuerung anzubringen, ist als gescheitert zu betrachten. Die Scene sah am Sonntag außerordentlich nüchtern und prosaisch aus. — Die Frauenhörte waren durchweg zu loben, in den Männerstimmen hingegen fängt es, wie alljährlich gegen das Ende der Saison, an, recht matt und unrein zu werden. Das Orchester leistete, bis auf die mitunter sehr zweifelhafte Stimmung der Holzbläser, Tüchtiges; der allgemeine Beifall, den die Ouverture fand, ist als ein wohlverdienter zu bezeichnen.

E. Bohn.

Zur Scheidung Napoleons.

Die Geschichte wird wenig so grundverschiedene Erscheinungen kennen, wie den Sieger von Arcole und den Besiegten von Slivitzka. Unter allen Gestalten, die zu einer plutarchischen Parallele einladen, hätten wir jedes andere Paar gelten lassen, als Napoleon, den ersten Franzosenkaiser, und Milan, den ersten Serbentönig. Gleichwohl hat sich ein jüngerer Paifer (oder Kaiser?) Schriftsteller, der sich durch eine Geschichte des Theaters der Revolutionszeit, des Herzogs von Enghien, der Censur unter dem ersten Kaiserreich einen gewissen

*) Le divorce de Napoléon par H. Welschinger. Paris, Plon, 1889.

Namen gemacht, Herr Welschinger, noch vor dem Eintreffen der letzten Nachrichten über Milans Thronensagung zum Vertheidiger des Sazes aufgeworfen, daß alles Unheil, welches über Napoleon hereinbrach, vom Tage seiner gesetzwidrigen Scheidung herrührt, und daß ebenso Milan seine rechtswidrige Verstoßung der Königin Natalie mit dem Verlust von Arme und Reich begablen werde.

„Nur die Trennung der Ehe mit Josephine hat Napoleon ins Unglück gestürzt, indem sie seinen Geist verwirrte und seine Fehler verschärfte. Er, der einst gesagt: er werde den Abgrund der Revolution schließen und das Chaos entwirren, oferte mit einem Male sein Lebenswerk einer Regung persönlicher Eitelkeit. Nur die Scheidung hat ihn zu dem Wunsche verleitet, in die Familien der alten Souveräne einzutreten, ohne daß er ihnen Zutrauen und Freundschaft einzufößen vermochte, und die Scheidung hat die ohnehin schon gespannten Beziehungen zwischen Kirche und Staat vollständig in feindliche umgewandelt; nur die Scheidung und die österreichische Hochzeit haben Napoleons unerfättlich gewordenen Ehrgeiz (?) getäuht.“ (Welschinger 252.) „In der Willkür seines Vorgehens hat Milan von Serbien noch Napoleon I. überboten. Vergleiche man das Vorgehen der serbischen Minister mit dem der napoleonischen, so sieht man, daß die Staatsmänner zu allen Zeiten dieselben sind, daß die politischen Machenschaften von 1888 denjenigen von 1809 völlig entsprechen. Der Metropolit Theodor ist des Cardinals Fesch ebenso würdig, wie Herr Nikolaus Kristic des Erzkanzlers Cambacerés. Und so glaube ich, daß Milan seine Ehetrennung ebenso verhängnißvoll sein wird, wie Napoleon die seinige.“ (Welschinger 281, 301.)

Wir wiederholen: unseres Erachtens ist die Analogie eine rein äußerliche. Napoleon schied sich von Josephine von Beauharnais, weil ihm die ebenso gutmüthige als leichtfertige Dame keine Leibeserben schenkte, der Kriegsfürst aber eine Dynastie zu gründen wünschte. Der erste Kaiser Frankreichs griff bei diesem Anlaß in der Sache so entscheidend durch, wie er — sei es aus altem Jartgefühl für die hübsche Creolin, sei es aus klugem Vorbedacht — in der Form schonender ihrer Zustimmung sich zu versichern bestrbt war. Milans Ehetrennung dagegen entsprang widerlichem häuslichem Zwist, der mit gemeiner Untreue und Eifersüchtelei begann, um mit diplomatischen Ränken, mit giftigem öffentlichem Standal zu enden.

Und weiter. Napoleon fiel, weil seine weltumspannenden Pläne einer Universalmonarchie an dem Widerstand der vereinigten Volkshere Europas scheiterten, weil sie ins Ungemessene wachsende Herrschaft, vielleicht durch seine physische Reizbarkeit gesteigert (er litt bekanntlich am Magenkrebs), naturnothwendig die lebendigen Kräfte der Gesamtheit wider ihn herausfordern mußte. Sein Reich endete, weil seine keinen Rath, keinen Widerspruch duldbende Despotie zum Schluß den Erdkreis in die Schranken forderte: nicht aber an seinen häuslichen, friedlichen Verhältnissen. Milan dagegen — doch wozu weiter noch den überragenden Genius und einen Durchschnits-Philister, Paris und Belgrad mit einander in Parallele stellen?

Napoleon trennte sich von Josephine aus Gründen überwältigender Staats-Raison, und er that das in leidlich rücksichtsvoller Art

Rechte sich zu befinden. Auch die Minister sprachen „persönlich“ ihre Uebereinstimmung mit den Ansichten der Generale aus; da aber die erbosten clericalen Heißsporne, welche von irgend einer Erschwernung der persönlichen Militärlasten nichts wissen wollen, beruhigt werden mußten, so ist fortan allen Offizieren zu nicht geringer Enttäuschung der Armeekorps jede Neußerung ohne kriegsministerielle Zustimmung verboten.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 18. März.

Vom Neubau des Nordthurmes der Magdalenen-Kirche.

Der Stadtverordneten-Versammlung ist jetzt endlich, nachdem zwei Jahre seit der Feuersbrunst, welcher der Nordthurm der Magdalenen-Kirche (in der Nacht vom 22. zum 23. März 1887) zum Opfer gefallen, vergangen sind, eine Vorlage, betr. den Wiederaufbau der zerstörten Thurmspitze, zugegangen. Der Magistrat beantragt, die Versammlung möge ihre Zustimmung dazu geben, daß zur Erreichung von geeigneten Skizzen zum Wiederaufbau „eine allgemeine Wettbewerbung unter den deutschen Architekten ausgeschrieben werde.“ Die hierdurch entstehenden Kosten werden auf 3000 Mark veranschlagt. Aus der Begründung dieses Antrages entnehmen wir u. A. Folgendes:

Zunächst veranlaßte der Magistrat die Aufstellung eines Kostenanschlages und die Anfertigung von Zeichnungen für den Wiederaufbau des nördlichen Thurmhelmes nach dem Bilde des südlichen, und diese Arbeit wurde Ende März v. J. (also ein Jahr nach der Katastrophe) fertig gestellt. Der entsprechende Kostenanschlag vom 29. März 1888 beläuft sich für den Helm auf 90 000 M., für die Brücke zwischen den beiden Thürmen auf 4500 M., zusammen 94 500 M. An Kosten für die Sicherstellungs-Arbeiten u. s. sind bis jetzt 6 451,42 M. verausgabt worden. Die Gesamt-Ausgabe bei Nachformung des vergangenen Bildes würde sich demnach auf 100 951,42 M. stellen. Die von der städtischen Feuer-Societät zu zahlende Brandentschädigung ist auf 78 500 Mark festgesetzt worden. Für verholzte und erlöbte Holzreste sind 71 M. zur Vereinnahmung gelangt, so daß als Baucapital zur Verfügung sind 78 571 M. Hiernach würde ein Zuschuß von 22 380,42 Mark oder rund 22 500 M. erforderlich sein, welcher sich, da ein hiesiger Bürger, Herr Kaufmann Robert Wolff, Ring 1, die für die Unterlage des Helmes und den Glockenstuhl erforderlichen schmiedeeisernen Träger, veranschlagt auf 1415 M., geschenktweise liefern will, auf 21 085 M. oder rund 21 000 M. ermäßigen würde. Den Erlös für das Glockenmetall hat die städtische Feuer-Societät in Anspruch genommen, da die Brand-Entschädigungs-Summe für die Glocken voll in Anrechnung gebracht worden ist. Da nun nachweislich die abgebrannte Renaissance-Haube des Nordthurmes im 16. Jahrhundert an die Stelle eines gothischen Helmes gesetzt worden ist, welcher ursprünglich den Bau zierte, so wurde die Frage erörtert, ob es sich nicht empfehle, ein dem ursprünglichen Aussehen der Kirche entsprechendes Bild wenigstens bei dem einen der beiden Thürme anzustreben, in der Erwägung, daß die Umwandlung des anderen dann nur eine Frage der Zeit sei. Zu diesem Zweck hat der Stadtbaurath Plüddemann eine Skizze und ein Modell anfertigen, sowie die Kosten überschlägig feststellen lassen. Der Voranschlag ergibt, daß bei Annahme eines Schieferdaches die Kosten für einen im Sinne des gothischen Bauwerks gehaltenen Helm sich innerhalb derselben Grenzen bewegen, wie für die buchstäbliche Wiederherstellung des abgebrannten.

Was die Frage anbetrifft, wer die entstehenden Mehrkosten für den Wiederaufbau des Thurmes und der Verbindungsbrücke zu tragen habe, so ist der Magistrat der Ansicht, daß die Stadtgemeinde rechtlich verpflichtet ist, diese Kosten zu übernehmen. Diese Ansicht

stützt sich auf ausführlich motivirte Rechtsgutachten des Bürgermeisters Kirchhuth und des Stadtsyndicus Gög. Zu bemerken ist, daß die Kirchengemeinde von St. Maria-Magdalena wenige Tage nach dem Brande den Anspruch auf Wiederherstellung des Thurmes in der ursprünglichen Form geltend gemacht und die richtig erfolgte Uebergabe der kirchlichen Gebäude am 1. April 1888 gemäß § 1 des Patronats-Ablösungs-Recesses unter dem ausdrücklichen Vorbehalt anerkannt hat, daß die Wiederherstellung des Thurmes, einschließlich Uhrwerk und Glocken, sowie der Verbindungsbrücke zwischen diesem und dem südlichen Thurme in der Form und in dem Umfange vor dem Brande auf Kosten der hiesigen Stadtgemeinde erfolge.

Der Vorlage liegt ein Bericht des Stadtbauraths Plüddemann bei, welcher für eine gothische Spitze mit den Gründen plaidirt, die seinerzeit von ihm in einem von uns wiedergegebenen, im hiesigen Architektenverein gehaltenen Vortrage und in einem gleichfalls von uns im Wesentlichen reproducirten Aufsatz im „Centralbl. d. Bauverwaltung“ entwickelt worden sind. Ferner liegt das Protokoll der Verhandlungen bei, welche am 28. October v. J. in Breslau über den Wiederaufbau des Magdalenthurmes von einer besonderen Commission gepflogen worden sind. Derselben gehörten, wie wir schon damals gemeldet haben, der Geh. Reg. und Baurath Professor Hase, der Geh. Reg. und Baurath Persius, der Baurath Lüdecke, der Museumsdirector Dr. Janitsch, der Stadtbaurath Plüddemann an. In diesem Protokoll heißt es:

Die Anwesenden fassen nach Kenntnisaufnahme des Plüddemann'schen Vorschlages und nach Beschichtigung des Bauwerkes selbst ihre Ansicht in Betreff des Aufbaues des abgebrannten Thurmes der Magdalenenkirche hierseits in folgende Sätze zusammen:

- a. Die Wiederherstellung des Thurm-Helmes genau in der Form, welche derselbe vor dem Brande gehabt hat, kann nicht befürwortet werden.
- b. Die Wiederherstellung muß vielmehr erfolgen im Sinne des mittelalterlichen Bauwerks und im Anschluß an die Schlichtheit sowohl der Thurmthürme, als auch des Innern des Kirchenraumes mit der Maßgabe, daß bei der Ausbildung des nördlichen Helmes Rücksicht genommen wird auf die bestehende Spitze des Südthurms, so zwar, daß ein künstlerisch und malerisch befriedigendes Gesamtbild gewonnen wird.
- c. Zur Erreichung von Skizzen eines derartigen Entwurfes wird dringend empfohlen, daß eine allgemeine Wettbewerbung unter den deutschen Architekten ausgeschrieben werde ohne Forderung einer Kostenveranschlagung.

gez.: H. Hase. Persius. Lüdecke. Plüddemann.
Unter Vorbehalt, daß sich die Wiederherstellung des alten Renaissance-Helmes nicht ermöglichen läßt, trete ich dem Majoritätsbeschlusse bei.
gez.: Janitsch.

Ende vorigen Jahres wurde der Gemeindefürsorge der Magdalengemeinde aufgefordert, sich über den Thurbau zu äußern. In dem Schreiben der genannten Körperschaft wird ausgeführt:

Unsere Gemeinde-Körperschaften sind mit einer, an Einstimmigkeit angrenzenden Majorität dahin einig geworden: zwei verschiedene Thurmthürme seien durchaus nicht erwünscht. Die darin liegende immerwährende Erinnerung an die unglückliche Katastrophe des Nordthurmes sei ärgerlich; auch würden die Glieder unserer Gemeinde, ja die Bürger unserer Stadt, die beiden gleichartigen Magdalenen-Thürme, das einzige künstlerisch ausgebildete Thurnpaar unserer Stadt, mit immer erneueter Schmerz in dem Gesamtbilde der Stadt vermissen.

Dennoch konnten und wollten unsere Gemeindefürsorge, in richtiger Würdigung des für die Baugeschichte unserer Kirche hochwichtigen Moments, der gegenwärtig gestatte, dem gothischen Bauwerk die ihm gebührende und vor 1533 auch vorhandene Krönung mit gothischer Thurmthürme wieder zu gewähren, durch Drängen auf bloße Wiederherstellung der Renaissance-Haube sich nicht den Weg und die Aussicht zu dem stilistisch Angemesseneren für immer verschließen. Man war vielmehr der Meinung, es liege die Möglichkeit vor, daß aus dem vom Hochlöblichen Magistrat geplanten und von der Sachverständigen-Commission empfohlenen Wettbewerb eine so geartete Skizze für den Nordthurm hervorgehe, nämlich eine an das Bestreben einerseits so anknüpfende und den gothischen Formen andererseits so genügende, daß man dann eine dementsprechende Umänderung auch der Südthurmspitze ins Auge fassen könnte.

Aus diesen Erwägungen ging zuletzt folgender, einstimmig gefaßter

Beschluß der vereinigten Körperschaften von St. Maria-Magdalena hervor:

„Obwohl der Wunsch der großen Mehrheit der Gemeinde-Körperschaften von St. Maria-Magdalena dahin geht, daß beide Thurmthürme ihres Gotteshauses demnach in übereinstimmender Form erscheinen, im Renaissance- oder im gothischen Styl, erklären sich dieselben doch damit einverstanden, daß behufs Aufbaues des durch Feuer zerstörten Nordthurms ihrer Kirche ein Wettbewerb unter den deutschen Architekten auf Kosten des Magistrats ausgeschrieben werde zur Erreichung von Skizzen im Sinne des Commissions-Gutachtens vom 28. October 1888, unter der Voraussetzung, daß vor der Ausführung des auf Grund der eingegangenen Skizzen erwählten Projectes vom Magistrat die Zustimmung der Gemeinde-Körperschaften eingeholt werde.“

Aus dem Erläuterungsbericht zum Kostenanschlag ist zu ersehen, daß der Thurm auch bei einer Beibehaltung der alten Spitze in Ziegelrohbau wiederhergestellt werden würde. Die Glocken des alten Thurmes sind bei dem Brande bekanntlich sämmtlich vollkommen zerstört worden. Für die Beschaffung neuer Glocken werden 23 500 Mark zu verausgaben sein. Dagegen ist, was immerhin merkwürdig ist, die alte Windfahne mit dem Stern so wohl erhalten, daß sie ausgebessert und wieder verwendet werden kann.

Im Lobetheater

nahm am Sonnabend Frau Hedwig Niemann-Maabe in der Rolle der Cyprienne in Sardou's geistvollem Lustspiel „Divorçons“ für diesmal Abschied vom Breslauer Publikum. Das gut besuchte Haus wurde nicht müde, der Künstlerin für ihre mit vielen interessanten Zügen ausgestattete, stellenweise unvergleichliche Darstellung der Titelrolle den lebhaftesten Beifall zu spenden. Frau Niemann wurde im Laufe des Abends gegen zwanzig mal hervorgerufen. — Am Sonntag Abend fand die erste Aufführung der Operette „Das Spizentuch der Königin“ von Bohrmann-Niegen und Richard Gené, Musik von Joh. Strauß, statt. Es war von den früheren Directionen keine Unterlassungsbüchse, wenn sie die Bekanntheit unseres Publikums mit diesem Werke nicht haben vermitteln wollen. Der Text, der den Verfasser des „Don Quixote“, den Dichter Miguel de Cervantes Saavedra, in den Mittelpunkt einer Handlung stellt, die nach dem bei der Operentext-Fabrikation üblichen, mit der Geschichte in zügellosester Freiheit umspringenden Recept „gedichtet“ ist, kann sich mit den Textbüchern anderer, beliebter Operetten weder schlechtweg, noch vom Standpunkt des „höheren Abkömmlings“ aus messen. Das Opus wird gekennzeichnet im ersten Act durch Langweiligkeit, im zweiten Act durch Langweiligkeit und im dritten Act durch Langweiligkeit. Ein paar Couplets und vereinzelte Anläufe zu einer humoristischen Ausgestaltung dieser oder jener Scene vermögen dieser dreiactigen Dede nur wenig zum Vortheil des Ganzen Abbruch zu thun. Die Partitur läßt den Autor der prickelnden Fledermaus-Musik schwer wiedererkennen. Es fehlt nicht an sehr hübsch gearbeiteten, ansprechend instrumentirten Nummern; aber im Ganzen ist der musikalische Theil des Werkes mangels solcher Bestandtheile, denen eine „zündende“ Wirkung sicher wäre, nicht geeignet, dem absterbenden Genre der Operette neues Leben einzuflöschen. Die Aufführung war unausgeglichen. Für Fr. Baviere, die dem Lobetheater Ende December v. J. Valet gesagt, ist ein Ersatz nicht geschaffen worden. Für die Besetzung der im Vordergrund stehenden Rolle des jugendlichen, bei Beginn der Intrigue noch minderjährigen Königs hat man deshalb auf eine bisher im Hintergrund thätig gewesene Kraft heruntergegriffen, deren schauspielerische Unzulänglichkeit sich schon im ersten Act nur zu deutlich zu erkennen gab, und deren gesungene Leistung nicht ausreichte, dieses Manco erträglich zu machen. Besser war die Gemahlin des jungen Herrn bei Fr. Siegl aufgehoben, deren gefälliges Spiel und fein pointirter Gesangsvortrag Anerkennung fand. Fr. Günther, als Donna Irene, zum Theil zur Darstellung einer Hofenrolle gedrängt, erregte durch ihre geschmackvollen Kostüme die Bewunderung Aller, die auf solche Neuerscheinungen mehr Werth legen, als auf die künstlerische Seite einer Rollendurchführung. Die Ehre des Abends retteten im Wesentlichen die Herren Klein und Kettich; der

Er vermochte es über die Eitelkeit und Zärtlichkeit seiner ersten Gemahlin, ihm das schwere Liebesopfer freier, förmlicher Zustimmung zu diesem Scheidungsacte zu geben. Es wäre für sein Andenken und Wirken tröstlich, wenn ihm nichts Schlimmeres vorzuwerfen wäre. Allerdings hat diese Aufschubung und Berechtigung seines Vorgehens nur insofern Geltung, als seine persönliche Handlungsweise zur Frage steht. Die Geschmeidigkeit und juristische Wohlthätigkeit seiner geistlichen und staatlichen Helfers Helfer, diese durch gegenseitiges Uebereinkommen gelöste Ehe hinterdrein als niemals kirchlich zu Recht bestehend zu erklären, fordert und verdient dagegen Welschingers genaue Prüfung und unbedingte Verurtheilung.

General Bonaparte hatte am 9. März 1796 die verwitwete Josephine von Beauharnais ursprünglich nur vor dem Pariser Standesamt geheirathet. Die Braut hatte dabei die hinterdrein theuer bezahlte Eitelkeit gehabt, sich jünger zu machen, und als ihr Geburtsjahr 1767 (statt 1763) anzugeben; sie wollte nicht älter erscheinen, als ihr Freiwerber, der wiederum ein Jahr älter gemacht wurde, als das der Wirklichkeit entsprach. Niemand — Bonaparte selbst nicht — hat dazumal eine Ahnung von seinem märchenhaften Aufsteigen gehabt.

Die ungeheuren soldatischen Erfolge des größten Kriegshelden seiner Zeit in Italien und überall sonst, brachten ihm mit einer unerhörten Macht auch die äußerlichen Ehren Caroli Magni ein. Noch vor seiner Krönung zum Kaiser dachte er übrigens daran, sich von Josephine scheiden zu lassen, die ihm persönlich angenehm und nützlich gewesen, dagegen aber nicht immer unsträflich treu geblieben war. Alles hätte er der durch ihre erste Ehe mit dem Royalisten in Beziehung stehenden, liebenswürdigen Sünderin nachgesehen, wenn sie ihm nur einen Thronerben zur Stelle geschafft hätte. Trotzdem ließ er sich vor der feierlichen Salbung und Krönung in Notre-dame bewegen, die Frau, die er vor dem nur in bürgerlich rechtskräftiger Ehe zu der Seinigen gemacht, sich in seinen Privatgemächern vom Cardinal Fesch antrauen zu lassen. Wie der Kaiser — diese stärkste Willenspotenz seiner Zeit — hinterdrein erklärte: ohne freien Willen, nur aus Gefälligkeit für die alte Lebensgefährtin, welche unmittelsbar vor der Ceremonie in Notre-dame dem Paps Pius VII. in einer geheimen Audienz eröffnet hatte, sie sei mit Napoleon nicht kirchlich vermählt. Der Pontifex hatte darauf erklärt, er würde nun und nimmer der Kaiserkrönung in Notre-dame beiwohnen, sofern der Imperator nicht zuvor seine Ehe mit Josephine durch die Kirche legitimiren ließe. Abgesehen von dem äußeren Drang, der solcherart auf Napoleon ausgeübt worden sein soll, führte man späterhin gegen die Rechtsgiltigkeit dieser Ehe an, daß dieselbe nicht vor dem zuständigen Priester und ohne Zeugen geschlossen worden sein soll.

Man weiß, daß Napoleon bald nachher Josephine zu bewegen wußte, sich „freiwillig“ zur Scheidung von ihm zu verstehen. Er warf ihr eine Alpanage von jährlich 2 Millionen aus, betrachtete und behandelte nach wie vor seinen Stiefsohn Eugen Beauharnais — den Vorfürer dieser Scheidung im Senat — wie sein eigen Fleisch und Blut und löste also, äußerlich correct und feierlich, das Eheband.

(Dabei rächte sich Josephines Verleugnung ihres Alters: nach dem Artikel 277 des code Napoléon ist eine Scheidung durch wechselseitiges Uebereinkommen nur möglich vor Zurücklegung des 45. Lebensjahres der Frau: in Wahrheit zählte Josephine 1809 schon 46, nicht aber 42 Jahre.)

Hätte der Kaiser nun eine protestantische oder der griechischen Kirche angehörige Fürstentochter zur Gattin auswählt, so hätten diese Formalitäten genügt. Da aber Politik und Ehrgeiz ihn trieben, die Tochter des katholischen Herrschers von Oesterreich auf den französischen Thron zu setzen, mußte das Kaufspiel in's Werk gesetzt werden, die vor dem Cardinal Fesch eingegangene Ehe für nichtig erklären zu lassen (denn sonst hätte nach Canonischem Recht jeder neue Ehebund nur als Bigamie geendet werden können).

Der Paps, welcher wie einst Alexander VI. dem König Ludwig XII. und wie Clemens VIII. einem Heinrich IV. hätte Rath schaffen können, war gerade Staatsgefangener des Imperators in Savona. Der Fall schien heikel, ja unlösbar. Da kam Cambacères auf den schlaunen Einfall, die Nichtigkeit der Ehe einfach vom Pariser Consistorium (der officialité de Paris) auszusprechen zu lassen. Die Vorverhandlungen, kraft welcher die Competenz dieses außergewöhnlichen, für den Souverän kaum in Frage kommenden geistlichen Gerichts ausgesprochen wurde; die theils aus Weltbiederkeit, theils aus Feigheit stammenden Zustimmungserklärungen der Cardinale Manzy und Caselli, des Erzbischofes von Tours, der Bischöfe von Bercelli, Coreux, Trier, Nantes u. die wunderlichen Zeugenaussagen aller Beteiligten führten zu dem vom Imperator geheißenen, vom Kanzler schlaun und schneidig herbeigeführten Ergebnis.

Bevor Kaiser Franz seine endgiltige Einwilligung zur Heirat seiner Tochter Marie Louise mit dem Imperator erteilte, ward auch der Wiener Erzbischof zu Rathe gezogen. Dieser letztere erhob anfänglich ernste Bedenken, zuguterletzt fügte auch er sich: l'officialité de Vienne comme l'officialité de Paris, la cour de Vienne comme la cour des Tuileries obéissent à la volonté de Napoléon. (Welschinger, 178.)

Bei der feierlichen Vermählung des Kaisers mit der Tochter des habsburgischen Monarchen demonstirten allerdings 13 Cardinale durch ihre Abwesenheit, es waren das (die in einer von Welschinger 301 mitgetheilten Polizeinote scharf genug mitgenommenen) Kirchenfürsten:

„Mattei. Sehr eitel, sehr mittelmäßig, sehr ultramontan; man imponirt ihm mit Festigkeit, man erbittert ihn aber durch Härte. Er leidet im höchsten Grade an der Papsmuth (rage papale).“

Della Somaglia. Ein Vetter, seit er Bischof geworden. Nicht ohne Geist und Bildung, doch voll römischer Vorurtheile. Sehr eitel und pedantisch. Wer seinem Stolz schmeichelt, kann ihn leicht gewinnen.“

Saluzzo. Ein schöner Mann, nicht ohne Wissen, ganz rüstig in den Geschäften.“

Brandacoro. Kiez von einigen Mönchen den fanatischen Tractat über die weltliche und geistliche Gewalt überlesen, den er hernach

ebenso wie d'Hervey's „Tombeau“ unter seinem eigenen Namen veröffentlichte.

Erzbischof von Fermo. Sehr vorsichtig und ebenso furchtlos.
Scotti. Ein Niemand.

Litta. Gute Manieren, wenig Geist, noch weniger Kenntnisse; stellt sich überfromm, um seine Jugend vergessen zu machen.

Gabrielli. Kennt ein wenig die römischen Geetze und Gerichte. Strebt nach dem Papssthum. Hat allen Aberglauben und Fanatismus des XIV. Jahrhunderts. Oft heftig in seinen Aeußerungen.

Di Pietro. Derselbe, welcher den Paps ins Unglück gestürzt hat. Ehedem ein recht schlechter Professor des Römischen Rechts an der Sapienza. So verächtlich als möglich zu behandeln. Sehr verabscheut im heiligen Collegium und bei allen Römern. Seine Wuth gegen Frankreich geht bis zur Raserei.

Galeffi. Sehr zurückhaltend, ohne Geist, schloß sich den Ultras an. Es würde nichts nützen, seine Ansichten beeinflussen zu wollen, da er selbst gar keine eigenen hat.

Dppizoni. Niemand kennt ihn in Rom. Die öffentliche Meinung ist ihm abgünstig.

Consalvi. Ein Mann von Geist, leicht für die Partei des Kaisers zu gewinnen. Man hat ihn mit ungerechter Voreingenommenheit beurtheilt. Seit dem Tode seines einzigen Bruders sind ihm die Geschäfte noch mehr durch seinen schlechten Gesundheitszustand und seine Ungnade in Rom verkleidet worden. Er ist ohne Familie und vermuthlich ohne Ehrgeiz. Kann nicht gut genug behandelt werden. Man wird ihn trefflich bei großen Anlässen benutzen können, obwohl sein gegenwärtiger Zustand ihm scheinbar wenig Einfluß auf das Cardinalscollegium einzuräumen scheint.

In Krazi und Unerbittlichkeit der Individualisirung wehrt dieser namenlose Porträtmaler mit Rossini und seinen ebenso launigen, als wahrhaftigen Priester-Bildnissen. Nach diesen Proben wird wohl Niemand zweifeln, daß Napoleon diese Narren gewaltig erschreckte und ärgerte, als er sie zur Bestrafung ihrer Demonstration stundenlang bei sich antichambrieren ließ und sie hernach zu Fuß heimführte, ohne sie überhaupt vorzulassen.

Nicht von der Kirche ist der Imperator denn auch besiegt worden: sein Sohn hätte, gefalbt und gekrönt, den Thron Frankreichs bestiegen, wenn sein Vater nicht Krone und Reich an der Beresina, bei Leipzig und Waterloo verspielt hätte.

Universitätsnachrichten. Dr. Maurer in Würzburg, Sohn des Universitätsprofessors in München, hat sich als Privatdocent für Geschichte habilitirt. — In Paris ist am 10. d. M. der Botaniker und Meteorologe Prof. Charles Martins im Alter von 83 Jahren gestorben. Derselbe war in Paris geboren, entstammt aber der deutschen Gelehrtenfamilie gleichen Namens. — An der Universität Halle-Wittenberg wird sich im nächsten Sommerhalbjahr Dr. Brode, ein hervorragender junger Gelehrter, als Privatdocent der Geschichte habilitiren. Auf Grund seiner Habilitationschrift: „Der Große Kurfürst und der deutsche Fürstenstand in der Epoche von 1672“ hat derselbe in diesen Tagen seine Antrittsvorlesung über: die Befehle des Herzogthums Kleve durch die Franzosen im Sommer 1672 gehalten.

erster durch die von ihm bei der Charakteristik der Figur Sancho's entwickelte Komik, der letztere durch die animirte Darstellung des Premierministers Villalobos y Rodriguez. Im Uebrigen sind hervorragende schauspielerische oder gefangliche Thaten nicht zu verzeichnen. Das Orchester war, wie immer unter der Leitung des Herrn Capellmeisters Veit, wacker auf seinem Platze. In die Beifallsstimmen des Publikums, welches das Haus mit Ausnahme des ersten Ranges, wo noch einige Plätze leer waren, dicht gefüllt hatte, mischte sich nach jedem Act das vernehmliche Zischen der Opposition. Wer behaupten würde, daß das „Spizentuch der Königin“ einen Erfolg davongetragen, müßte also mindestens zugeben, daß der Erfolg ein beschränkter war, was nach allen Gesetzen der Sprach- und Sachlogik keinen Erfolg bedeutet.

XXXIII. Provinzial-Landtag der Provinz Schlesien. O Breslau, 18. März.

18te Sitzung.

Der Vorsitzende, Herzog von Ratibor, eröffnet die Sitzung nach 12 Uhr. Am Tische des königlichen Landtagscommissars haben dieser selbst (Oberpräsident D. von Seydewitz) und dessen Räte, Oberpräsidialrath von Jkenplitz, Regierungsrath von Frankenberg und Regierungsrath von Wallenberg Platz genommen. Nach Erledigung einiger Urlaubsgesuche und der Eingänge tritt das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein. Es kommen u. A. folgende Vorlagen zur Verhandlung:

In Bezug auf die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Neu- und Ergänzungswahlen zum Provinzial-Landtag, beantragt die fünfte (Central-) Commission, zu beschließen, „sämmliche in den Land- und Stadtfreien der Provinz Schlesien erfolgten ordentlichen und Ergänzungswahlen der Abgeordneten zum Provinzial-Landtag für gültig zu erklären“. Das Haus beschließt hiernach, nachdem der Berichterstatter, Abg. Oberbürgermeister Friedensburg, mitgetheilt hat, daß gegen keine der Wahlen Einspruch erhoben worden sei, die Prüfung derselben auch bei keiner Veranlassung zu Einwendungen gegeben habe. Zweifel seien nur bezüglich der Wahl im Kreise Falkenberg entstanden, wo beide Abgeordnete in einem einzigen Wahlzuge gewählt wurden. Der Berichterstatter weist in Bezug hierauf nach, daß nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts diese abweichende Form der Wahl zulässig sei, im Uebrigen aber das Wahrgesetz keine Bestimmung enthalte, welche die Wahl mehrerer Abgeordneten in einem Wahlzuge verbiete.

Neu- und Ergänzungswahlen für die Verwaltungsorgane des Provinzialverbandes anlangend, beantragt die fünfte (Central-) Commission, zu beschließen: 1) an Stelle des verstorbenen stellvertretenden Provinzial-Ausschusses Mitgliedes Grafen Pückler-Scheblau den Provinzial-Landtags-Abgeordneten, Landesältesten von Donat auf Schmiedewitz zum stellvertretenden Mitgliede des Provinzial-Ausschusses für den Rest der Wahlperiode bis Ende 1893; 2) an Stelle des verstorbenen Geh. Regierungsraths von Heydenbrand und der Lady den Provinzial-Landtags-Abgeordneten, Kammerherrn von Stöber zu Breslau zum Mitgliede des Directoriums der Provinzial-Darlehnskasse für den Rest der Amtsperiode bis Ende 1893 neu zu wählen; 3) den Vorsitzenden des Curatoriums des Schlesischen Museums der bildenden Künste, Provinzial-Landtags-Abgeordneten Stadtrath von Korn zu Breslau für die Amtsperiode vom 1. April 1890 bis Ende März 1894 wieder zu wählen.“ Diese Anträge werden ohne Erörterung angenommen.

Auf eine Mittheilung des Oberpräsidenten der Provinz, betreffend die Erweiterung des Hochwasser-Melbedienstes für die Ober- und die Glaser Reiffe, beantragt die zweite (Agrar-) Commission zu beschließen, „unter Kenntniznahme von der Mittheilung an den Herrn Oberpräsidenten das Ersuchen zu richten, seine Bemühungen wegen eines Anschlusses der Freivaldener Reiffe an die Hochwasser-Melbedienung der Glaser Reiffe fortzusetzen“. In Bezug hierauf bemerkt der Berichterstatter über diesen Gegenstand, Abg. Landrath von Goldfus-Kimptich, daß ein Theil des Reiffes Kreises und die weiter abwärts an der Glaser Reiffe Wohnenden ein erhebliches Interesse daran haben, auch über die Hochwasser in der Freivaldener Reiffe telegraphische Benachrichtigung zu erhalten. Der Landtags-Commissar erklärt, daß der hier ausgesprochene Wunsch eine Förderung von Seiten des Staats dadurch erfahren werde, daß derselbe aus seinen Mitteln die erforderliche Pregelsetzung zu bewirken bereit sei. Das Mitglied des Provinzial-Ausschusses, Graf Frankenberg-Tillowitz, regt die Frage der Verbesserung des Melbedienstes an. Die mit Weitergabe der Meldungen betrauten Personen seien nicht immer zuverlässig. Es sei zu erwägen, ob die Weitergabe der Meldungen sich nicht durch selbstthätige Sänterwerke, durch Anschaffung von Dampfmaschinen, Nebelhörnern etc. in Fabriken bewirken lasse. Hierauf beschließt das Haus nach dem Antrage der Commission:

Dem Provinzial-Landtag ist eine Eingabe des Grafen von der Redebolmerstein auf Louisdorf wegen Regulirung der Glaser Reiffe in ihrem oberen Theile (oberhalb des im oberen Reiffes Kreise gelegenen Neidenauer Wehres) zugegangen. Die zweite (Agrar-) Commission, welche die Eingabe vorgelesen hat, beantragt zu beschließen, die Eingabe abzulehnen. Der Berichterstatter, Abg. Landrath von Goldfus-Kimptich, führt u. a. aus, daß die hier vorliegende Sache schon sehr alt sei. Frühere Landtage hätten für die in Rede stehende Regulirung 10 000 M. und später nochmals 10 000 M. bewilligt. Trotzdem sei die Regulirung unterblieben, weil es nicht möglich gewesen sei, eine Bürgschaft für die Unterhaltung des Flußes im regulirten Zustande zu erlangen. Auch heute noch sei nicht abzusehen, ob es gelingen werde, eine Genossenschaft für diesen Zweck zu bilden. Der königl. Landtags-Commissar stellt mit, daß die Generalcommission für Schlesien neuerdings der Ansicht sei, daß die Grundlage für eine solche Genossenschaft nunmehr vielleicht gefunden werden könne. Es werde sich also empfehlen, die früher bewilligten 20 000 M. jetzt wenigstens nicht zurückzuziehen. Hierauf wird nach dem Antrage der Commission beschlossen.

Ueber den vom Provinzial-Ausschusse zur Beschlußfassung vorgelegten Entwurf des Hauptverwaltungsstatuts des Provinzialverbandes für 1889/90 berichtet im Namen der dritten (Finanz-) Commission der Abg. Kammerer von Hesselein-Breslau. Die Commission beantragt die Genehmigung des Stats nach dem Entwurfe mit 5 630 579,50 M. Einnahme, 5 604 469,50 M. dauernder und 26 110 M. einmaliger Ausgabe. Die nach dem Stat auf den Provinzialverband auszuführende Steuer bezieht sich, wie früher bereits mitgetheilt, auf eine Mill. M., gegen 897 800 Mark im laufenden Rechnungsjahre. Der Berichterstatter begründet zunächst die notwendigen Verbrauchsabgaben, die sämtlich Konsequenzen von Beschlüssen des Provinzial-Landtages sind, und erwähnt sodann, daß der Gesammetat gegenwärtig das Dreifache dessen betrage, was er ursprünglich betragen habe. Doch sei man voraussichtlich jetzt auf dem Beharrungspunkte angekommen und es werde wahrscheinlich eine weitere Erhöhung der Provinzialsteuern nicht mehr erforderlich werden. Eine niedrigere Bemessung derselben für den vorliegenden Stat sei nicht möglich gewesen. Eine höhere Zuanpruchnahme des Reservefonds, wie solche der Boretat aufweise, erschien unthunlich, da derselbe nicht bloß nicht gewachsen, sondern zurückgegangen sei. Andere Fonds aber, aus welchen der Fehlbetrag hätte gedeckt werden können, waren nicht vorhanden. — Zu dem Stat ist ein Antrag des Abg. v. Pieres-Wilau und 15 anderen Abgeordneten eingegangen:

Provinzial-Landtag wolle beschließen: In Ausführung des in dem Beschlusse des XXIV. Provinzial-Landtages ausgesprochenen Vorbehalts der Verteilung der aus der Provinzial-Dotation den Kreisen bewilligten Zuschüsse der Kreisordnung gewährten Zuschüsse von dem auf die nächste Volkszählung folgenden Statsjahre ab, außer dem Flächeninhalt der einzelnen Kreise, die Bevölkerungsziffer nach der jebeinaligen letzten Volkszählung zu Grunde zu legen.

In Bezug auf denselben bemerkt der Berichterstatter, daß er der Finanz-Commission nicht vorgelegen habe und er (Redner) also nicht in der Lage sei, ihn zur Annahme oder seine Ablehnung zu empfehlen. — Der Antragsteller, Abg. v. Pieres-Waldenburg, begründet seinen Antrag insbesondere durch den Hinweis auf die sehr verschiedene Bevölkerungszunahme der einzelnen Kreise. Für diejenigen Bezirke, in denen seit der Verteilung der Provinzial-Dotation die Bevölkerung erheblich gewachsen, seien auch größere Ausgaben entstanden. Der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses, Graf von Stöckh, bemerkt, daß derselbe Antrag auch dem Provinzial-Ausschusse vorgelegen habe, jedoch mit der weiteren Maßgabe, daß seitens der königlichen Staatsregierung eine Abänderung der Dotationsgesetze herbeigeführt werden möge; der Provinzial-Ausschuss habe sich dem nicht anschließen können. Der vorliegende Antrag entspreche durchaus nicht, wie der Herr Antragsteller meine, der Billigkeit. Das, was einzelnen Kreisen mehr gegeben werden solle, könne doch nur dadurch gewonnen, daß man es anderen Kreisen entziehe. Im Uebrigen seien dem Antrage

feinerlei Unterlagen für deren Beuthellung beigegeben. Abg. Graf Bethusy-Huc-Kreuzburg erklärt sich gegen den Antrag, der eine Unbilligkeit in sich schließe, da die Kreise, welche in ihrer Bevölkerung wachsen, auch in ihrer Steuerkraft zunehmen und meist zu den wohlhabenderen Kreisen gehören. Abg. von Websky-Waldenburg wendet sich gegen die dem Antrage gegenüber erhobenen Bedenken, die er für nicht stichhaltig erachtet, und bittet um dessen Annahme. Auch Abg. Dr. Holzke-Kattowitz tritt unter specieller Bezugnahme auf seinen Wahlkreis für den Antrag ein. Abg. Graf Stolberg-Landeshut erachtet ein Bedürfnis für denselben zur Zeit für nicht vorhanden, wenn auch nicht ausgeschlossen sei, es könne sich in späterer Zeit die Nothwendigkeit einer anderweitigen Verteilung herausstellen. Nach einer kurzen sachlichen Bemerkung des königl. Landtags-Commissars wird die Discussion geschlossen und der Antrag v. Pieres abgelehnt. Abg. v. Gerlach-Böhlau erinnert daran, daß Landesrath Dr. Kersch zum Abgeordneten gewählt worden sei. Er (Redner) habe vergeblich im Stat einen Posten für dessen Vertretung gesucht. Sollte für den Herrn Landesrath ein Hilfsarbeiter angenommen sein, so wolle er die Bitte aussprechen, daß jener die Kosten für seine Vertretung aus seinen eigenen Mitteln bezahle. Der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses Graf v. Stöckh weist auf die Bestimmung der Verfassungsurkunde hin, wonach Beamte, welche zu Abg. Entgegenkommen der Herren Kollegen des Herrn Dr. Kersch sei es möglich gewesen, die Vertretung ohne Heranziehung eines Hilfsarbeiters zu ordnen. Sollte sich dies für die Zukunft als unmöglich herausstellen, dann solle Landesrath Dr. Kersch die Vertretungskosten selbst bezahlen. Nachdem Johann Landes-Synicus Winkler noch nachgewiesen, daß im vorliegenden Falle eine Verteilung des Decernats leicht angänglich war, wird der Gegenstand verlassen. Hierauf wird die Discussion über den Hauptverwaltungsstatut geschlossen und dieser nach dem Antrage der Commission unverändert angenommen.

Nach dem Antrage des Provinzial-Ausschusses und der zweiten (Agrar-) Commission beschließt der Landtag, dem auf Grund des Beschlusses des Provinzial-Landtages vom 2. December 1879 aus Mitteln der Provinzial-Darlehnskasse gebildeten Nothstands-fonds aufzulösen und die Bestände und Forderungen desselben der Provinzial-Darlehnskasse wieder zuzuführen.

Der Pfarrer Matzsch bittet um den Bau einer Chaussee von Beuthen O. S. über Kocklowitz nach Nicolai auf Kosten der Provinz. Die mit der Vorberatung beauftragte vierte Commission (für Wegeangelegenheiten) beantragt die Ablehnung des Gesuchs, welches schon den vorigen Landtag beschäftigt hat und welches damals, wie der Berichterstatter, Hr. v. Schammer-Sriegau ausführte, ebenfalls abgelehnt worden ist, weil ein erhebliches provinzielles Interesse für den Bau dieser Chaussee nicht vorliegt. Abg. Graf von Posadowsky-Wehner-Zabrze beantragt den Antrag des Pfarrers Matzsch dem Provinzial-Ausschusse zur Berücksichtigung mit der Abänderung zu überweisen, daß den beiden beteiligten Kreisen (Kattowitz und Pleß) eventuell eine höhere als die übliche Baubehilfe aus Provinzialmitteln gewährt wird. Für diesen Antrag sprechen außer dem Antragsteller die Abgg. Landräthe Holz-Kattowitz und Schröder-Pleß, sowie der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses, Graf Stöckh. Abg. Schröder beantragt zusätzlich zu dem Antrage des Grafen Posadowsky, die höhere Baubehilfe eventuell auch den zunächst beteiligten Wegeteressenten zu gewähren. Graf Posadowsky nimmt diesen Zusatz an. Hierauf wird von dem Hause die Annahme des Antrages des Grafen Posadowsky mit dem Zusatz Schröder beschlossen. Der Commissionsantrag ist damit gefallen.

Ueber die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Neuordnung der Befoldungsverhältnisse der Landesbauinspectoren, berichtet im Namen der vierten Commission (für Wegeangelegenheiten) der Abg. Landrath G. Emander-Apphöl. Die Commission beantragt u. a. zu beschließen: 1) Das Gehalt der Landesbauinspectoren soll mit einem Anfangsgehalt von 3600 M. beginnen, nach sechs Jahren vom 1. April des betreffenden Anstellungsjahres ab auf 3900 M. erhöht werden und demnach von drei zu drei Jahren um je dreihundert Mark steigen, so daß nach 21 Jahren das Höchstgehalt von 5400 M. erreicht wird; 2) der Wohnungszuschuß für die Landesbauinspectoren soll vom 1. April 1889 ab nach den staatlichen Servicefähigen und zwar nach den Tariffähigen für die unmittelbaren Staatsbeamten der fünften Rangklasse für den Wohnort des betreffenden Beamten geregelt werden; 3) für die Tagelöhner und Reisekosten der Landesbauinspectoren soll vom 1. April 1889 ab die Klasse II des § 55 und des § 56 des Reglements über die besonderen dienstlichen Verhältnisse der Beamten des Provinzialverbandes von Schlesien vom 14. März 1877 maßgebend sein; 4) das Gehalt des derzeitigen Vorstehers des technischen Bureaus und Vortreters des Landesbau-raths wird vom 1. April 1889 ab auf 5400 M. und der Wohnungszuschuß auf 600 M. festgesetzt. — Diese Anträge werden ohne jede Besprechung angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende stellt die nächste (letzte) Sitzung auf morgen Vormittag 10 Uhr an. Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

• **Vom Stadttheater.** Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, findet zu halben Preisen eine abermalige Aufführung des Wildenbrunn'schen Schauspiels „Die Quisows“ statt.

• **Stadttheater.** In der „Freischütz“-Vorstellung von Sonnabend übernahm Fräulein Bauer, die talentvolle junge Mezzopranistin, die Partie der Agathe und erzielte damit einen großen Erfolg.

• **Wohltätigkeits-Vorstellung.** Morgen (Dinstag) Abend findet in den Räumen des Oberpräsidial-Gebäudes zum Besten der „Evangelischen Diakonissen-Anstalt“ eine Dilettanten-Vorstellung statt.

• **Verein der Aerzte des Regierungsbezirks Breslau.** Am 17. März c. hielt in der Generalversammlung des Vereins der Aerzte des Regierungsbezirks Breslau Professor Flügel einen lehrreichen Vortrag über „praktische Aufgaben der Desinfection“. Die erfolgreichsten Desinfectionsmittel sind neben Sublimat und Carbolsäure in entsprechender Verdünnung kochendes Wasser und heiße Dämpfe; sie genügen in allen Fällen, während in der Entwicklung von Gasen durch Schwefelverbrennung und auf Chloralkali einwirkende Säuren unannehmlich und unsicherer ist. Im Allgemeinen haften die Infectionsträger an trockenen, glatten Flächen, weniger an feuchten Stellen, so daß schon die nasse Umbüllung der Objecte Schutz bietet. Durch die Luft insicirt man sich nicht, auch hat das Lüften der Zimmer keinen allzu großen prophylactischen Werth, die Verhütung des Kranken und der Befreiung an den Betten muß jedoch möglichst unschädlich gemacht werden: man richte also besondere Sorgfalt auf die Reinigung der Hände durch Abseifen und Bürsten resp. besser noch durch Waschen mit Sublimat (1 : 2000) oder Carbolsäurelösung (3 pSt.). — Um die Infectionsträger von den Kleibern fernzuhalten, bediene man sich im Krankenzimmer eines Gummimantels, oder, da hauptsächlich an den Kermeln etwas haften bleibt, besonderer Gummimantel, die, abgelegt, jedesmal mit Sublimatlösung abgerieben werden müssen. — Zur Zimmerdesinfection müssen eigens dafür geschulte Desinfectoren bestellt werden, welche, zweckmäßig ausgerüstet, Fußboden und Möbelstücke mit Sublimat oder Carbol zu behandeln haben. Plafond und Wände sind ganz zu erneuern oder müssen, wenn sie erhalten bleiben sollen, mit Brot abgerieben werden. — Zur Desinfection von Kleidern und Betten etc. sind zwar hier selbst viele Anstalten vorhanden, doch genügen dieselben noch nicht, weshalb kleinere Defen, welche schon zum Preise von 40 Mark zu haben, sehr empfehlenswerth sind. Ueberhaupt ist die Einführung eines Desinfectionsgreglements und die Schaffung von Desinfectionscolumnen dringend zu befürworten.

• **Abitruenten-Prüfung.** Heute begann beim königl. Matthiasgymnasium die Abitruentenprüfung, zu der sich 31 Oberprimaner gemeldet haben. Fünf Abitruenten wurden von der mündlichen Prüfung befreit. Das Examen wird eine Dauer von drei Tagen umfassen.

• **Behörden Verkehrs-förderung.** Der Verkehr ist wieder eröffnet auf den Strecken: Gutenfeld-Lapiau, Tratehnen-Cytkuhnen, Nemel-Carlsberg und Stolp-Lauenburg des Directionsbezirks Bromberg und Ziegenhals-Jägerndorf der Märkisch-Schlesischen Centralbahn.

• **Verkehrs-förderung.** In Folge von Schneeverwehungen sind im Directionsbezirk Bromberg noch die Nebenbahnhöfe Roth-Bärwalde, Bollbrück-Bilow, Stolp, Stolpmünde-Kappin-Carthaus, Berent-Hohenstein, Neudorf-Friebhain-Waldbent, Jonkendorf-Göttendorf, Göttendorf-Kobellubbe, Hirschbach-Braunsberg, Solbau-Reidenburg, Allenstein-Lyck, Lyck-Sobehnen, ferner sämtliche Strecken der Marienburg-Mlawkaer Bahn, sowie die Strecken Königsberg-Billau, Fischhausen-Palmdien und Korfchen-Proßken der ostpreussischen Südbahn, außerdem die Strecke Marienberg-Reichenhain der sächsischen Staatsbahnen, endlich die Strecke Niederlindewiese-Hansdorf der Localbahn Ziegenhals-Hansdorf gesperrt.

• **Die Glasindustrie des Hirschberger Thales in Vergangenheit und Gegenwart.** In der am 28. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Professor v. Miaszowski abgehaltenen Sitzung der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur, Section für Staats- und Rechtswissenschaft, hielt Herr Dr. Gustav Lange einen Vortrag über: „Die Glasindustrie des Hirschberger Thales in Vergangenheit und Gegenwart.“ Die Glasfabrikation, — so etwa führte der Vortragende aus, — gehört zu den ältesten Industrien Schlesiens. Bereits um die Mitte des 14. Jahrhunderts existierte eine Glashütte in Schreiberhau, welche in kurzer Zeit nicht nur ihren Besitz, sondern auch ihren Standort mehrfach wechselte. Um 1430 befand sie sich an der Weißbach, am Fuß des Schwarzenberges, wie aus den sogenannten „Waldenbuch“ unter Stadtbibliothek niedergelegten Aufzeichnungen eines Breslauer Bürger's Anton von Medrey hervorgeht, der zu jener Zeit das Riesengebirge als Goldsucher und Schatzgräber durchwanderte. Ueber die nächsten zwei Jahrhunderte herrschte tiefes Dunkel. Im Jahre 1617 erhielt Wolfgang Preusler, ein emigrierter Böhme, von der Grundherrschaft, dem Grafen Schaffgotsch, die Erlaubnis zur Anlage einer Glashütte am Weißbach, die dort auch bis 1754 bestehen blieb. Einer seiner Nachkommen errichtete 1702 eine zweite Hütte weiter oben im Zackenthal unterm Weiberberge, die dann fünfzig Jahre lang abwechselnd mit der ersten in Betrieb war. Als dann die Gegend ganz abgeholt war, mußte die Hütte vier Stunden weit in den unzugänglichen Habelsbuch verlegt werden und erhielt den Namen Carlshäler Glashütte, den sie noch heute führt. Im Jahre 1796 wurde eine zweite, die Hoffnungsthaler Hütte erbaut, 1808 die Carlshäler durch Brand zerstört und wiederhergestellt. Ueber die damaligen Verhältnisse des Unternehmens geben die Preusler'schen Familienpapiere interessante Auskunft, insbesondere auch über Maßregeln der preussischen Regierung, welche die Glas-Industrie zu beschränken suchte, um der Textilindustrie den zum Bleichen nöthigen Holzbedarf zu sichern, und auch die Fabrication zeitweise einer überaus genauen Controle unterwarf. Ebenso griff sie in die Regelung der Arbeiterverhältnisse ein und erließ strenge Vorschriften gegen Contractsbruch und heimliches Auswandern der Gesellen. Jüngeren Datums als die Herstellung des Rohstoffs ist die Kunst der Glasveredlung, doch finden sich bereits Ende des 17. Jahrhunderts die Glashäner und -Schleifer im Hirschberger Thale weit verbreitet, so daß einer den andern verderbte und fast keiner recht das Brot davon hatte, wie eine Beschwerde des Meisters Friedrich Winter an den Grafen Schaffgotsch vom Jahre 1685 klagt. Dieser Winter war ein geschickter Mann, der das erste durch Wasser getriebene Schleifwerk anlegte, dessen innere Einrichtung in alten Zeichnungen aufbewahrt ist. Warmbrunn war lange Zeit der Hauptsitz der schlesischen Glasveredlung, die unter der böhmischen Concurrenz viel zu leiden hatte, bis ihr die preussische Regierung mit Einfuhrverboten zu Hilfe kam und die Hebung der Technik durch Prämien und sonstige Beneficien beförderte. Einen neuen glänzenden Aufschwung nahm die Hirschberger Glasindustrie unter dem Einfluß des genialen Franz Pöhl, dem Schwiegersohn des letzten Preuslers und der Theilnahme der preussischen Regierung, welche durch Förderung jener die Noth der schlesischen Gebirgsbewohner zu lindern suchte. Namentlich machte sich der Regierungsrath Alexander von Wintulot in Vögnitz durch Ausstellung einer großen Musterammlung von Glasproducten aller Länder und sonstige Anregung und Belehrung verdient. Pöhl war der Erbauer der Josephinenhütte, deren Belust er durch die Herstellung seltener Kunstglasformen, wie des Neg- oder reticulirten Glases, des Millefioriglases, des Rubinglases u. s. w. begründete. Er führte die obligatorische Beteiligung der Arbeiter an der von seinem Schwiegersohn Preusler errichteten Zeichenschule ein, wodurch sich die Kunstfertigkeit derselben derart hob, daß ihre Erzeugnisse auf der Londoner Weltausstellung 1851 Aufsehen erregten, und allenthalben Bestellungen eintrugen, denen selbst die bedeutend vermehrten Arbeitskräfte kaum zu genügen vermochten. So wuchs auch der Wohlstand der Bevölkerung, deren Wohlthätigkeit Pöhl durch verschiedene Organisationen, wie Ausbildung eines Glasveredler-Vereins, Gründung von Kranken-, Sterbe- und Pensionskassen etc. auf alle Weise zu heben erfolgreich bemüht blieb. Diese günstige Entwicklung hing, mit wenigen Unterbrechungen, wie sie beispielsweise die Kriege von 1866 und 1870 herbeiführten, im Ganzen bis zum Anfang der 70er Jahre an. Von da ab trat ein entschiedener Rückgang ein, namentlich durch den Verlust des englischen Absatzmarktes. Die Hoffnungsthaler Hütte war schon 1868 wegen ihrer ungünstigen Lage und der Kostspieligkeit der Beschaffung von Arbeitskräften eingegangen. Seitdem ist die Arbeiterzahl auf zwei Drittel ihres früheren Bestandes gesunken. — Des Weiteren gliederte der Vortragende den heutigen Stand der Technik und die sozialen Verhältnisse der in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter. Nach der Bevölkerungszahl von 1882 wies das Hirschberger Thal (Schreiberhau, Petersdorf, Hermsdorf und Warmbrunn) im Ganzen 838 in der Glasindustrie Erwerbshätige auf, von denen nur 5 pSt. dem weiblichen Geschlecht angehörten. Mädchen finden jetzt nur noch selten, als Einbinderinnen oder Polirerinnen, Verwendung, während sie früher in großer Zahl beschäftigt wurden. Die Arbeitszeit ist meist auf 10 Stunden festgesetzt, die aber oft überschritten werden. Heizer, Schmelzer u. s. w. lösen sich alle 12 Stunden ab. Die Sonntagsruhe ist ziemlich streng durchgeführt. Am längsten wird natürlich in den hausindustriellen Glasveredlungsbetrieben gearbeitet, die sich der Controle der Fabrikinspectoren entziehen. Die Hausindustrie hat auch bei Weitem schlechtere und ungesündere Arbeitsräume als die Fabriken. Die nach der Qualifikation der Arbeiter vielfach abgestuften Löhne belaufen sich im Durchschnitt etwa auf 650 Mark, denen jedoch noch gewisse Nebeneinnahmen hinzutreten, insbesondere durch Vermietung möblierter Zimmer und sonstige Fructification des Fremdenverkehrs, der freilich andererseits durch Steigerung der Lebensmittelpreise nachtheilig einwirkt. Auch die Lebenshaltung, die Größe der Wohnungen etc. wird durch den Nachschub an den Fremdenverkehr wesentlich beeinflusst. Die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse sind ziemlich ungünstig. Der Aufenthalt in dem von feinem, spitzem Staub erfüllten Pochwerk bedroht die Lungen, die gebeugte Haltung beim Glasschleifen greift Brust und Athmungsorgane an; die Hitze und blendende Helligkeit in der Glashütte wird den Augen verderblich. Die Zahl der todtgeborenen Kinder und die Säuglingssterblichkeit ist eine unverhältnismäßig große. Die sittlichen Zustände und die Beziehungen der Arbeiter zu dem Arbeitgeber sind im Großen und Ganzen zufriedenstellend. An den hier nur in allgemeinen Umrissen wiedergegebenen, ebenso lehrreichen wie anregenden Vortrag knüpfte sich eine Debatte über einzelne Punkte desselben, an der sich namentlich Herr Gewerberath Frief und Herr Hoflieferant Benzel beteiligten.

• **Warmes Frühstück für arme Schulkinder.** In Anbetracht der anhaltenden strengen Kälte hat der Vorstand des Breslauer Asylvereins beschloffen, den 54 nothleidenden Schulkindern, welche seit dem 15. Decbr. v. J. auf Kosten des Asylvereins versorgt worden sind, bis auf Weiteres warmes Frühstück zuzuführen zu lassen.

• **Neubauten im Jahre 1889.** Wir berichteten vor einigen Tagen, daß das Ministerium die Genehmigung zum Bau des Gymnasiums vor dem Oberthor gegeben hätte und daß der Bau bereits in diesem Jahre begonnen werden soll. Außerdem stehen in diesem Jahr folgende größere Bauten bevor: Gesellschaftshaus des Vereins Christlicher Kaufleute im Zwinger, Breslau-Brieger Fürstenthumslandchaft (Lauenhagenstr. 75, früher v. Wenzky'sches Grundstück), Breslauer Wechselbank (Schweidnitzerstraße 1, Ringede), Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank (Schloßstraße, Ecke Schloßhofe) und Junkernstraße 28/29. Begonnen hat bereits der Bau der Stadtbibliothek und des neuen Palais des Grafen Ulrich Schaffgotsch (Lauenhagenstr. 76). Die Pläne zum Zwingergebäude sind bekanntlich von dem Regierungsbaumeister Rischke in Berlin angefertigt, die zum Bau der Wechselbank vom Architekten Martens in Berlin und zum Bau der Schlef. Boden-Credit-Bank vom Stadtbaurath Plüddemann hier.

• **Benachrichtigung bei Bestellung von Eisenbahnwagen.** Da sich bei dem bisherigen Verfahren in Betreff der Benachrichtigung der Wagenbesteller über Eingang der Wagen Mängel herausgestellt haben, hat die königliche Eisenbahn-Direction Breslau die Bestimmung dahin abgeändert, daß es den Bestellern im Allgemeinen überlassen ist, über den Zeitpunkt der Bereitstellung der bestellten Fahrzeuge rechtzeitig Erklärungen einzuziehen. Beantragt der Besteller ausdrücklich eine Benachrichtigung über die Wagen-Gestellung, so wird diesem Antrage, jedoch auf Kosten des Bestellers, entsprochen.

• **Hollants-Befugnisse.** Die auf österreichischem Gebiete gelegenen Hollants Oberberg, Osivincim und Djetib sind durch die Provinzial-Steuer-Direction ermächtigt worden, auf Antrag der Interessenten Ausgangsbefugnisse in Declarationscheinverkehr auch dann (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

vorzunehmen, wenn eine Vorabfertigung bei einem im Innern des Vereinszollgebietes belegenen Amte nicht stattgefunden hat. Vorausgesetzt ist jedoch hierbei, daß die Waaren sofort nach der Ankunft, und ehe noch eine Vermischung mit fremden Waaren hat stattfinden können, dem Zollamt vorgeführt werden.

Die Lohnbewegung im Hirschberger Thale wird voraussichtlich in durchaus friedlicher Weise beigelegt werden. Unser Correspondent schreibt uns unterm 17. März cr. von dort: Heute Nachmittag fand eine abermalige öffentliche Versammlung, der Maurer von Hirschberg und Umgegend statt, zu welcher sich etwa 70 Personen eingefunden hatten. Der Vorsitzende, Maurerpolier Kunze von hier, erinnerte zunächst an den Zweck der Versammlung: die Gründung eines Vereins zur Wahrung der gewerblichen Interessen der Maurer von Hirschberg und Umgegend, wobei derselbe den Anwesenden die Pflichten vorführte, welche sie mit der Gründung eines solchen Vereins übernehmen. Der Verein wurde nach langer Debatte schließlich gegründet und gegen 50 Personen erklärten sofort ihren Beitritt. Es wurde dabei aber wiederholt betont, daß der Verein seine Aufgabe, eine Lohnverbesserung herbeizuführen, in durchaus friedlicher Weise lösen will. Von einer ArbeitsEinstellung wurde dringend abgerathen. Welch friedlicher Geist in der Versammlung herrschte, geht schon daraus hervor, daß man die Lohnverbesserung nicht sofort durchsetzen will, da in diesem Falle die Meister, welche unter Zugrundelegung der alten Lohnsätze Bauten übernommen haben, zu sehr geschädigt werden würden. Der Verein will deshalb den Meistern wohl den Wunsch nach einer Lohnverbesserung unterbreiten, aber dieselbe nicht plötzlich erstreben, damit die Meister Zeit haben und bei der Übernahme von Neubauten andere Lohnsätze in Ansatz bringen können. Auch von der Einführung eines Minimallohnes ist Abstand genommen worden, man wird sich begnügen, wenn der bisherige, für die hiesigen Verhältnisse zu niedrige Lohnsatz von 20 und 21 Pfennigen nur überhaupit in etwas erhöht wird.

Schneetreiben im Riesengebirge. Unser Correspondent schreibt uns von heute aus Hirschberg: Seit gestern Nachmittag hat sich längs des ganzen Riesengebirges starkes Schneetreiben eingestellt, welches den Verkehr sehr erschwert. Auf der Gebirgsbahn verkehren die Züge sowohl in der Richtung nach Koblitz wie nach Breslau fast regelmäßig. In der Richtung nach Schmiedeberg haben die Züge jedoch sehr große Verspätungen. Der gestern Abend um 1/2 11 Uhr hier fällige Personenzug aus Schmiedeberg blieb bei der Station Bitterthal im Schnee stecken und ist mit 3 1/2 stündiger Verspätung hier eingetroffen. Heute früh war diese Linie vollständig unfahrbar und erst im Laufe des Vormittags ist es gelungen, die Strecke freizulegen. Der erste Zug aus Schmiedeberg ist erst um 1/2 12 Uhr Vormittags hier eingetroffen. Die Postverbindung mit Schönau mußte gestern Nacht ebenfalls ganz aufgegeben werden. Erst heute Morgen ist versucht worden, ob es möglich ist, die Schneemassen am Kapellenberge zu überwinden.

Görlich, 15. März. [Verschiedenes.] In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde beschloffen, nachdem vor längerer Zeit bereits die Annahme des von der Section des hiesigen Riesengebirgsvereins der Stadt geschenkten Aussichtsturmes der Gewerbe- und Industrieausstellung von 1885 genehmigt worden war, den Thurm in den sogenannten Weinbergen aufzustellen, woselbst ein Restaurant von der Stadt errichtet werden soll. Die Kosten für Abbruch, Transport und Wiederaufstellung des Aussichtsturmes, welcher sich gegenwärtig noch im Steinbruch des Dresdener Platzes befindet, im Betrage von 2740 M. wurden bewilligt. Ferner fand der Antrag des Magistrats die auf den Gütern Rietischen und Werda lastende Rente von 622,10 Mark durch Zahlung eines Capitals von 12 892,29 M. aus den hierzu verfügbaren Mitteln der Hospitalkasse am 1. October cr. abzulösen. — Staatssecretär Dr. von Stephan traf in der gestrigen Nacht auf dem hiesigen Bahnhof ein und begab sich sofort nach der Ankunft in das in der Nähe befindliche Hotel „Der Jahreszeiten“. Der hiesige Postanfall hat dieser Besuch nicht gegolten, da bereits um 9 Uhr 36 Min. die Weiterfahrt nach Glas erfolgte. Vor einiger Zeit tauchte in den Blättern die Nachricht auf, Prinz Handjery sei hier anwesend gewesen, um der hiesigen Polizei Direction, betreffend Auflösung der Versammlungen, insonderheit dahin zu geben, hierbei eine mildere Praxis walten zu lassen. Neuerröndt ersucht der Regierungspräsident die Landräthe seines Bezirkes die ihnen unterstellten Ortspolizeibehörden darauf hinzuweisen, daß sowohl die Circularverfügung vom 3. December 1887 als das Ministerialrescript vom 25. September 1888 unverändert in Kraft stehen und nach wie vor genau zu beachten sind.

Hirschberg, 17. März. [Städtische Ressource.] Gestern feierte im Saale des „alten Schießbaues“ die „städtische Ressource“ ihr 42jähriges Bestehen durch ein Festabendbrot und Ball. Das Fest verlief in ebenso gemüthlicher, als würdiger Weise.

Bolsenhain, 17. März. [Stadtverordnetenversammlung.] Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Kaufmann Albrecht Rolke gewählt. — Aus Anlaß des 25jährigen Wirkens in hiesiger Stadt wurde dem grauen Schwestern von den städtischen Behörden eine Jubiläumsgabe von 300 M. bewilligt.

Sprottau, 15. März. [Communes. — Turnverein.] Auf Antrag des Magistrats setzten die Stadtverordneten in der heutigen Sitzung den Preis für Leuchtgas zu Leucht-, Heiz- und Kochzwecken auf 18 Pf. — bisher 20 Pf. — pro Kubikmeter fest. Die Erniedrigung des Gaspreises tritt am 1. April 1890 in Kraft. Der Preis eines zum Betriebe von Motoren verwendeten Kubikmeters Leuchtgas beträgt 16 Pf. — Nach dem Jahresabschlusse der Stadthauptkasse pro 1887/88 hatte dieselbe in diesem Etatsjahre 913 648 M. vereinnahmt. Die Ausgabe beziffert sich auf 838 275 M. Von dem Bestande von 75 373 M. gebühren 52 323 M. der Kammereikasse und 23 049 M. der Reservekasse an. Die Materialbestände hatten zum Schlusse des Jahres einen Werth von 99 466 M., und die Stadtkasse betrug ulf. März 1888: 871 895 M. Das Vermögen der Stadt, 7 981 951 M. betragend, setzt sich zusammen aus: Werth des Fossiles — 7193 M. umfassend — 4608 920 M., Liegenschaften (Acker und Wiesen) 1 739 000 M., Gebäude 1 462 320 M., Capitalvermögen 171 711 M. — Zu Vertretern des Niederschlesischen-Lausitz-Grenz-Turnganges auf dem Kreisturntage in Breslau wählte der hiesige Turnverein in gestern stattgehabter Sitzung für den ersten Bezirk, Sagan und Wiefau umfassend, Lehrer Lauffke-Sagan und Ritschke-Wiefau, für den zweiten Bezirk, zu dem Sprottau, Malzin und Christiansstadt gehören, Barnasch-Sprottau und Pfeifer-Christiansstadt.

Königszell, 15. März. [Obstbaumzucht. — Imkeret.] Alljährlich im Frühjahr durchziehen Säuglinge mit jungen Obstbäumen die Dörfer, um ihre Waaren für Spottpreise, Kirchbäumchen schon zu 20 Pf. abzusetzen. Im Interesse der Obstbaumzucht und der Förderung des Obstbaues ist allen Gartenbesitzern anzurathen, nur direct aus Baumschulen zu kaufen. Güte und Sorte der jungen Bäumchen aus guten Baumschulen decken später zehnmal die höheren Bezugspreise. — In hiesiger Gegend sind im abgelaufenen Winter viel Bienevölker zu Grunde gegangen. Ein hiesiger Imker hat jänmrliche 25 Völker seines Standes vortreflich überwintert, weil er die Herbstfütterung und gute Verpackung nicht verläumt hatte. Die meisten abgestorbenen Völker auf den Ständen sind erhungert in Folge des schlechten Trachtjahres. Lebende Völker leben vielfach an der Muth, da der Reinigungsaussatz nicht erfolgen konnte.

Schönau a. d. Kaspach, 17. März. [Gewerbeverein.] Der Gewerbeverein erfreut sich in unserem, wenig über 1500 Einwohner zählenden Städtchen eines stetigen Wachstums. In der letzten Versammlung wurde constatirt, daß dem Verein bereits 100 Mitglieder angehören.

Joner, 17. März. [Jubiläum.] Gestern feierte der Lehrer und Cantor Hanel sein 25jähriges Amtsjubiläum. Zu Ehren des Jubilars fand ein Diner statt, bei welchem Erzpriester Dr. Herbig auf den Jubilar den Toast ausbrachte.

Strehlen, 16. März. [Schulangelegenheiten.] Wie wir hören, ist von der königlichen Regierung der Lehrer Julius Stephan aus Mangschütz, Kreis Groß-Wartenberg, zum Lehrer, Organisten und Chordirector der hiesigen katholischen Schule und Kirche ernannt worden. Diese Vacanz dauert schon seit dem 1. October 1887, und zwar in Folge des durch die Pensionierung des Rectors Ved hervorgerufenen Pensionsrechtes zwischen Stadt und Regierung. — Im Laufe der nächsten Woche wird Regierungsdirector Hartog aus Breslau mit den Mitgliedern des Magistrats und der Schuldeputation wegen des Baues eines zweiten Stadtschulhauses verhandeln.

Kreuzburg, 14. März. [Städtischer Haushalts-Etat pro 1889/90.] Der Kämmerer-Hauptkassen-Etat pro 1889/90 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 95 250 Mark ab (95 450 M. im Vorjahre). Die Einnahmen entstammen aus Nutzungen städtischer Rechte, wie Pacht für Hohlbestellen, Jahrmärkte, Standgebühren etc. mit 3348 M., Ueberschuß aus der städtischen Ziegelei 8500 M., aus den städtischen Forsten 600 Mark, aus der Garnisonanstalt 4450 Mark, aus der Gasanstalt 9800 Mark, für Acker- und Wiesenpachtungen 10 072 M. etc. Die Communal-Einkommensteuer bringt eine Einnahme von 30 000 M. (28 000 M. im Vorjahre); es werden 140 Procent der Staatssteuern erhoben. Außerdem sind in gleichmäßiger Repartition 14 000 M. zur Bestreitung der Kreis- und Provinzialkosten aufzubringen. Die Einnahme der Zinsen von Activ-Capitalien beträgt 7446 M. Unter den Ausgaben sind bemerkenswerth: allgemeine Verwaltungskosten 19 124 M., Baukosten, wie Reparaturen an öffentlichen Gebäuden, Unterhaltung von Brücken, Wegen, des Straßenpflasters etc. 8700 Mark (+ 2700 Mark), Zuschüsse zum Schulwesen 25 230 M., in Folge des Schullastengesetzes 3250 M. weniger als im Vorjahre, Zuschüsse zur Armenkasse 2530 M., zur Krankenhaus- und Hospitalkasse 590 M., öffentliche Abgaben und Lasten 18 910 M., Zinsen von Passivcapitalien 7750 M., zur Schuldentilgung 3850 M. — Aus den Special-Etats sind einige bemerkenswerthe Daten anzuführen. Die Elementarschule benötigt einen Zuschuß von 20 230 M. gegen 20 280 M. im Vorjahre; die Ausgaben haben sich trotz des Staatszuschusses von 3250 Mark fast nicht vermindert, da wieder 2 neue Lehrerstellen creirt worden sind. Die Befolgungen der Lehrer beanspruchen 18 380 M. — Der Special-Etat der Schlachthauskassa balancirt in Einnahme und Ausgabe ohne Beanspruchung eines Zuschusses mit 7850 M. — Zu dem Etat des hiesigen Gymnasiums, dessen Kasse von dem Rendanten der Communal-kasse, Kämmerer Koch, mit verwaltet wird, leistet die königliche Regierung zu Oppeln einen Zuschuß von 14 820 M., die Stadt Kreuzburg 8200 M.; die Befolgungen der Lehrer incl. Wohnungszuschüsse erfordern 35 640 M.

Neustadt Os., 13. März. [Kreisangelegenheiten.] Für die nächste Sitzung des Kreisrathes ist auch die Feststellung des Haushalts-Etats zur Beratung gestellt. Nach dem Etat stellen sich die Ausgaben pro 1889/90 auf 228 100 M., die Einnahmen auf 71 000 M., so daß die Aufbringung von 157 100 M., und zwar 122 100 M. Kreis-Communal-Abgaben und 35 000 M. Provinzial-Abgaben, erforderlich sein wird. Einen fernerer Gegenstand der Beratung wird die Herabsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen bei der Kreissparkasse bilden. Die am 1. Januar 1887 erfolgte Herabsetzung des Zinsfußes von 4 pCt. auf 3 pCt. hat auf die weitere Zuführung von Spargeldern keinen nachtheiligen Einfluß ausgeübt, denn die neu eingelegten Sparbeiträge betragen im vorigen Jahre 1 423 306,81 Mark, die Capital-Rückzahlungen aber nur 817 305,24 Mark, so daß ein Einlagen-Zuwachs von 606 001,57 Mark in einem Jahre eingetreten ist. Die Ausleiher dieses Geldes auf sichere Hypotheken etc. war nur zum kleineren Theile möglich, weshalb für 382 850 M. 3/4procentige Wertpapiere mit 1 bis 3 M. pro Hundert über dem Nominalwerthe angekauft worden sind. Abgehen von den Verlusten, welche bei dem Rückgange des zur Zeit hohen Courses der Wertpapiere für die Kasse eintreten können, führt es zu einer Schädigung der Kreis-sparkasse, wenn ein großer Theil der Spareinlagen höher verzinst wird, als sie bei der Ausleiher Zinsen einbringen. Es wird daher der Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Geldmarktes den Zinsfuß für Spareinlagen von 3 pCt. auf 3 pCt. herabzusetzen. — Der Kreis Neustadt hat am 31. December 1888 aus dem Reichs-Invalidentfonds ein mit 4 pCt. verzinsliches und mit 1/2 pCt. unter Zinsrechnung der ersparten Zinsen zu tilgendes Darlehn von 1 500 000 M. zu dem Zwecke aufgenommen, die in den Jahren 1879 und 1880 zur Beschaffung der Geldmittel für Schaufesebauten ausgegebenen Kreis-Obligationen à 4 1/2 pCt. wieder einzuziehen, um eine Verzinsungs-Ermäßigung zu erreichen. Das aus dem Reichs-Invalidentfonds entnommene Darlehn ist unfindbar, es steht aber dem Kreise das Recht zu, den Tilgungsfonds um 5 pCt. des ursprünglichen nominellen Schuldcapitals zu verstärken. Da der Zinsfuß von 4 pCt. bei dem gegenwärtigen Stande des Geldmarktes als ein zu hoher erachtet werden muß und mit Bestimmtheit darauf zu rechnen ist, daß es dem Kreise möglich sein wird, sich anderweit Geld zu 3 1/2 pCt. zu verschaffen, so empfiehlt es sich, von dem Rechte der Verstärkung des Tilgungsfonds Gebrauch zu machen, nachdem die Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds eine Herabsetzung des Zinsfußes als unzulässig abgelehnt hat. Der Kreisrath hat demgemäß die Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds benachrichtigt, daß am Fälligkeitstermine der 1/2 pCt. Amortisationsrate auch die Zahlung der verstärkten 5proc. Tilgungsquote mit 57 500 Mark stattfinden werde. Erfolgt die Amortisationsverstärkung in derselben Höhe alljährlich weiter, so ist das ganze Darlehn im Jahre 1900 zurück-erstattet und dem Kreise erwächst dadurch eine Zinsersparnis von 57 372,71 M. ohne Anrechnung der Zinseszinsen. Mit Rücksicht hierauf wird beim Kreisrathe beantragt, die verstärkte Amortisation zu genehmigen und den Kreis-Ausschuß zu ermächtigen, die Geldmittel zur Zahlung der verstärkten Tilgungszinsen durch Aufnahme neuer Darlehne oder durch Ausgabe von Kreis-Anleihecheinen in der Art zu beschaffen, daß an Zinsen nicht mehr als 3 1/2 pCt. gezahlt werden.

Oppeln, 16. März. [Apothekergehilfen-Prüfung.] Unter dem Vorhise des Regierungs- und Medicinal-Raths Dr. Roach und unter Theilnahme der Apotheker Erner von hier und Erub aus Gleiwitz fand am 15. und 16. d. M. hieselbst eine Apothekergehilfen-Prüfung statt, zu welcher sich 5 Examinanden gemeldet hatten. Einer derselben trat im Laufe der Prüfung zurück; die 4 anderen bestanden dieselbe.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

Posen, 18. März. [Communes.] In der Stadtverordnetenversammlung am Sonnabend, 16. d., gelangte ein Antrag, betreffend die Herabsetzung des Gaspreises von 19 auf 15 Pfennige, zur Beratung. Nachdem seitens des Magistrats die Erklärung abgegeben worden, daß er seinerseits zur Zeit jeder Ermäßigung der Gaspreise seine Zustimmung verweigern müsse, gelangte nach Ablehnung aller anderen Anträge ein Antrag des Stadts. Herje zur Annahme, dahingehend, der Magistrat möge nach Ablauf dieses Betriebsjahres eine Uebersicht aufstellen lassen über die Höhe der Einnahmen, je nachdem ein Preis von 15, 16 oder 17 Pf. pro Kubikmeter zu Grunde gelegt würde. (Pos. Stg.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 18. März. [Landgericht. — Strafkammer IV. — Der Störenfried von Rothfärben.] Seit fast zwei Jahren erstattete der in Rothfärben wohnende Maurergeselle Wilhelm Piesch bei verschiedenen Behörden verschiedene Anzeigen. So richtete er an den Gendarmen-Oberst, den Landrath und die Staatsanwaltschaft längere Schriftstücke, deren Inhalt Beschuldigungen gegen den in Rothfärben stationirten Gendarm Maasch bildebten. In anderen Schriftstücken sprach er von dem Ortsvorsteher und Bauergutsbesitzer Kaiser in sehr abfälliger Weise, er bezeichnete denselben sogar als den Genossen eines Wilddiebes. Auf den Antrag der auf diese Weise verleumdeten Personen wurde gegen Piesch die Anklage wegen Verleumdung und wegen wissenschaftlicher Anschuldbung erhoben. Zur Verhandlung in dieser Sache stand heute vor der IV. Strafkammer Termin an. Piesch behauptete in seiner Vernehmung, alle seine Angaben seien völlig wahrheitsgemäß. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß selbst im Falle des Wahrheitsbeweises die gewählten Ausdrücke unbedingt beleidigend seien, machte der Angeklagte sogenannte „Rechtfertigungen“, durch welche er beweisen wollte, daß er nur in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. In der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß Piesch dem Gendarmen Maasch deswegen feindselig gesinnt sei, weil dieser in einer die Rechte des Piesch betreffenden Diebstahlsanklage als Belastungszeuge fungirt hatte. Hierauf bezog sich die erste der gemachten Anschuldigungen, Maasch habe in zwei Terminen „Meineide“ geleistet. Ferner sollte er „Sonntagsentheiligung“ getrieben haben, indem er an einem Sonntage in seinem Pflasterstalle Zimmerarbeiten ausführen ließ. Maasch sollte auch „bestialisch“ sein und demgemäß von zwei im Dorfe vorhandenen Gastwirthern immer nur denjenigen anzeigen, welcher „sich nicht mit ihm verstand“. Bei dem nie zur Anzeige gebrachten Gastwirth sollte sich Maasch tagelang aufgehalten und dort auch öfter und hoch um Geld gespielt haben. Endlich wurde dem Maasch noch die schwere Mißhandlung eines durch ihn transportirten Frauenzimmers zur Last gelegt. Neben mehreren an die Behörden gefandten Anschuldigungen hatte sich Piesch noch dreierlei Verleumdungen des Maasch schuldig gemacht, so hatte er beispielsweise bei einer längeren dienstlichen Abwesenheit des Gendarmen behauptet, derselbe habe die Zeit „wegen ihm“ (Piesch) in Gefängniß zubringen müssen.

Maasch leitete seine Aussagen, welche er als Zeuge eidlich zu machen hatte, mit der Behauptung ein, es sei kein Frieden mehr in Rothfärben, weil der Angeklagte fortwährend heizt, klatscht und verleumdet. Maasch bezeichnete alle Angaben des Piesch als wissenschaftlich falsch. Er (Maasch) habe überhaupt noch keinen Gastwirth aus Rothfärben benannt, er stehe auch nicht mit einem derselben besonders freundschaftlich. Karten-spiele treibe er gar nicht, höchstens mache er zu Hause einen Scat, es sei also unwahr, daß er im Wirthshause hoch um Geld gespielt habe. Bei gegenüber diesen Behauptungen vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweise, für welchen etwa 15 Zeugen geladen waren, mißglückte vollständig, es ergab sich daraus, daß Piesch in einzelnen Punkten dasjenige, was er nur vom „Hörensagen“ kannte, als Wahrheit behauptet und zur Anschuldigung benützt hat. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als ein frivolcs und gemeingefährliches und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß und Publikation des Urtheils. Der Gerichtshof erkannte wegen zweifacher schwerer Verleumdung und wissenschaftlicher Anschuldigung insgesamt auf 1 Jahr 3 Monate Gefängniß, auch wurde dem Gendarmen Maasch das Recht zugesprochen, den Tenor des Urtheils auf Kosten des Angeklagten einmal im Kreisblatt zu veröffentlichen. Wegen der Höhe der erkannten Strafe wurde Piesch sofort in Haft genommen.

Hirschberg, 16. März. [Ist der Leiter einer Gemeinde-Versammlung berechtigt, ein Mitglied, das sich ungebührlich benimmt, hinauszurufen?] Mit dieser interessanten Frage beschäftigte sich vor einiger Zeit das Schöffengericht in Lahn, und in der Berufungsinstanz auch die Strafkammer zu Hirschberg in Schlesien. Wie seiner Zeit auch in der „Bresl. Ztg.“ berichtet wurde, ward dem Gemeindevorsteher, welcher wohl durchweg als der berufene Leiter solcher Versammlungen anzusehen ist, diese Berechtigung in beiden Instanzen zugesprochen. Der Sachverhalt war folgender: Am 7. Juli v. J. fand in Ober-Langenu eine Gemeindeversammlung statt, zu welcher auch ein dortiger Grundbesitzer in stark angeheitertem Zustande erschienen war, der im Verlaufe der Versammlung den Vortrag des Amtsvorstehers wiederholt durch Zwischenrufe unterbrach. Alles Zureden, weitere Störungen zu unterlassen, half nichts, und schließlich forderte ihn der Gemeindevorsteher, welcher die Versammlung leitete, auf, das Zimmer zu verlassen. Dieser Aufforderung leistete der Angeklagte jedoch keine Folge und erst auf späteres Zureden von Bekannten verließ er das Local, unterwegs noch eine Verleumdung gegen den Amtsvorsteher ausstößend. Das Schöffengericht in Lahn verurtheilte denselben wegen groben Unfuges zu der für diese Uebertretung höchsten Strafe von 150 Mark und wegen Hausfriedensbruch und Verleumdung noch zu fünfzehn Tagen Gefängniß. In der Berufungsinstanz vor der Strafkammer zu Hirschberg suchte der Angeklagte das schöffengerichtliche Urtheil, soweit es den groben Unfug und den Hausfriedensbruch betrifft, aus juristischen Gründen an, und in Betreff der Verleumdung erstrebe er die Verwandlung der Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Heilborn, führte zur Begründung der Berufung etwa Folgendes aus: In der Störung der Gemeindeversammlung durch den Angeklagten könne ein grober Unfug nicht erblickt werden, da eine derartige Versammlung, weil sie nur eine Vereinigung bestimmter Personen sei, zu der ein Fremder keinen Zutritt habe, nicht als „Publikum“ im Sinne des § 360 XI St.-G.-B. anzusehen sei. Ein Hausfriedensbruch habe sich aber der Angeklagte auch nicht schuldig gemacht, denn er habe sich als grundbesitzendes Mitglied der Gemeinde Ober-Langenu nicht unbefugt in jener Versammlung befunden. Dem Leiter einer solchen Versammlung stehe aber gesetzlich nicht das Recht zu, ein Gemeindevorsteher, auch wenn es sich ungebührlich benimmt, hinauszurufen. Selbst dem Präsidenten der parlamentarischen Körperschaften stehe ein derartiges Recht nicht zu. Der Gerichtshof schloß sich bezüglich der Anklage wegen groben Unfuges der Ansicht des Verteidigers an, hob diesen Theil des Erkenntnisses des ersten Richters auf und erkannte auf Freisprechung. Im Uebrigen wurde die Berufung verworfen. Die Strafkammer ging dabei von der Ansicht aus, daß dem Vorsitzenden einer Gemeindeversammlung, so lange nicht das Gegentheil oder eine andere Bestimmung durch eine Landgemeinde-Ordnung festgesetzt sei, das Recht zustehe müsse, ein sich ungebührlich benehmendes Mitglied der Gemeinde aus der Gemeinde-Versammlung hinauszurufen. Gegen dieses Urtheil der Strafkammer zu Hirschberg, soweit es die Verurteilung wegen Hausfriedensbruches betraf, legte der Angeklagte neuerdings durch seinen Verteidiger Revision bei dem zuständigen Ober-Landesgerichte in Breslau ein, indem er ausführte, der Gemeindevorsteher habe überhaupt kein Recht gehabt, die Angeklagten aus der Versammlung hinauszurufen. Er habe das ev. nur als Organ des Amtsvorstehers für die Polizeigewalt gekannt; es sei aber in dem Urtheile festgesetzt, daß der Gemeindevorsteher ein polizeiliches Einschreiten nicht beabsichtigt oder ausgeführt habe. Es könne eine Befugniß zum Hinauszurufen auch nicht daraus hergeleitet werden, daß der Gemeindevorsteher das Local „Zwecks Abhaltung der Gemeindeversammlung“ gemietet habe. Denn die weiteren Feststellungen ergeben, daß der Miethszins hierfür nicht aus der Tasche des Gemeindevorstehers, sondern aus der Gemeindefasse gezahlt werde. Hieraus habe der Gemeindevorstand wohl dem Wirth und unbefugten Dritten gegenüber bezüglich des Saales das Hausrecht erworben, nicht aber gegenüber der Gemeindeversammlung. Es könne sonst der Gemeindevorstand jedes Gemeindevorsteher, auch wenn es die Ordnung nicht störe, aus der Versammlung ausweisen, was mit dem Rechte des einzelnen Gemeindevorstandes zur Theilnahme an der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten im Widerspruch stände. — Das Ober-Landesgericht hat sich nun in seiner unter dem Vorhise des Senatspräsidenten Leske am 22. Februar cr. abgehaltenen Sitzung diesen Rechtsausführungen angeschlossen und die Revision auf Grund folgender Erwägungen für begründet erachtet: „Die Frage, ob der Gemeindevorsteher Helligwig befugt war, den Angeklagten aus der Gemeindeversammlung zu weisen, ist nicht thatsächlicher, sondern rechtlicher Natur, und unterliegt deshalb der Prüfung durch das Revisionsgericht. Der Berufungsrichter hat aber zu Unrecht auf Grund seiner thatsächlichen Feststellungen diese Frage in bejahendem Sinne entschieden. Denn als Leiter und Vorsteher der Gemeindeversammlung konnte Helligwig an sich allein nicht zur Entfernung eines Mitgliedes für berechtigt erachtet werden, da weder die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts im Titel 6 und 7 des II. Theils, noch die Kreisordnung dem Schulzen ein solches Recht verleihen. Die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes in §§ 178, 182 über die Befugniß des Gerichts bezw. des Richters bei der Vornahme von Amtshandlungen Personen, die sich ungebührlich benehmen, aus dem Sitzungszimmer zu entfernen, sind positiver Natur, und lassen eine analoge Anwendung auf den vorliegenden Fall nicht zu. Ob eine solche Entfernung auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Gemeindeversammlung möglich war, kann ganz dahingestellt bleiben, da Helligwig die Ausweisung des Angeklagten Kraft eigenen für sich als Leiter der Versammlung beanspruchten Rechtes vornahm. Hätte er als Ortsvorsteher in Ausübung seiner polizeilichen Befugnisse den Störenfried entfernt, so ließe sich gegen die Ausweisung an sich nichts sagen, das Berufungsgericht hat aber ausdrücklich das Gegentheil festgestellt, nämlich, daß in concreto der Ortsvorsteher seine polizeilichen Befugnisse nicht ausübt hat, auch nicht hat ausüben wollen. Auch der Umstand, daß der Saal von Gemeindevorstand gemietet worden war, konnte dem Vorsteher ein solches Recht gegenüber den einzelnen Gemeindevorstand nicht verschaffen, da die Miethzins nicht für den Gemeindevorstand als solchen, sondern für die Gemeinde geschah, jedes Gemeindevorstand daher als Mitmiether anzusehen war und das Gesetz ein selbstständiges Ermittlungsrecht einem Mitmiether gegenüber in der hier festgestellten Weise nicht kennt und der Angeklagte zu der Versammlung geladen war. Stand sonach dem Gemeindevorsteher Helligwig ein Recht, den Angeklagten aus dem Saale zu weisen, nicht zu, so ist die entgegengesetzte Auffassung des Berufungsgerichts als eine irrige zu bezeichnen und die Verurteilung des § 123 des Strafgesetzbuches mit Recht gerügt worden. Aus diesen Gründen hat das Breslauer Ober-Landesgericht zu Recht erkannt: „Daß das Urtheil der Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Hirschberg vom 5. Januar 1889, soweit es sich auf das Vergehen des Hausfriedensbruches bezieht, nebst den demselben zu Grunde liegenden thatsächlichen Feststellungen aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das gedachte Berufungsgericht zurückzuweisen ist.“ Nach dieser Entscheidung darf der Leiter einer Gemeindeversammlung also nur dann ein Mitglied, welches sich ungebührlich benimmt, hinauszurufen, wenn derselbe außerdem noch als Organ des Amtsvorstehers für die Polizeigewalt fungirt.

A. Reichsgerichts-Entscheidungen. Der Gewerbeunternehmer ist nach einem Urtheile des Reichsgerichts, 17. Civilsenats, vom 21. Januar

1889 verpflichtet, nicht nur alle diejenigen zu thunlichster Sicherheit gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche zur Sicherung der Arbeiter innerhalb ihres Arbeitskreises erforderlich sind, sondern auch Schutzvorrichtungen gegen vorübergehende Nichtbeachtung von Verboten gewisser außerhalb der vorgeschriebenen Thätigkeit liegenden Manipulationen, soweit thunlich zu treffen.

A. Das Abhalten vom Mitbieten bei öffentlichen Versteigerungen ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, I. Strafsenats, vom 10. December 1888 in Preußen aus § 270 des Preuß. Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 zu bestrafen. Hatte der vom Mitbieten Abgehaltene sich erboten, gegen eine Geheißleistung oder einen sonstigen Vortheil vom Mitbieten abzusehen, so ist dieser wegen Anstiftung zu dem Vergehen des § 270 des Preuß. Strafgesetzbuches, aus § 48 des Reichs-Strafgesetzbuches zu bestrafen.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. Landtag.

* Berlin, 18. März. Die ganze heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde heute ausgefüllt mit der Beratung über die Theilung des Regierungsbezirkes Schleswig-Holstein. Bei früherer Gelegenheit war beschlossen worden, den alten sächsischen Provinziallandtag über diese Frage zu hören, was eigentlich keinen rechten Sinn hatte; denn dessen Gutachten stand schon im Voraus fest. Die Gegner der Vorlage aus Schleswig wollten den neu zu wählenden Provinziallandtag befragen, damit wäre die Sache um ein Jahr verlagert worden; aber sie drangen damit nicht durch. Das zustimmende Gutachten des alten sächsischen Provinziallandtages benutzten nun heute die Minister Herrfurth und v. Bötticher für die Vorlage. Letzterer ist bekanntlich Regierungs- und später Oberpräsident in Schleswig gewesen. Er schilderte die Arbeitslast als eine so enorme, daß ein einzelner Mann sie nicht bewältigen könne. Ganz so schlimm muß es doch wohl nicht gewesen sein, denn Herr v. Bötticher gehörte als Regierungspräsident 1878 und 1879 dem Reichstage an. Er hat sich damals sehr eifrig an den Verhandlungen — namentlich des Zolltarifs — betheiligt und speciell im Jahre 1879 nahezu 9 Monate in Berlin zugebracht, ohne daß dadurch die Geschäfte der Schleswiger Regierung gelitten zu haben scheinen. Auch die Abgg. v. Liedemann-Labischin, v. Bülow und Bartels spielten sich als ehemalige und jetzige Verwaltungsbeamte aus den Herzogthümern auf; sie empfahlen die Theilung, weil ein Regierungspräsident die Arbeiten nicht bewältigen könne, die durch die neue Verwaltungsorganisation nicht vermindert seien. Von dem engherzigsten localen Standpunkt der Stadt Schleswig aus traten die Abgg. Christophersen und Kraß gegen die Vorlage auf, während der Abg. Peters (Notar in Kiel) so recht pro domo für dieselbe sich aussprach. Von einem etwas anderen Standpunkte sagte Herr v. Rauchhaupt die Sache auf; er meinte, der Einfluß der staatlichen Verwaltung müsse sich vom Minister her bis zum Landrath hin fühlbar machen, sonst sei es mit dem Ansehen der Krone und der Verwaltung vorbei. Dem traten die Abgg. v. Kardorff, v. Zedlitz und Ricker entgegen. Die Theilung des Regierungsbezirkes Schleswig werde die Theilung mehrerer anderer Regierungsbezirke zur Folge haben, und doch müsse das Bestreben gerade dahin gehen, die Bureaucratie zurückdrängen und der Selbstverwaltung mehr zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die namentliche Abstimmung ergab die Ablehnung der Vorlage mit ziemlich erheblicher Mehrheit, nämlich mit 169 gegen 127 Stimmen. Gegen die Vorlage stimmten die Polen, das Centrum mit drei Ausnahmen, die Freisinnigen mit einer Ausnahme, 24 Freiconservative und 45 Nationalliberale, sowie zwei Conservative und die Wilben von Meyer-Arnswalde, Lotichius und Berger. Für die Vorlage stimmten die Conservativen mit zwei Ausnahmen, 27 Freiconservative, 17 Nationalliberale, ferner Prinz Arenberg, Mater und Zaruba vom Centrum, Seelig von den Freisinnigen und Cremer-Teltow. Das Haus lehnte nach diesem Beschluß natürlich auch die Ausgaben für das Regierungsgebäude in Kiel ab und genehmigte dann noch die Etats des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, indem es die Gehälter der beiden Bureaudirectoren von 8100 auf 9000 M. erhöhte. Morgen soll die zweite Beratung des Etats abgeschlossen werden.

Abgeordnetenhause. 38. Sitzung vom 18. März. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Bötticher, Herrfurth.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Theilung des Regierungsbezirkes Schleswig.

Der Referent theilt mit, daß der Provinziallandtag, dessen Befragung das Haus gewünscht hatte, sich für den Gesetzentwurf ausgesprochen habe mit einer Mehrheit von 34 gegen 23 Stimmen.

Abg. v. Kardorff erklärt, daß ein Theil der freiconservativen Partei bei seiner gegnerischen Haltung verharren werde. Es sei allerdings felt-sam, daß ein Theil einer regierungstreuen Fraktion bei einer solchen Vorlage, welche die Regierung als unabwendbar bezeichnet habe, sich in Gegenlag zur Regierung stelle. Aber die Partei könne ihre Bedenken nicht unterdrücken. Er (Referent) sei ein Gegner der Vermehrung der Beamtenstellen. Wenn eine Geschäftsüberlastung vorliege, sollte man lieber die Gehälter der Beamten aufheben. Wenn der Regierungsbezirk Schleswig getheilt werden soll, was soll dann mit Döpnitz geschehen, wo die Bevölkerungszahl eine doppelt so große ist und jedenfalls viel schwierigere Arbeiten zu gewärtigen sind. (Sehr wahr! links.) In Folge ver-wandtschaftlicher Beziehungen kenne ich die Verhältnisse der Provinz ziem-lich genau und ich weiß, daß die Theilung in Schleswig und in einem großen Theil von Holstein große Mißstimmung hervorrufen wird. Im Provinziallandtage haben die bäuerlichen Vertreter sich in großer Mehr-heit gegen die Theilung ausgesprochen. Daß die Großgrundbesitzer für eine Regierung in Kiel sind, ist selbstverständlich. Die geographische Lage des Großgrundbesitzes und die Beziehungen der Besitzer weisen sie mit ihren Interessen nach Kiel hin. Die beste Rede gegen die Vorlage hat ja auch der Däne Johannsen gehalten, indem er mit einer gewissen Schaben-freude für dieselbe sprach. Ich kann nur bitten, die Vorlage abzulehnen.

Minister v. Bötticher: Es dürfte vielleicht von Interesse sein, die Anschauung eines Beamten zu hören, der in Schleswig-Holstein gewirkt hat und noch heute zu dem lebhaftesten Dank sich verpflichtet fühlt für das wohlwollende Andenken, das man ihm in der Provinz bewahrt. Ich habe keine vorgefaßte Meinung über diese Vorlage, sondern beurtheile sie an der Hand meiner damaligen amtlichen Wahrnehmungen. Bei meiner Verlegung nach Schleswig-Holstein 1876 waren mir Land und Leute völlig unbekannt. Das Regierungscollegium zählte schon damals 40 Mit-glieder. Mein Präsidialsecretär sagte mir, daß nicht alle neuen Sachen dem Präsidenten vorgelegt würden, sondern manche gleich in die Abtheilungen gingen. Als ich aber alle Eingänge zu sehen wünschte, sagte er mir: „Herr Präsident, das halten Sie nicht drei Tage aus.“ Der Mann hat Recht gehabt. Meine Zeit reichte nicht hin, um auch nur die Rubra oder diejenigen Berichte, deren Rubrum mir ein besonderes Interesse er-regte, durchzugehen. Ich habe öfter in den siebziger Jahren an das Ministerium und das Oberpräsidium in Aufzählungen über die Unzulänglichkeiten dieser Arbeitsüberlastung und die Nothwendigkeit einer Besserung hinge-wiesen. Nach der Neuorganisation der Verwaltung durch die Kreisordnung werden die Geschäfte sich nicht vermindern. Die Bedürfnisfrage an sich ist von dem Vorredner nicht abgeleugnet und wird von seiner Seite ab-geleugnet werden können. Wenn der Abg. v. Meyer-Arnswalde meint, 312 Eingänge seien für 40 Mitglieder der Verwaltung nicht zu viel, er als Landrath habe das zehnfache zu erledigen gehabt, so ist zwischen Nummer und Nummer ein großer Unterschied. (Abg. Ricker: Sehr richtig!) Die Zahl der Nummern beweist nichts, sondern man muß einen Einblick in die Geschäfte in ihrer meritorischen Bedeutung gewinnen und

vor allen Dingen einen Einblick darin, wie die Geschäfte behandelt werden. Ich kann aus meiner Wirksamkeit aus Schleswig-Holstein be-richten, daß dort außerordentlich gründlich und thätig gearbeitet wird, vielleicht etwas zu gründlich. Aber gerade aus dieser nicht tabelnwerthen Eigenthümlichkeit ergibt sich für den Präsidenten und den Oberregierungs-rath eine ganz außerordentliche Mehrlast. Ich habe nach meinem Amis-antritt den Oberregierungs-rath der Abtheilung des Innern, der ein mit Land und Leuten sehr vertrauter Schleswig-Holsteiner war, fast unter der Last der Geschäfte zusammen sinken sehen. Seinen Nachfolger, eben-falls ein Schleswig-Holsteiner, wurde es etwas leichter, aber auch ihm müßte die Ueberlastung auf die Dauer unerträglich werden. Diese sehr thätigen Beamten und ich selbst kamen mit 10 bis 12 stündiger täglicher Arbeitszeit nicht aus, um nur die schriftlichen Geschäfte zu bewältigen. Es liegt also hier ein alter Uebelstand aus der früheren Organisation der Verwaltung vor. In den 60er Jahren war es noch das politische Element, welches die Eintheiligkeit der Verwaltung und eine Regierung wünschenswerth machte. Dieses war aber keine sachgemäße Lösung der Verwaltungsfrage. Das von Herrn von Kardorff angegebene Recept einer Gehaltsaufbesserung der dortigen Beamten kann wohl die Dienstfreudigkeit des einen oder anderen erhöhen, aber es wirkt nicht bei einem, der bereits von Morgens 8 bis Abends 10 Uhr in den Sitteln geht. Die Furcht vor der Schaffung eines Präcedenzfalles habe ich in meinem parlamentarischen und staatlichen Leben nie empfunden und kann es auch hier nicht. Abgeordnete, wie Minister, müssen jede einzelne Frage meritorisch und gründlich prüfen und ohne andere Rücksichten den vorhandenen Uebelständen abhelfen. Ich fürchte auch nicht einen Antrag auf Theilung des Regierungsbezirkes Döpnitz. Ergiebt die Prüfung die Nothwendigkeit einer Theilung, dann nehme ich den Antrag an, anderenfalls wird mich die Theilung Schleswigs an einem ablehnenden Votum nicht hindern. Concessionelle Schwierig-keiten liegen in Schleswig-Holstein nicht vor, wohl aber nationale. Eine so ausgebildete Industrie wie in Döpnitz, haben wir dort nicht, aber die beiden ganz verschiedenartig gestalteten Küsten der Ost- und Nordsee schaffen weit mehr Arbeit, abgesehen von den Eis-Ver-hältnissen. Während meiner Amtirung konnte ich den zahlreichen, auf persönliche Anwesenheit gerichteten Wünschen nie nachkommen, und doch ist es nothwendig, in Fühlung mit der Bevölkerung zu bleiben und nicht bloß auf die Berichte der Beamten angewiesen zu sein. Die Mißstimmung der Bevölkerung kann ich nicht fürchten. Ein Theil wünscht ja die Theilung. Gerade die Zufriedenheit der Dänen ist es allerdings, was mich stutzig macht; diese fürchten aber auch das Mehr-regieren nicht, denn sie sind praktische Leute. Daß es den Dänen bisher nicht schlecht gegangen ist, sehe ich an dem ausgezeichneten Humor, mit dem neulich der Abg. Johannsen über die Angelegenheit gesprochen hat. Wer so sprechen kann, kann unmöglich unglücklich sein. (Heiterkeit.) Sobald man dort sehen wird, daß die Wohlfahrt des Landes in Folge der Theilung sich hebt, wird jede Mißstimmung weichen. Außerdem muß man sich vor einer politischen Mißstimmung auch nicht allzu sehr fürchten, und sich nur hüten, durch polizeilichen Druck einzugreifen. Eine sachgemäße, zweck-mäßige Verwaltung erregt nirgends Mißstimmung. Machen Sie die Theilung heute nicht, so wird die Regierung später immer von Neuem darauf dringen. Das „Uw ewig ungedult“ hatte vielleicht zur Zeit der Eberdänen seine Bedeutung, wo sich beide Herzogthümer gemeinsam gegen Dänemark wehrten. Heute wo Schleswig-Holstein dem Deutschen Reiche und dem Königreich Preußen angehört, ein gemeinsames landesväterliches Regiment hat, wo es unter einem Regiment steht, das den Willen und die Kraft hat, festzuhalten, was es bestimt, bis zur letzten Grenze (Weisfall), da kann nicht die Sorge entstehen, daß durch eine rein administrative Einrichtung die Zukunft der Herzogthümer gefährdet wird. Ich weiß, daß ich mit meinem Votum manche Anschauungen in der Provinz Schleswig-Holstein verletzt habe, daß der von mir sehr geliebten und hochgeachteten Stadt Schleswig durch die Theilung einige Nachteile erwachsen werden, und ich würde gern alle Gründe zusammenfassen, diese abzuwenden, aber mich kann als Minister und Abgeordneter das Interesse einer einzelnen Stadt nicht bestimmen, gegen eine Maßregel mich zu erklären, die nach meiner eigenen Erfahrung und nach den Anschauungen aller der Leute, die einen Einblick in die Verhältnisse haben, eine Nothwendigkeit ist. Ich werde deshalb für die Vorlage stimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt: Nachdem der Provinziallandtag sich für die Theilung ausgesprochen hat, können wir uns kaum dagegen erklären. Die neue Verwaltungsgesetzgebung hat schon dazu beigetragen, daß in den Kreisstädten die Dänen überall geschlagen sind. Wird nicht das Bestehen von zwei Regierungen mehr zur Vereinfachung der nationalen Schwierig-keiten beitragen, als das Bestehen einer einzigen Regierung? Die Regie-rung muß am Mittelpunkt des geistigen Lebens sitzen, sonst verkümmert sie. Herr von Zedlitz hat bei der früheren Beratung über diese Vorlage eine Rede gehalten, in welcher er über die Centralisation der Verwaltung und über die Einmischung der Regierung in die Gemeindeverwaltung Dinge gesagt hat, die ich eher in dem gestern unterbrochenen „Organ für Jedermann“ als in seinem Munde erwartet hätte. Die einheitliche Ver-waltung muß sich bemerkbar machen vom Minister durch den Ober-präsidenten, Regierungspräsidenten und Landrath hindurch bis in die untersten Instanzen, sonst geht die Einheit des Staates, der Einfluss der Krone ver-loren. Unsere Regierungen bestehen seit 1817: die Bevölkerungszahl hat sich verdreifacht und vervierfacht; die Arbeit hat sich noch viel stärker vermehrt. Denken Sie denn, daß die Kranken- und Unfallversicherung und später die Invalidenversicherung so nebenbei erledigt werden können? Für die neue Justizorganisation haben Sie viele Millionen bewilligt; bewilligen Sie hier die kleine Summe für die Verbesserung der Verwaltung. Das prächtige Gebäude für die Regierung in Kiel wollen wir nicht bewilligen; es muß ein einfacheres Gebäude hergestellt werden.

Abg. Christophersen: Wir hatten gewünscht, daß diese Vorlage dem neu zu wählenden Provinziallandtage zur Begutachtung vorgelegt werden möchte. Daß der alte Landtag sich für dieselbe ausgesprochen würde, ist selbstverständlich; denn die Großgrundbesitzer wohnen dicht bei Kiel; die Städte und Landgemeinden haben sich zumeist gegen die Theilung aus-gesprochen. Von einer Ueberbürdung des Regierungspräsidenten kann man nicht sprechen, denn es steht demselben ja frei, eine Anzahl von Sachen dem Ober-Regierungsrath zur selbstständigen Erledigung zu über-weisen. Der Widerpruch gegen die Vorlage ist als ein Sturm im Glase Wasser bezichtigt worden. Das mag sein, aber ein Bodensturz von Miß-stimmung wird immer zurückbleiben.

Minister Herrfurth: Die Herren, welche gegen die Vorlage von vornherein waren, werden sich durch das Votum des Provinzial-Landtages nicht beeinflussen lassen. Aber die Herren, welche sich auf das Votum des Provinzial-Landtages nur deshalb beriefen, weil sie damit die Sache auf ein Jahr aus der Welt zu schaffen gedachten, müssen sich einen anderen Vorwand zur Ablehnung suchen. Ich möchte Sie aber bitten, diesen Vor-wand nicht zu suchen darin, daß Sie den jetzt noch bestehenden Provinzial-Landtag angreifen. Für alle anderen Herren ist die Schläge sehr ver-schieden. Jeder Zweifel ist durch den Beschluß des Provinzial-Landtages beseitigt. Die locale Frage ist damit zum Glück erledigt. Bezüglich der allgemeinen politischen Fragen kann ich nur auf die Rede des Herrn von Bötticher verweisen. Kiel ist der Sitz einer Marine- und einer Militär-behörde, es residirt dort ein Prinz des königlichen Hauses; Kiel ist der Mittelpunkt des kommerziellen Verkehrs von Schleswig-Holstein, nach Vollendung des Nord-Ostsee-Kanals wird es in den Weltverkehr hineinge-zogen werden. Da ist es wohl nicht angemessen, daß in Kiel die Staats-verwaltung nur in dem Bürgermeister von Kiel vertreten ist. Man spricht von dem Präcedenz, welches geschaffen wird. Wenn Ihr positives Votum ein solches Präcedenz schafft, dann schafft doch auch die Negative ein solches. Denn wenn Sie meinen, daß für Schleswig-Holstein eine Re-gierung genügt, dann genügen für Hannover, welches die doppelte Fläche und nicht ganz die doppelte Einwohnerzahl hat, zwei Regierungen. Die Regierung müßte also aufgefördert werden, die Regierungen in Hannover und in Hildesheim mit der Regierung in Lüneburg zu verschmelzen.

Abg. v. Liedemann (Labischin) weist darauf hin, daß die Schaffung einer Regierung für die ganze Provinz nicht politischen Motiven zu ver-danken sei, sondern der damals herrschenden Gegnerschaft gegen die Be-zirksregierungen überhaupt, die 1875 darin ihren Ausdruck fand, daß man bei der Schaffung der neuen Verwaltungsorganisation sie gern ganz be-seitigen wollte. Namens eines Theiles der Freiconservativen spricht Red-ner sich für die Vorlage aus.

Abg. Ricker: Die Erregung bei der heutigen Debatte ist nicht durch das locale Interesse an der Vorlage bestimmt. Es steckt in ihr eine weittragende Bedeutung und der Minister des Innern hat vielleicht keinen Grund, zu sagen, daß diejenigen, welche bei der Vorlage die Consequenzen fürchten, nicht bona fide gesprochen hätten. Ich erkläre nochmals, nur bona fide die betreffenden Behauptungen aufgestellt zu haben. Die Regierung wird heute freilich die Consequenzen nicht ziehen, aber es giebt ein Schwergewicht der Thatfachen, das von selbst die Consequenzen zieht. Nehmen Sie die Vorlage an, so werden die größeren Regierungsbezirke mit den heute von der Regierung ge-bräuchten Gründen mit Recht auch eine Theilung fordern. Es handelt

sich um ein großes Princip der Selbstverwaltung, und ich freue mich, daß ich heute vielleicht zum ersten Male eine Rede meines langjährigen Gegners von Kardorff mit lautem Beifall begleiten konnte. Ich hoffe, daß ihn das nicht verdächtigen wird. Die von ihm vorgebrachten Grundfälle sind genau dieselben, die ihn und seine Freunde mit uns bei der Ver-waltungs-Gesetzgebung geleitet haben, und es ist eine Genugthuung, daß wenigstens ein Theil seiner Freunde an diesen Grundfällen noch festhält. Dem Minister sage ich: Nicht weil es eine Regierungsvorlage ist, lehnen wir sie ab. Ganz entschieden muß ich auch dagegen Verwahrung einlegen, daß das Ansehen der Landesvertretung nicht erhöht werde, wenn der-artige locale Angelegenheiten in so breitem Rahmen erörtert werden. Entweder hat dieses Haus mit zu entscheiden über solche locale Ange-legenheiten, dann muß es auch die Verhandlungen darüber mitführen, oder nehmen Sie ihm diese Entscheidungen und übertragen Sie sie dem Provinziallandtage. Graf Holstein hat im Provinziallandtage aus-drücklich hervor gehoben, daß für uns die volle Verantwortung bleibe. Es wären nur schöne Zustände, wenn wir, die wir die alleinige Ver-antwortung haben, uns bei einem Votum des Provinzial-Land-tages beruhigen sollten. Das Votum des Provinzial-Landtages kann für uns um so weniger bestimmend sein, als er nach einem Princip aufgestellt ist, das mit den Anforderungen der heutigen Zeit in Widerspruch steht: Aus 20 Großgrundbesitzern, 19 Vertretern der Städte, 19 der Landgemeinden. Von den Großgrundbesitzern haben 16 für die Theilung gestimmt, darunter 9, die in der nächsten Nähe von Kiel woh-nen; von den Vertretern der Landgemeinden haben, wenn ich die 3 Dänen abziehe, nur 5 sich dafür und 11 dagegen erklärt. Davon waren 6 aus Schleswig, 5 aus Holstein. Das gewährt uns einen Einblick, wie der neue Landtag gestimmt haben würde. Die Großgrundbesitzer vertreten nicht die Stimmen des Volkes. Eine Anzahl Mitglieder des Provin-zial-Landtages ist übrigens mit dem Entschluß zur Sitzung gekommen, gegen die Vorlage zu stimmen, aber unter dem Hochdruck, der auf sie ausgeübt worden ist, haben sie schließlich dafür gestimmt. „Das läßt tief blicken.“ Der Abgeordnete von Rauchhaupt ist der Regierungsvorlage ein gefährlicher Gegner geworden. Ein Theil von denen, die schwanken-d waren, muß durch seine Ausführungen heute unbedingt auf unsere Seite gekommen sein. Der Abgeordnete von Rauchhaupt sagt, er sei ein Gegner des Bureaucratischen Apparates. Das liegt man auch in der con-servativen Presse, wenn ihnen ein Bureaucrat unangenehm wird. So haben wir auch große Lobeserhebungen über Selbstverwaltung gehört. Wenn es sich aber um einen Regierungspräsidenten handelt, da werden Sie schwach. (Heiterkeit.) Hier handelt es sich nicht um einen Regierungs-präsidenten, sondern um dem Einen wachsen immer mehr. Herr von Bötticher meinte, der Humor in der Rede Johannsens lasse schließen, daß die Dänen unter der preussischen Verwaltung sich nicht so schlecht be-fänden. Hamlet hatte auch Humor (Heiterkeit), aber es war jener Humor, den auch Herr Johannsen entwickelt hat, eine beizende Ironie. Er sagte ausdrücklich, die Dänen wären für die Theilung, weil die Regierung selber anerkannt habe, sie müßte besser regieren lernen. Ich bitte den Spott, der in jenen Worten lag, nicht ernsthaft für die Regierungsvorlage zu verwenden. Herr von Bötticher meinte dann, es sei ein Unglück, daß so viele Actenstücke an den leitenden Beamten kämen, daß er sie nicht einmal lesen kann. Wozu die Selbstverwaltung, wenn der leitende Beamte mit so vielen Actenstücken überhäuft wird? Es wäre eine Veränderung der Organisation nothwendig darin, daß viele Eingänge in den unteren Instanzen erledigt würden. Wenn wir übrigens eine solche Angelegenheit nach der Zahl der Nummern beurtheilen sollten, wie viele Bürgermeister müßte denn Berlin haben? Wenn die Regierungspräsidenten und Regierungsräthe so überbürdet sind, so sollten sie sich andere Dinge sparen, z. B. die Abhaltung von politischen Reisen, Verammlungen und Reden. Das Anwachsen der Arbeiten hat mit der Theilung nichts zu thun. Schaffen Sie mehr Beamte an, aber nicht neue Regierungspräsidenten. Die finanziellen Consequenzen werden sich nicht vermeiden lassen. Haben Sie erst die Regierung, dann müssen Sie auch das Regierungsgebäude würdig ausstatten. Das könnten Sie ebenso wenig ablehnen, wie Sie es bei den anderen Regierungen gethan haben. Durch die Drohung des Ministers gegen Hannover mögen sich die Herren aus dieser Provinz nicht schrecken lassen. Dort handelt es sich um eine historische Entwicklung, welche die Regierung nicht außer Acht lassen kann. Ich habe nicht Schandenfreude, sondern Genugthuung darüber, daß die Idee der Selbstverwaltung mit ihren Consequenzen noch nicht vergessen ist von denjenigen, die damals mit lebendigem Eifer für die Selbstverwaltungsgesetze eingetreten sind. Wenn wir heute gegen die Vorlage stimmen, so thun wir es in der Ueberzeugung, daß wir nur jenes Reformwerk forschen, welches wir in seinen grundlegenden Ideen nicht im Stich lassen dürfen. Entweder Bureaucratie oder Selbstverwaltung, beides zusammen kann das Land nicht vertragen. (Beifall links.)

Abg. v. Bülow erklärt sich für die Vorlage. Das Votum des Pro-vinzial-Landtages habe ihn nur in seiner Meinung befestigt. Eine gewisse Unruhe sei allerdings in der Provinz vorhanden, aber sie sei nur der falschen Vorstellung entsprungen, daß man wieder eine Ebergrenze ein-führen wolle.

Abg. Kraß: Das Votum des alten Provinzial-Landtages hat für mich kein Gewicht, das des neuen wäre sicherlich besser gewesen. Es besteht das Bedenken, daß, wenn einmal die Regierung nach Kiel verlegt wird, später auch das Oberpräsidium von Schleswig wegverlegt werden würde. Es wäre gut, wenn die Regierung darüber die Bevölkerung von Schleswig beruhigte.

Abg. Bartels erklärt sich für die Regierungsvorlage. Er sei mehr als 6 Jahre in der Provinz Schleswig-Holstein thätig gewesen und könne aus eigener Erfahrung die Nothwendigkeit der Theilung feststellen.

Abg. v. Zedlitz: Herr v. Rauchhaupt ist heut kein guter Annahr der Sache gewesen. Er hat gezeigt, daß wir hier vor einer Principienfrage stehen. Es handelt sich darum, dem Fortwachsen der Bureaucratie ent-gegenzutreten, um die Selbstverwaltung zu heben. Wenn wir neue Re-gierungsbehörden schaffen, wird nur das Regieren und das Schreibewerk auf Kosten der Selbstverwaltung vermehrt.

Abg. Peters (ntl.) weist unter steigender Unruhe und Unaufmerksam-keit des Hauses auf die Mängel der bisherigen Geschäftsführung bei der Regierung in Schleswig hin und bittet, die Regierungsvorlage anzunehmen.

Der Antrag v. Rauchhaupt ev. in § 1 die Kreise Rendsburg, Nord- und Süderdithmarschen beim Regierungsbez. Schleswig zu belassen, wird, nach-dem ein Antrag v. Rauchhaupt die Abstimmung über das Gesetz bis morgen zu vertagen, abgelehnt worden ist, gegen die Stimmen der Con-servativen und eines Theils der Freiconservativen ebenfalls abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der unveränderte § 1 der Vorlage mit 169 gegen 127 Stimmen verworfen.

Für die Vorlage stimmten die Conservativen mit Ausnahme der Abgg. Schnatzmeier und Südmeyer, die Hälfte der Freiconservativen und ein kleiner Theil der Nationalliberalen, ferner die beiden Dänen Lassen und Johannsen und vom Centrum die Abgg. Prinz Arenberg, Maiz und Za-ruba, endlich der freisinnige Abg. Seelig. Gegen die Vorlage stimmten geschlossen die Polen, ferner die Freisinnigen und das Centrum mit den oben angegebene Ausnahmen, die Hälfte der Freiconservativen und die große Mehrheit der Nationalliberalen, sowie der wildconservative Abg. v. Meyer-Arnswalde, der Abg. Vugen (ntl.) enthält sich der Abstimmung. Der Rest der Vorlage wird nach der Ablehnung des § 1 ohne Debatte ebenfalls abgelehnt, so daß die Vorlage definitiv beseitigt ist und eine weitere Beratung nicht stattfindet.

Die eingegangenen Petitionen werden durch diesen Beschluß für er-ledigt erklärt.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats fortgesetzt.

Der Etat des Hauses der Abgeordneten wird mit der beantragten Er-höhung des Gehalts des Bureau-Directors auf 9000 M. angenommen, nachdem der Berichterstatter, Abg. Bötticher, darauf hingewiesen, daß in der Commission der Vertreter der Regierung mit Rücksicht auf die Be-denken wegen anderer Beamtenkategorien die Beschlußfassung anheim-gegeben und die Commission die Erhöhung einstimmig beschlossen habe.

Beim Etat des Herrenhauses wird das Gehalt des Bureaudirectors ebenfalls auf 9000 M. erhöht.

Aus dem Etat der Bauverwaltung steht noch der Titel für den Umbau des Regierungsgebäudes in Kiel aus.

Nach der Abstimmung über die vorherberathene Vorlage wird der Titel verworfen.

Schluß 4 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Stat.)

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung)

* Berlin, 18. März. Der „Post“ zufolge dürfte der Besuch des Königs Humbert am hiesigen Hofe vorerst Gegenstand der Correspondenz zwischen beiden Souveränen sein.

Die Königin-Mutter von Baiern leidet an zunehmender

Schwelung der Fäße, sie kehrt von Lugano in acht Tagen nach Hohenwangau zurück.

Der Director des „Norddeutschen Lloyd“, Lohmann aus Bremen, und der Präsident des „Balkan“ in Stettin, Commerzienrath Schlutow, welche am Sonnabend Mittag Berlin verlassen hatten, um nach Bremen und Stettin zurückzukehren, trafen in Folge einer Einladung des Kaisers Sonntag früh wieder hier ein. Sonntag Mittag wurden beide vom Kaiser empfangen.

* Berlin, 18. März. Der Wiesbadener „Rhein. Cour.“ theilt mit, daß das Erbfolgerecht in Luxemburg nunmehr nach stattgehabten Verhandlungen völlig geregelt sei und positiv feststehe, daß Herzog Adolf von Nassau selbst den Thron Luxemburgs besteigen werde. In der Umgebung des Herzogs erwarte man das Ableben des Königs von Holland noch nicht in nächster Zeit. Der Herzog bleibt noch einige Wochen in Wien und begiebt sich dann auf sein bayerisches Schloß Hohenburg.

* Berlin, 18. März. Die „Nationalzeitung“ bemerkt zum Verbot der „Volkszeitung“: Wir glauben nicht, daß diese Maßregel des Berliner Polizeipräsidenten aufrecht zu erhalten ist, nehmen vielmehr an, daß die Beschwerdecommission sie wieder aufheben wird, falls es nicht, wie in einem früheren Falle in Schleswig-Holstein, durch den Minister des Innern noch vor Anrufung der Commission geschieht. — Auch das „Berl. Tagebl.“ meint, daß in der „Volkszeitung“ nicht socialdemokratische, socialistische oder communisistische Aufmärsche der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung gerichtete Bestrebungen — was man auch sonst von der Haltung der „Volkszeitung“ halten möge — zu Tage treten. — Ähnlich äußert sich die „Freis. Zeitung“. — Die freisinnige Partei will auf schleunige Remedur dringen, und zwar in Form einer Reichstags einzubringenden Interpellation des Abg. Mündel. — Die „Voss. Ztg.“ bespricht ebenfalls, daß die „Volkszeitung“ ein socialdemokratisches oder communisistisches Blatt gewesen. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die Kreuzzeitung enthalten sich jedes Urtheils. Das „Deutsche Tgl.“ spricht die Billigung der Maßregel aus, während die „Germania“ beklagt, daß das Socialistengesetz solche Eingriffe in die Pressefreiheit zuläßt.

Der von dem Verlage der „Volkszeitung“ herausgegebene „Berliner Arbeitsmarkt“ ist bereits als Fortsetzung der „Volkszeitung“ consicirt und sein ferneres Erscheinen verboten worden.

Der Vorstand des Abgeordnetenhauses war heute zusammen, um über den Ausschluß der „Volkszeitung“ aus dem Lesezimmer und des Vertreters derselben von der Journalistentribüne zu beraten. Die Angelegenheit wurde als durch die Unterdrückung des Blattes erledigt erklärt.

Ueber die Formen, in welchen sich die Beschlagnahme derjenigen Nummer vollzog, deren Leitartikel die directe Veranlassung gegeben, hört man: Gestern Nachmittag 1/3 Uhr erschien Criminal-Commissarius Tausch mit sechs Beamten der politischen Polizei in dem in der Köpferstraße belegenen Gebäude der „Volkszeitung“. Die Beamten hatten einen Schloffer mitgebracht, der jedoch nicht in Function zu treten brauchte, da der Portier des Hauses die Schlüssel besaß und sich bereit fand, die gewünschten Räume zu öffnen. Während sich zwei Beamte zur Vornahme der Hausdurchsuchung in die Wohnung des Redacteurs Mehring begaben, verließen 5 im Druckereigebäude, vernichteten die Platte und den Satz des Leitartikels und beschlagnahmten in den Redaktionsräumen Manuscripte und Acten. Die Thätigkeit der Polizei nahm 1 1/2 Stunden in Anspruch. Die im Vorderhaus belegene Expedition, in welcher die noch vorräthigen Exemplare der beschlagnahmten Nummer lagerten, blieb unbetreten, doch wurden während des gestrigen Tages und die ganze Nacht hindurch die verschlossenen Räume durch Schutzmännchen derart bewacht, daß Niemand hineingelangen und nichts entfernt werden konnte. Heute früh 1/2 10 Uhr erfolgte unter Leitung eines Polizei-Offiziers die Beschlagnahme der Nummer, worauf der Schutzmännchen zurückgezogen wurde. Den Seibern, welche heute früh erschienen, wurde alsdann der Zutritt zu den Arbeitsräumen nicht verwehrt. Man plant, die Leute, die inzwischen mit Acidemias beschäftigt werden sollen, bei Herausgabe der Zeitung unter anderem Titel zu verwenden. In Restaurants und Cafés, sowie bei den Zeitungsgebern, wurde die beschlagnahmte Nummer bereits gestern Nachmittag durch Beamte der Polizei consicirt.

* Berlin, 18. März. Der neue amerikanische Staatssecretär des Auswärtigen, Blaine, scheint gegen das Ausland andere Saiten aufzuziehen, als sein Vorgänger. Das „Berl. Tgl.“ erzählt aus Newyork: Der Staatssecretär Blaine hat den Gesandten in Petersburg telegraphisch angewiesen, die Freigebung des naturalisirten amerikanischen Bürgers Hermann Kampinski zu verlangen, der anlässlich eines Besuchs seiner Heimatstadt Rowen in Rußland trotz seines amerikanischen Passes verhaftet und nach Sibirien deportirt worden ist. Sollte Rußland die Freigebung verweigern, hat der Gesandte nach seiner Instruction die Pässe zu verlangen und abzureisen.

* Berlin, 18. März. Die deutschen Mitglieder der Samoa-Conferenz, als welche Staatssecretär Bismarck, Verchem und Krauel genannt werden, sind noch nicht ernannt. Die Ernennung dürfte erst nach Eintreffen der auswärtigen Delegirten erfolgen.

Nach vor Ankunft des Reichscommissars aus ostafrikanischem Boden stehen an der Küste ansehend neue Feindseligkeiten bevor. Die arabischen Sklavenhändler sind angeblich entschlossen, bald nach Eintritt des westlichen Monsum, sobald die Keltenerie begonnen, mit ihren an der Küste bereit gehaltenen großen Sklavenladungen die Blokade auf jede Gefahr zu durchbrechen.

* Berlin, 18. März. Ministerpräsident Travers in Tanger erbat aus Gesundheitsrücksichten den Abschied. Travers war früher deutscher Consul in Zanzibar, dann Generalconsul in Sidney, 1886 Specialcommissar Deutschlands in Samoa.

* Berlin, 18. März. In militärischen Kreisen sieht man noch in diesem Monat Personalveränderungen in größerem Umfang entgegen.

* Berlin, 18. März. Die Commission für Ausarbeitung des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs wird sich bestimmt Ende März auflösen.

* Berlin, 18. März. Die Frage der gesetzlichen Regelung der Abzahlungsgeschäfte unterliegt zur Zeit der Erwägung und wird demnächst Gegenstand commissarischer Berathungen unter den betheiligten Reichsämtern bilden.

Das vom Ministerium des Innern aufgestellte Normalregulativ, betreffend die Erhebung von Abgaben für öffentliche Lustbarkeiten, ist für Städte aufgestellt, in welchen die Städteordnung vom 30. Mai 1853 Geltung hat. Es zählt als Arten der öffentlichen Lustbarkeiten, von denen Abgaben erhoben werden könnten, Tanzbelustigungen, Kunstrevuevorstellungen, Concerte, Theatervorstellungen, Gefangs- und declamatorische Vorträge (sog. Singelängels), Vorträge auf Musikinstrumenten in Gastwirthschaften, Schankstuben, Buden, Zelten, Vorstellungen von Gymnastikern, Equilibristen, Ballet und Seiltänzern, Taschenspiellern, Zauberkräften, Bauhüttern und dergl., Caroussells, Würfelbuden, Schießbuden, Marionettentheater, Panoramas,

Wachfiguren-Cabinets etc. auf. Eine Begriffsbestimmung, welche Lustbarkeiten als öffentliche zu erachten seien, ist in das Regulativ nicht aufgenommen, weil eine solche Bestimmung unter Umständen Zweifel wachrufen könnte, die in der Sache nicht begründet wären. Im allgemeinen sollen diejenigen Lustbarkeiten als öffentliche erachtet werden, die Jedermann zugänglich sind. Dessenfalls Lustbarkeiten im Sinne des Regulativs werden diejenigen gleichgestellt, welche in Vereinen oder Gesellschaften veranstaltet werden, die zu diesem Behufe gebildet sind. Als öffentliche Lustbarkeiten im Sinne des Regulativs gelten diejenigen nicht, bei welchen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse obwaltet. Bei öffentlichen Lustbarkeiten, deren Reinertrag zu einem wohlthätigen Zweck bestimmt ist, kann die Zahlung der Abgaben vom Magistrat erlassen werden.

* Berlin, 18. März. Die Reichstags-Commission für das Genossenschaftsgesetz trat heute wieder zusammen. Der von Abg. Rheinbaben verlesene Bericht wurde mit geringen redactionellen Aenderungen genehmigt und soll heute noch zur Vertheilung kommen, um Donnerstag auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt zu werden.

Die Budgetcommission des Reichstags bewilligte in heutiger Sitzung zunächst die Forderung von 21000 M. im Nachtragsetz des Reichshausamts zur Deduction der Kosten der Verwaltung und Unterhaltung des Kaiserpalastes in Strassburg und erörterte dann die Frage der Vertheilung der Forderungen des Nachtragsetzes auf die laufenden Einnahmen und auf die Anleihe. Während seitens mehrerer Abgeordneten dafür eingetreten wurde, einen größeren Theil der Gesamtausgaben des Nachtragsetzes auf die Matricularbeiträge zu verweisen, da die dermalige Finanzlage dies erlaube, vertrat Staatssecretär v. Malchahn in wiederholter Ausführung die von der Regierung vorgeschlagene Vertheilung, monach von den Gesamtausgaben von 2188584 M. der Betrag von 12495575 Mark aus der Anleihe gedeckt werden solle. Schließlich wurde der Antrag Buhl, von den Ausgaben 6 Millionen von der Anleihe abzusetzen und auf die Matricularbeiträge zu verweisen, gegen vier Stimmen abgelehnt und die Vertheilung gemäß der Vorlage genehmigt.

* Berlin, 18. März. Die Kreuzzeitung enthält folgenden Widerruf:

Auf Grund der Mittheilung eines Freundes aus Schlesien, die derselbe zum Zwecke öffentlichen Gebrauchs mit dem Bemerkten, daß er sie verüben könne, mir gemacht, habe ich in der Rede, welche ich in der am 7. März v. J. zu Gelsen stattgefundenen Versammlung für Rheinland und Westfalen zur Herbeiführung größerer Freiheit der evangelischen Kirche öffentlich behauptet, auf dem bischöflichen Amt in Breslau sei einem Landwirth ein Darlehn von 30000 Mark unter der Bedingung zugesichert worden, daß er zur katholischen Kirche übertrete und seine Frau und Kinder diesem Uebertritte folgen. Mit Rücksicht auf die stattgehabten Ermittlungen widerrufe ich hiermit diese Behauptung als durchgehends unrichtig und bedaure aufrichtig, sie gethan zu haben.

Wünchen-Glabbad, 18. März 1889. Lic. Weber, ev. Pfarrer.

* Frankfurt a. M., 18. März. Die „Freis. Ztg.“ meldet aus Madrid: Die Alkoholcommission des Congresses billigte das Uebereinkommen zwischen Spanien und Deutschland, welches den Maximalzoll für Alkohol auf 50 Pesetas für den Hektoliter einschließt 3 Pesetas für die Tara festsetzt. — Dasselbe Blatt meldet aus Paris: Das neue Comptoir National d'Escompte wird wahrscheinlich morgen, jedenfalls im Laufe der Woche, mit 50 Millionen Capital errichtet und im Gebäude des alten Comptoirs hauptsächlich Escomptegegeschäfte betreiben. Der Status des alten Comptoirs, welcher in der gestrigen Sitzung vorgelegt wurde, wird als günstig bezeichnet, falls sich die Kupferoperation nicht allzu schlecht abwickelt.

!! Wien, 18. März. Bei den heutigen, in acht Bezirken stattgehabten Gemeinderathswahlen aus dem dritten Wahlkörper folgten in sechs Bezirken die vereinigten Antisemiten, Clericalen und Czechen mit theilweise sehr großen Majoritäten. Bloß in der inneren Stadt und der Leopoldstadt folgten die Liberalen. Von 17 heute in Frage gekommenen Mandaten fielen den Antiliberalen 11 zu, hiervon 9 neue. Die Zahl der antisemitischen Gemeinderäthe wächst hierdurch von 13 auf 22 an. In der Leopoldstadt fanden Abends große Excesse der Antisemiten vor dem Wahllocal und in den benachbarten Straßen statt. 24 Verhaftungen wurden vorgenommen. — Im Abgeordnetenhaus brachten die Deutschliberalen eine Interpellation wegen des Verbots des Anschlagens des liberalen Wahlplacats ein. Sie beschuldigen die Regierung, daß diese die antisemitische Agitation begünstige.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 18. März. Nachmittags 4 Uhr fand im königlichen Schloße ein Ministerrath unter dem Vorstehe des Kaisers statt.

Berlin, 18. März. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der König hat dem Generalmajor z. D. Bergius in Baden-Baden und dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath im Handelsministerium Wendt, den erblichen Adelsstand verliehen.

Berlin, 18. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 17. März, wonach die Nummer 65 der periodischen Druckschrift „Volkszeitung, Organ für Jedermann aus dem Volke“ auf Grund des § 12 des Socialistengesetzes und das fernere Erscheinen derselben auf Grund des § 11 desselben Gesetzes von der Landespolizei verboten worden ist.

Berlin, 18. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen gemeinsamen Erlaß des Ministers des Innern und des Finanzministers an die Regierungspräsidenten vom 23. Februar, betreffend das Normalregulativ über die Erhebung von Abgaben für öffentliche Lustbarkeiten.

Berlin, 18. März. Der „Nationalzeitung“ zufolge findet morgen die erste Vernehmung des Pastors Witte in dessen Anklagefache gegen Stöcker vor dem Justitiarius des Oberkirchenraths statt.

Hannover, 18. März. Bei der am 16. März im Wahlkreise Celle-Gifhorn stattgehabten Reichstagsnachwahl wurde der Welfe Decken-Rutenstein gewählt.

Wien, 18. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das Budget für die Landesverteidigung an.

Rom, 18. März. Deputirtenkammer. Der Finanzminister zieht die Finanzentwürfe zurück und behält sich die Einbringung eines umgearbeiteten Gebäudesteuergesetzes vor. Er brachte einen Gesetzentwurf, betreffend Ermächtigung der Regierung zur Abänderung der Zolltarife mittelst küniglischer Decrete ein. Donghi gegenüber erklärte Crispi, die Lösung der Ministerkrise entspreche dem Votum der Kammer, sei daher verfassungsmäßig.

Paris, 18. März. Die Beisetzung des Admirals Jaurès fand unter großer Betheiligung statt. Tirard, Freycinet, Duperre feierten den Patriotismus und die Verdienste des Verstorbenen von 1870.

Paris, 18. März. Bekanntlich ergab die über die Lage des Comptoir d'Escompte angestellte Untersuchung, daß außer den bereits von der Banque de France und den ersten Bankhäusern für das Comptoir d'Escompte vorgeschossenen hundert Millionen noch die sofortige Zahlung von 40 Millionen erforderlich sei. Die Lage ist nun folgende: Rouvier hat Verhandlungen mit den ersten Bankhäusern und kleinen Bankhäusern, sowie mit den Syndicatskammern der Agents de Change eingeleitet, um die nothwendige Summe aufzubringen. Diese seit drei Tagen gepflogenen Verhandlungen wurden heute Vormittag nahezu abgeschlossen und werden im Laufe des Abends sicher beendet. Von den noch erforderlichen 40 Millionen giebt die Banque de France nicht mehr mit Vorrugsbrecht, wie bei den ersten 100 Millionen, sondern nur im Verhältnis des auf sie entfallenden Antheils, 20 Millionen. Rothschild gab 3, die Agents de Change 3 Millionen, die großen und kleinen Creditinstitute, Privatbanken, Maklerhäuser leisten noch einen Zuschuß. Das Resultat ist noch nicht

definitiv mitzutheilen, da die Zahlung von der übrigen nicht zweifelhaften Genehmigung der Associes verschiedener Banken abhängig ist. Die Gesamtsomme von 140 Millionen wird gegen Ueberlassung der gesamten Gesellschaftsactiven des Comptoir d'Escompte gezahlt. Die Banque de France hat das Vorrugsbrecht bis 80 Millionen. Zweifelsfrei bleibt, ob die restirenden 60 Millionen vollständig durch die Activa gedeckt werden können, welche die Liquidation des Comptoir d'Escompte ergeben würde, indes haben diejenigen das Prioritätsrecht bei einer eventuellen Reconstitution des Comptoir d'Escompte, welche die Einzahlungen machten.

London, 18. März. Unterhaus. Hamilton theilt mit, England habe das Protectorat über 11 dem Cook- bzw. Hervey-Archipel angehörende Inseln übernommen. Ferguson erklärte, es gebe keinen Grundsatz des internationalen Rechts, auf Grund dessen von Deutschland eine Entschädigung für die Verluste der britischen Indier in Zanzibar gefordert werden könne. Deutschland und Italien hätten in den jüngst mit fremden Mächten geschlossenen Verträgen erklärt, daß sie hinsichtlich dieser Mächte die Grundsätze der Pariser Declaration über die maritimen Rechte der Neutralen in Kriegszeiten acceptirten.

Belgrad, 18. März. König Milan reist heute nach Budapest ab, bleibt einen Tag dort, begiebt sich dann nach Wien auf einige Tage und reist hierauf nach Belgrad zurück, um von dort nach dem Orient zu reisen. Auf die Anfrage Milans antwortete der Sultan, er werde sich freuen, den König sehr bald begrüßen zu können. Die bulgarische Regierung erklärte dem Vertreter Serbiens, das Circular des Ministers des Auswärtigen, welches verspricht, das bisherige Freundschaftsverhältnis aufrecht zu erhalten, mit besonderer Genugthuung entgegengenommen zu haben. Der gefrige liberale Parteitag beschloß, gegenüber der Regierung eine unabhängige Stellung einzunehmen.

Bremen, 16. März. Der Schnelldampfer Aller, Capt. H. Christoffers, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 6. März von Bremen und am 7. März von Southampton abgegangen war, ist gestern 1 Uhr Nachmittags wohlbehalten in Newyork angekommen.

Letzte Post.

* Berlin, 18. März. Der Touristenclub für die Mark Brandenburg machte gestern, vertreten durch eine starke Zahl von Mitgliedern, dem Spulorte Resau einen Besuch. Der spulgläubige Pfarrer Müller in Miesendorf und das „Medium“ Wolter in Resau waren nicht zu sprechen, Letzterer war von einer spiritistischen Gesellschaft hierher geladen worden. Die Bauern von Resau glauben mehr denn je an den Spul, und mit Hilfe der Spiritisten wollen die Eltern Wolters bis an das Reichsgericht, event. bis an den Kaiser gehen. Die Touristen kauften schließlich allerhand bei dem Spul in Thätigkeit gewesene Gegenstände, die berühmte Bratpanne etc. Schließlich mußte „Vater Böttcher“ gar noch seinen in Glas und Rahmen an der Wand hängenden Confirmationsschein als Andenken für 3 M. ablassen.

Die Gräber der Märzgefallenen waren auch gestern, wie alljährlich, stark von Arbeitern besucht. Es wurden 4 Kränze mit schwarzen Schleifen niedergelegt. Die Polizei veranlaßte die Besucher nach einmaligem Rundgang den Friedhof zu verlassen.

—1. Görlitz, 18. März. [Verkehrsstörungen.] Die auf dem hiesigen Bahnhofe einmündenden Linien sind in Folge des in den letzten Tagen herrschenden Schneetreibens von Verkehrsstörungen heimgesucht worden. Personen- und Güterzüge trafen mit Verspätungen ein, welche zu verschiedenen Malen Anschlußveräumnisse im Gefolge hatten. Selbstverständlich stehen diese Verkehrsstörungen in keinem Verhältnis zu denen im vorigen Monat. Die eingetretene Kälte hat einen nachtheiligen Einfluß auf die Eisenbahn-Wagen ausgeübt, so daß Radreifenbrüche sehr oft vorgekommen sind, glücklicherweise ohne Unfälle herbeizuführen. Am Sonnabend früh mußte der Durchgangswagen Leipzig-Sosnowice wegen Radreifenbruchs auf dem hiesigen Bahnhofe verbleiben und für die Passagiere ein anderer Wagen gestellt werden.

Locale Nachrichten.

Breslau, 18. März.

==ß== Von der Ober. Das Wasser der Ober ist im weiteren Fallen begriffen. — Die Zedliger Straße ist seit Sonntag wasserfrei, dagegen mit Eis bedeckt, zur Zeit sind mehrere Arbeiter damit beschäftigt, das Eis von der Straße zu entfernen. Der Margarethenbamm ist ebenfalls wasserfrei. — Die Communication von Zedlitz nach Neubaus, sowie von Althornas nach Tschansch ist noch nicht wasserfrei. Die Verbindung von Neubaus nach Zedlitz erfolgt per Kahn, und zwar auf der an dieser Stelle eisfreien Ober. Seit Sonnabend Mittag wird seitens der königlichen Wasserbau-Inspection mit Eisprengung bei Margareth wieder vorgegangen.

==ß== Wasserförderung und Verbrauch. Der Bestand an Wasser betrug am Anfang Februar 3894 Kubikmeter. Im Laufe des Monats Februar wurden gefördert 5866,12 Kubikmeter, durchschnittlich täglich 20950 Kubikmeter, im Maximum 23116 Kubikmeter, im Minimum 17444 Kubikmeter. Der Verbrauch betrug überhaupt 586533 Kubikmeter täglich, im Mittel 20948 Kubikmeter, im Maximum 23288 Kubikmeter, im Minimum 17431 Kubikmeter. — Die Maschinen befinden sich 790 Stunden 10 Minuten im Betriebe.

* Alarmierung der Feuerwehre. Heute früh 7 Uhr 44 Min. wurde die Feuerwehre nach der Klingelgasse 3 gerufen. In einer im Kellergechoß des Vordergebäudes befindlichen Tischlerwerkstatt brannten Hobelspane vor dem Kaminofen. Das Feuer war durch Herausfallen von Funken aus dem Kaminofen entstanden und wurde bereits vor Anbruch der Feuerwehre gelöscht, so daß deren Rückkehr 8 Uhr 22 Min. erfolgen konnte.

* Vom Fischmarkt. [Wochenbericht von E. Huhndorf in Breslau.] Die Preise in der verfloßenen Woche stellten sich wie folgt: Winterheimsalm 2,60—3,50 M., Lachs 1,40—2,40 M., Steinbutt 1,40 bis 2,00 M., Seelungen 1,80—2,20 M., Zander 0,45—1,20 M., Bratzen 0,50—0,60 M., Hecht 0,50—0,80 M., Barbe 0,40 M., Schellfisch 0,30 bis 0,35 M., Dorsch 0,25 M., Kabeljau 0,40 M., Schollen 0,40 M., Störlet 1,80—2,50 M., lebende Karpfen 0,60—1,00 M., Schlein 1,00—1,20 M., Wels 0,80—0,90 M., Hecht 0,90—1,00 M., Aale 1,50—1,60 M., Hummern 3,50—3,75 M., Weißfische 0,40 Mark, Forellen 6,00 Mark per 1/2 Kgr., Suppentrefe 5 M. per Schock.

+ Selbstmord. Der Schmiedegesse Jfidor S. in der Neudorfstraße machte gestern in einem Locomotivschuppen der Oberösterreichischen Eisenbahn seinem Leben dadurch ein gewaltsames Ende, daß er sich an einer Locomotive erhängte. Schwermuth ist das Motiv zu dieser traurigen That gewesen.

+ Unglücksfall. Die Fabrikarbeiterin Marie Schmidt von der Andersohnstraße hatte gestern das Unglück, beim Einräumen von Zinnspähnen in den Schmelzofen mit der linken Hand in das siedende Metall zu gerathen, wobei dieselbe eine sehr schwere Brandwunde erlitt.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden einem Barbier von der Hirschstraße ein Gelddertrag von 10 Mark, einer Kaufmannsrau von der Lauenhagenstraße ein Gelddertrag von 48 Mark, einem Kassenbediener von der Büttnerstraße ein Knabenanzug, bestehend aus Jaquet und 2 Paar Beinkleidern, einem Hausbesitzer von der Bohrauerstraße ein Wachsband, einem Handelsmann von der Gneisenaustraße 5 Paar vor seiner Valentinsfeier aushängende Stoffhosen, einem Geschäftsfreier von der Albalberstraße eine silberne Cylinderröhre nebst goldener Kette und ein Fingerring mit 2 blauen Steinen und weißer Perle, einem Schuhmachermeister von der Matthiasstraße ein Paar rothlederne Herrenhemden, einer Wittwe von der kleinen Scheinigerstraße 7 Pfund Bettfedern, einer Schaffnersrau vom Fränkelplatz eine braunseidene Börse. — Verhaftet wurde ein Stallbursche, welcher zwei Kutschern 1 silberne Cylinderröhre und einen Gelddertrag von ca. 2 Mark gestohlen hatte; das entwundene Gut wurde bei dem Diebe vorgefunden, und konnte den Verlohrnen wieder eingehändigt werden. — Gefunden wurde ein Portemonnaie mit ca. 26 Mark Inhalt, welches im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidenten aufbewahrt wird.

Handels-Zeitung.

Oberschlesische Eisen-Industrie Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. Glognitz. Der Bericht über das Geschäftsjahr 1888 lautet wie folgt: Die Lage des Walzeisen-Marktes war während des Betriebsjahres 1888 unter dem Einflusse des im October des Vorjahres begründeten deutschen Walzwerks-Verbandes eine günstige. Der Verband hat seit seiner Begründung den Beweis seiner Lebensfähigkeit erbracht, indem es ihm gelungen ist, die gegenseitige Concurrenz der Walzwerke zu beschränken und unter Berücksichtigung der Ansprüche der einzelnen Gruppen am deutschen Markt einen entsprechenden Preis für die erzeugte Waare (derselbe betrug im Berichtsjahre 132,50 bis 135 M. per Tonne Walzeisen franco Empfangsstation) zu erzielen. Der Verband deutscher Walzwerke wird auch fernerhin bemüht bleiben, durch Einhaltung mässiger Preisforderungen den Ansprüchen des Handels nach jeder Richtung hin gerecht zu werden und wesentliche Schwankungen vom Walzeisen-Markte fernzuhalten, sowie die Exportfähigkeit der Walzeisen verarbeitenden Fabriken zu schützen. Während des Berichtsjahres sind die Interessenten eifrig bemüht geblieben, die Organisation des Verbandes den praktischen Bedürfnissen entsprechend zu vervollkommen. Im Laufe des Monats April kam eine Verständigung mit dem österreichisch-ungarischen Walzeisen-Verband zu Stande. Der Verband deutscher Walzwerke verzichtete auf den Export von Walzeisen nach Oesterreich-Ungarn, wogegen eine Einigung bezüglich der Preisstellung unter Theilung des Bedarfes in Serbien und Rumänien erfolgte. Als Beweis für die befriedigende Thätigkeit des Verbandes kann gelten, dass im October des Berichtsjahres die süddeutsche Gruppe, welche zunächst nur bis ultimo 1888 dem Verbande beigetreten war, ihren Anschluss an den Verband auf weitere zwei Jahre beschloss. Ein wesentliches Moment zur weiteren Kräftigung und Ausbreitung des Verbandes ist die im November erfolgte Einrichtung einer Central-Verkaufsstelle. Dieselbe, welche ihren Sitz in Berlin hat, bewirkt für das gemeinschaftliche Gebiet (d. h. nach den Provinzen Ost- und Westpreussen, Brandenburg, Pommern und Sachsen, sowie nach Mecklenburg, dem Königreich Sachsen und den sächsischen Fürstenthümern) die Verkäufe für die einzelnen Gruppen des Verbandes. Durch die Einrichtung des Verkaufs von einer Stelle aus ist es ein Leichtes geworden, die Verkäufe in dem für die einzelnen Gruppen verträglich vorgesehene procentualen Verhältnisse zu bewirken und Maassnahmen zu treffen, welche gegenwärtige Bestrebungen unwirksam machen. Die Schaffung der Central-Verkaufsstelle trug nicht unwesentlich zur Festigung des Vertrauens der Kundschaft zu dem Verbande bei, und erfolgte, nachdem vorher die letztere mit Einkäufen und Versorgung ihrer Läger etwas zurückgehalten hatte, gegen Ende des Jahres eine wesentliche Belebung des Walzeisen-Geschäftes, so dass die Aussichten auf die Gestaltung des Frühjahrgeschäftes als recht befriedigende zu bezeichnen sind. Angesichts der im Berichtsjahre erfolgten weiteren Ausbreitung des Verbandes, welcher nunmehr eine geschlossene und actionsfähige Organisation gewonnen hat, ist zu erhoffen, dass der Anschluss derjenigen Werke, welche noch ausserhalb des Verbandes stehen, erfolgen werde. Inzwischen ist das Werk „Fronberg“ bei Hammerau (Oberbayern), sowie das Walzwerk „Germania“ in Neuwid dem Verbande deutscher Walzwerke beigetreten. Das Geschäft in Roheisen nahm in Folge des im Jahre 1887 zwischen dem Verbande ober-schlesischer Walzwerke und den auf Verkauf arbeitenden ober-schlesischen Hochofen-Etablissements getroffenen Abkommens einen zufriedenstellenden Verlauf. Der Verbrauch an Roheisen überstieg das Produktionsquantum, und trat in Folge dessen bei Schluss des Berichtsjahres eine fast vollständige Räumung der Roheisen-Läger ein. Im Berichtsjahre gelang es uns, die für die Sicherung und Entwicklung unserer Gesellschaft hervorragende wichtige Frage der Beschaffung des für unseren Hochofenbetrieb erforderlichen Schmelzmaterials zu entsprechender Lösung zu führen. Seit einer längeren Reihe von Jahren hatten wir unseren Bedarf an ober-schlesischen Brauneisen-Erzen durch Bezüge auf Grund eines mit dem Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck contrahirten Vertrages gedeckt und dabei die Ueberzeugung gewonnen, dass ökonomisch besonders günstige Resultate im Hochofenbetriebe nur durch Verhüttung der reichhaltigeren ober-schlesischen Brauneisen-Erze, wie solche ausschliesslich für uns aus den Henckel'schen Förderungen erhältlich waren, zu erreichen seien. Diese Erwägungen legten uns das Bestreben nahe, der von uns betriebenen Hochofenindustrie und der von derselben abhängigen Verfeinerungsindustrie eine sichere Basis zu schaffen, und entschlossen wir uns aus diesen Gründen, dem Gedanken einer Pachtung der Hugo Graf Henckel'schen Förderungsrechte auf einen Zeitraum von 20 Jahren näherzutreten. Die Prüfung des Hugo Graf Henckel'schen Eisenerz-Besizes hatte uns die Sicherheit gebracht, dass derselbe die besten und reichhaltigsten Eisenerze in Quantitäten enthält, welche nach den vorliegenden Nachweisungen weit über den oben erwähnten Zeitraum hinaus vorhalten. Ende October gelangte zwischen unserer Gesellschaft und Herrn Hugo Graf Henckel sen. unter Beizug sämtlicher Agnaten ein Vertrag zum Abschlusse, wonach wir die dem Grafen Hugo Henckel gehörigen Erzförderungen, sowie die demselben zustehenden Förderungsrechte pachtweise auf die Dauer von zwanzig Jahren übernahmen, während gleichzeitig unserer Gesellschaft eine Option eingeräumt wurde, den Vertrag auf weitere zehn Jahre zu verlängern. Es war dabei festgesetzt worden, dass das bisherige Förderquantum von ca. sieben Millionen Centner pro Jahr unsererseits nicht überschritten werden dürfe. Als Folge des mit der Hugo Graf Henckel'schen Verwaltung contrahirten Erzvertrages ergab sich die inzwischen perfectirte Fusion unserer Gesellschaft mit der Oberschlesischen Drahtindustrie-Actien-Gesellschaft. Diese Fusion begründete sich in dem Wunsche unserer Gesellschaft, Angesichts des geschlossenen Erzvertrages eine breitere Basis für die Roheisen-Darstellung in Juliühütte zu gewinnen. Durch Aufnahme der Drahtindustrie ergibt sich für unsere Gesellschaft die Möglichkeit, das von der Drahtindustrie-Actien-Gesellschaft bisher auf dem offenen Markte eingekaufte Roheisenbedarfs-Quantum in Höhe von ca. fünfhunderttausend Zolcentnern = 25 000 Tons pro Jahr, nunmehr selbst zu erzeugen. Die Drahtindustrie-Actien-Gesellschaft wiederum wird durch die Fusion in die Lage gebracht, an den Vortheilen des Erzvertrages und der mit demselben verbundenen gesicherten billigen Roheisen-Versorgung theilzunehmen. Ausserdem werden sich mannigfache weitere Vortheile durch die volle Verschmelzung der Interessen beider Gesellschaften ergeben. Die Sicherung des Absatzes einer weiteren Mehrproduction an Roheisen werden wir durch Erbauung eines Feinblech-Walzwerkes in Herminenhütte, dessen Ausführung für das Jahr 1889 vorgesehen ist, herbeiführen.

Zu dem speciellen Berichte über die Verhältnisse unserer Gesellschaft im abgelaufenen Jahre übergehend, bemerken wir Folgendes: Auf unserem Hochofenwerke Juliühütte waren von Januar an drei Hochofen in Betrieb, und zwar der im Jahre 1887 angeblasene neue Hochofen und zwei ältere Hochofen. Einer der alten Hochofen wurde am 16. Juli ausser Betrieb gesetzt und sodann ein neuer Ofen, dessen Bau im Vorjahre begonnen worden war, am 5. August angeblasen. Wir arbeiteten also vom 16. Juli bis 5. August mit zwei Hochofen und vom 5. August an mit zwei neuen und einem der alten Hochofen. Der letztere wurde am 17. September niedergeblasen, so dass von diesem Tage an nur zwei neugebaute Hochofen in Juliühütte in Betrieb waren. Die Production hat (bei der erhöhten Leistung der beiden neuen Hochofen) keine Verminderung gegen den zu Beginn des Berichtsjahres mit drei Hochofen geführten Betrieb erfahren. Sowohl in Juliühütte, wie auf unseren Walzwerken Herminenhütte und Baildonhütte waren die Betriebs-Verhältnisse im Berichtsjahre zufriedenstellend. Die Production an reinem Walzwerk - Fertigfabrikat (Walzeisen und Walzdraht) betrug 52 379,7 Tons = 1 047 594 Zolcentner. Das von uns fabricirte Walzeisen wurde regelmässig und zu befriedigenden Preisen abgesetzt. Im 4. Quartal war, wie dies in den Wintermonaten erfahrungsgemäss der Fall zu sein pflegt, der Gang des Walzeisen-Geschäftes ein etwas schwächerer, wodurch unsere Bestände in Herminenhütte gegen Jahreschluss eine Erhöhung erlitten. Inzwischen hat aber das Geschäft sehr an Lebhaftigkeit gewonnen, so dass eine Herabminderung der Vorräthe bereits eingetreten ist. Zudem sind wir durch Aufbesserung der russischen Valuta in die Lage gesetzt, den mit Beginn des Berichtsjahres sehr schwachen Export nach Russland wieder in verstärktem Masse aufzunehmen. Die Bauhätigkeit unserer Gesellschaft war im Berichtsjahre eine sehr rege und namentlich auf einen der Ansprüche der modernen Technik entsprechenden Ausbau des Hochofenwerkes Juliühütte gerichtet. Die gesammten Bau-Auslagen vertheilen sich wie folgt: auf Mobilien 307 622,56 M., auf Immobilien 1554 238,97 M., auf Inventar 74 145,16 M., wobei der volle Werth der ausrangirten Inventarstücke bereits zu Lasten

des Betriebes in Abzug gebracht worden ist. Wir stehen, um das durch die Fusion mit der Drahtindustrie-Actien-Gesellschaft nunmehr geschaffene Unternehmen ganz in sich abzuschliessen, vor der Aufgabe, folgende weitere Neubauten, deren Anlage zum Theil bereits eingeleitet ist, auszuführen. In erster Reihe soll auf Grundlage des mit dem Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck contrahirten Erzvertrages das Hochofenwerk Juliühütte auf den Betrieb eines vierten Hochofens ausgebaut werden, und wird dasselbe alsdann im Stande sein, jährlich ein Quantum von über 100 000 Tons = 2 Millionen Zoll-Centner Roheisen zu erzeugen. — Unsere Verfeinerungsindustrien beabsichtigen wir derart zu ergänzen, dass sie das gesammte von uns erzeugte Roheisen zu verarbeiten in der Lage sind. Hiernach beabsichtigen wir, im Jahre 1889 folgende Bauten zur Ausführung zu bringen: 1) Neubau eines vierten grossen Hochofens in Juliühütte mit Cowper-Winderhitzungs-Apparaten, 2) Bau einer Dr. Otto-Anstalt von 80 Kammern mit einer Fabrik zur Gewinnung von Neben-Producten, 3) Erweiterung der Juliühütter Kessel-Anlage, 4) Bau weiterer Arbeiter-Wohnhäuser in Juliühütte, 5) Erbauung eines Feinblech-Walzwerkes in Herminenhütte, 6) Ausdehnung der Draht- und Nägel-Fabriken, 7) Vergrösserung der Puddelei in Baildonhütte, sowie Ausdehnung der Bahn-Anlage. Um die für diese Neubauten erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, werden wir demnächst unseren Actionären die Erhöhung unseres Actien-Capitals um 3 450 000 M. vorschlagen, wodurch dasselbe unter Berücksichtigung der bereits bewirkten Fusion mit der Drahtindustrie-Actien-Gesellschaft sich insgesamt auf 17 250 000 M. stellen würde.

Zur Erläuterung der Bilanz und des Gewinn- und Verlust-Conto dienen nachstehende Bemerkungen: 1) Das Bestände-Conto beträgt am 31. December 1888 887 509,45 M. Wir bemerken hierzu, dass wir 28 401, — Meter-Centner Walzeisen-Bestand zum Grundpreise von 6, — M. per 100 kg und 14 320,25 Meter-Centner Roheisenbestand zum Preise von 3, — M. per 100 kg in unsere Inventur eingestellt und ebenso die Rohmaterialien niedrig bewerthet haben. 2) Das Conto Debitores beträgt 399 002,77 Mark. Im Berichtsjahre hatten wir bei unserer Kundschaft keinerlei Ausfälle zu verzeichnen. 3) Das Effecten-Conto in Höhe von 166 720 Mark umfasst den im Jahre 1887 zurückgelegten Reservefonds. Die Anlage erfolgte in 3/4 proc. preussischen Consols. 4) Das Gewinn- und Verlust-Conto ergibt ausser einem Gewinnvortrage aus dem Jahre 1887 von 5869,85 Mark, einem Gewinn der industriellen Etablissements von 1 714 576,55 M., einen Gewinn an Zinsen von 59 010,58 M., in Summa 1 779 456,98 M. Hiervon ab Central-Verwaltungskosten, Provisionen, Kosten des Verbandes etc. 150 039,07 M., so dass ein Gewinn von 1 629 417,91 M. verbleibt. Derselbe entspricht einer Verzinsung des Actien-Capitals von 18,1 pCt. p. a. Wir schlagen vor, eine Abschreibung von 253 816,67 M. vorzunehmen und zwar, wie im Vorjahre, von 5 pCt. der Mobilien, 2 pCt. der Immobilien, 10 pCt. des Inventars. Nach Vornahme der Abschreibungen verbleibt ein Gewinn von 1 375 601,24 M. Hiervon sind zu verwenden zur Dotirung des gesetzlichen Reservefonds 68 486,55 M., zur Zahlung einer 5procentigen Dividende 450 000 M., verbleiben 857 114,69 M. Von diesem Ueberschusse beantragen wir, 12 1/2 pCt. zur Zahlung der Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrath zu verwenden mit 106 405,60 Mark. Es verbleiben dann als Ueberrest 750 709,09 M. Hiervon schlagen wir vor, auf das Actien-Capital von 9 000 000 M. eine Superdividende von 7 pCt. in Höhe von 630 000 M. zu zahlen, dem Reservefonds eine Extradotirung von 91 513,45 M. zuzuweisen, so dass die Gesamtrücklage zum Reservefonds 160 000 M. beträgt, und den Rest von 29 195,64 Mark auf neue Rechnung vorzutragen.

„Silesia“, Verein obemischer Fabriken. Der Geschäftsbericht des Vorstandes an den Aufsichtsrath pro 1888 lautet wie folgt: „Der Aufschwung, welcher seit längerer Zeit in mehreren industriellen Branchen sich bemerkbar macht, ist zwar der chemischen Grossindustrie bisher noch nicht wesentlich zu statten gekommen, hat jedoch immerhin auf das günstige Resultat, welches wir Ihnen für das verlassene Geschäftsjahr vorlegen können, ebenfalls einigen Einfluss geübt. Vorzugsweise aber verdanken wir dieses Resultat anderen Ursachen. Die chemische Industrie ist mehr als jede andere häufigen und mitunter plötzlichen Veränderungen unterworfen. Chemikalien, welche in der Industrie umfangreiche Verwendung finden, werden oft unerwartet durch andere ersetzt; neuentdeckte Lagerstätten für Rohmaterial, sowie veränderte Fabricationsmethoden veranlassen eine vollständige Verschiebung der Concurrenzverhältnisse. Und so liessen sich viele Fälle anführen, durch welche chemische Fabriken gezwungen werden, bestehende Einrichtungen abzuändern resp. zu cassiren und neu herzustellen, um concurrenzfähig zu bleiben. Auch wir sind von dieser Nothwendigkeit stark betroffen worden. Unsere Gesellschaft hat daher seit ihrem Bestehen grosse Summen, die sich auf über fünf Millionen Mark beziffern, aufgewendet, um ihre Fabrik-Einrichtungen zu vervollkommen und zu erweitern resp. die Fabrication auf Artikel auszudehnen, die eine hinreichende Rentabilität versprechen. Dass die letztere nicht sofort, sondern erst im Laufe der Zeit eintreten konnte, war voraussehen. Wir werden uns auch in Zukunft dem Zwange, für Erweiterungen, Umänderungen und Neuanlagen grössere Beträge aufzuwenden, nicht entziehen können; denn es lässt sich schon heute übersehen, dass in manchen unserer Hauptbetriebszweige, wie: in der Fabrication des Chlorkalks, der Salzsäure und der Pottasche in absehbarer Zeit erhebliche Umwälzungen eintreten werden, durch welche wir uns nicht überraschen lassen dürfen. Wir empfehlen deshalb die Bildung eines Erneuerungsfonds, der vorzugsweise zur Bestreitung der erwähnten Ausgaben mit herangezogen werden kann und schlagen vor, diesen Fonds zunächst mit dem Betrage von 100 000 M. aus dem Gewinn-Ertragnisse pro 1888 auszustatten.

Der Umsatz in Fabrikaten betrug:
in Ida- & Marienhütte 28 301 870 Kilo mit einem Erlöse von M. 3 540 745 bei der Breslauer
Zweigniederlassung 17 870 276 „ „ „ „ „ „ 2 017 336 bei der Merzdorfer
Zweigniederlassung 7 189 548 „ „ „ „ „ „ 541 298
53 361 694 Kilo M. 6 099 379
= 1 067 234 Centner.

Die Massenbewegung betrug:
76 174 600 Ko. Eingang } in Ida- und Marienhütte,
32 861 120 „ Ausgang }
39 423 571 „ Eingang } bei der Breslauer Zweigniederlassung,
21 180 674 „ Ausgang }
6 080 636 „ Eingang } bei der Merzdorfer Zweigniederlassung,
8 646 517 „ Ausgang }
184 367 118 Kilo
= 3 687 342 Centner.

Hypotheken-Conto. Die Hypothekenschuld betrug Ende 1887 500 000 M., darauf sind pro 1888 zurückgezahlt 312 500 M., verbleiben 187 500 M.

Delcredere-Conto. Saldo per 1. Januar 1888 30 000 Mark, auf zweifelhafte Forderungen sind eingegangen 3078,09 Mark, zusammen 33 078,09 Mark. Verlust an Ausständen pro 1888 15 935,92 Mark, bleiben 17 142,17 Mark. Neue Dotation 12 857,83 Mark, Saldo per 31. December 1888 30 000 Mark.

Gewinn und Verlust-Conto. Dasselbe weist einen Bruttogewinn auf von 1 358 046,59 Mark, dazu Restgewinn aus 1887 3034,32 Mark, zusammen 1 361 080,91 Mark.

Hiervon gehen ab: an Reparaturen der Gebäude und Apparate: 193 188,54 Mark,
an Gehältern: 120 355,94 Mark,
an Geschäftskosten: 120 751,90 Mark,
an Zinsen: 60 026,42 Mark, in Summa 494 322,80 Mark, bleibt Gewinn 866 758,11 Mark.

Dem Bericht ist folgende Auslassung des Aufsichtsraths angefügt: „Indem wir den Actionären den Bericht des Vorstandes zur Kenntnissnahme vorlegen, halten auch wir es in Uebereinstimmung mit dem Vorstande für dringend geboten, die Verhältnisse unserer Gesellschaft noch weiter zu consolidiren durch Bildung eines Erneuerungsfonds zur Deckung aussergewöhnlicher Ausgaben, welche den Zweck haben, für veraltende oder unbrauchbar werdende Apparate und sonstige Fabrications-Einrichtungen Ersatz zu schaffen, falls die Kosten desselben aus den Abschreibungs-Quoten nicht bestritten werden können. In der Erwartung, dass ein solcher Fonds geschaffen wird, haben wir den Betrag der Abschreibungen so bemessen, dass wir der General-Versammlung vorschlagen, den Gewinn wie folgt zu verwenden: 336 758,11 M. auf Abnutzung der Mobilien und Immobilien (laut Specification der beigefügten Bilanz), 100 000 M. für einen zu bildenden Erneuerungsfonds, 15 808,97 M. statutenmässige Tantieme für den Aufsichtsrath, 12 099,92 M. contractliche Tantieme für den Vorstand, 394 800 M.

7 pCt. Dividende vom Actien-Capital, 6000 M. Beitrag zum Unterstützungsfonds, 1291,11 M. Uebertrag aufs neue Geschäftsjahr in Summa 866 758,11 M. Sollte der Erneuerungsfonds nicht bewilligt werden, so müssten wir, da die precäre Lage einzelner Betriebszweige die Werthbemessung der denselben gewidmeten Baulichkeiten, Apparate etc. in Frage stellt, aus Rücksicht auf die Solidität unseres Unternehmens die Abschreibungen um den Betrag von 100 000 M. erhöhen.

-f- Breslauer Wagenbau Linke. Die Breslauer Actiengesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau (Linke) hat im Jahre 1888 mit gutem Erfolge gearbeitet; die vom Aufsichtsrath vorgeschlagene Dividende von neun Procent ist mit die höchste, welche das seit 1871 bestehende Unternehmen zeither gewährt hat. Nach Uebernahme des Etablissements von der Firma G. Linke's Söhne mussten bei einem Gesamtcapital von 3 750 000 M. (2 880 000 M. Actien und 870 000 M. Hypothek) bald die Grundstücke vermehrt und die Fabrications-Anlagen erweitert werden, theils um eigene Lagerplätze für Holz zu schaffen, theils auch um den damaligen starken Anforderungen an die Produktionskraft entsprechen zu können und endlich auch, um eine billigere, zweckentsprechendere Fabrication herbeizuführen. Der letztere Zweck ist voll erreicht worden und wenn im Jahre 1872 das Gesamtcapital auf 5 065 500 Mark (4 110 000 Mark Actien und 955 000 Mark Hypotheken) gestiegen ist, so haben diese Aufwendungen ihre Früchte getragen zur Zeit, als die Wagenbau-Industrie unter gedrückten Preisen und Mangel an Arbeit schwer zu leiden hatte, indem auch in dieser Periode der Nothlage regelmässig Dividenden gezahlt werden konnten. In den ersten 10 Jahren konnten aus den aus dem Betriebe gewonnenen Abschreibungen und mit den hierdurch disponibel gemachten Mitteln 810 000 M. eigener Actien zurückgekauft und die gesammte Hypothekenschuld abgestossen werden, so dass das Actien-Capital auf die Höhe von 3 300 000 M. gebracht worden ist. In den ersten zehn Jahren wurden aus dem Betriebsgewinn zu solchen Werthabschreibungen 1 287 224 M. abgezweigt, zu welchem Betrage noch der buchmässige Gewinn aus den Actien-Rückkäufen mit 397 360 M. getreten ist, so dass der Gesamtbetrag aller Abschreibungen sich bis Ende 1880 auf 1 684 584 M. belief. Seitdem hat die Gesellschaft folgende Resultate erzielt:

	Gewinne davon zu:		
		Abschreibungen.	Dividende.
1881	280 417 M.	92 720 M.	5 1/2 pCt.
1882	646 509 „	282 830 „	9 1/2 pCt.
1883	730 825 „	303 329 „	11 pCt.
1884	378 010 „	45 752 „	8 1/2 pCt.
1885	240 274 „	26 796 „	5 1/2 pCt.
1886	178 758 „	26 123 „	4 1/2 pCt.
1887	237 365 „	43 000 „	5 pCt.
1888:	454 340 „	99 300 „	9 pCt.

Die Gesamtsumme dieser Abschreibungen beträgt nahezu 900 000 M., so dass unter Hinzurechnung der bis Ende 1880 erfolgten Abschreibungen bisher bereits 2 584 000 M. vom Werthe der Anlagen abgesetzt sind, d. h. über 78 pCt. des Actien-Capitals.

Δ Doppelversteuerung der Schlussnoten über Prolongationen. Die von dem Breslauer Provinzial-Steuerdirector geforderte Nachstempelung aller seit October 1885 ausgestellten Schlussnoten über Prolongationsgeschäfte auf den doppelten Betrag erregt an sämtlichen deutschen Börsenplätzen um so mehr Aufsehen, als jene Forderung der Breslauer Steuerbehörde sich auf ein Reichsgerichtserkenntniss stützt und demnach erwartet werden muss, dass auch anderwärts ein gleiches Verlangen gestellt werden dürfte. Wie wir hören, sind seitens einiger grösserer Bankinstitute bereits Schritte eingeleitet worden, um durch gemeinsame Vorstellung beim Bundesrath denselben zu einer Declaration seiner diesbezüglichen Anordnungen, deren Wortlaut es mindestens zweifelhaft lässt, ob die bisher befolgte Praxis oder die Auslegung des Reichsgerichts-Senats der Absicht des Gesetzgebers entspricht, zu veranlassen. In der Streitsache, welche zu der jetzigen Entscheidung des Reichsgerichts Veranlassung gegeben hat, ist der auf Rückzahlung verklagte Fiscus in den beiden Vorinstanzen verurtheilt worden und erst das Reichsgericht hat im Princip unter Zurückweisung der Sache an die zweite Instanz gegenwärtig entschieden.

W. T. B. Internationale Bank in Berlin. (Fortsetzung des in der gestrigen Sonntagsnummer befindlichen telegraphischen Berichts.) Der Status per 31. Decbr. 1888 weist auf: an Cassa 1524 004 M. 55 Pf., Coupons 346 686 M. 94 Pf., Wechsel 1767 177 M. 34 Pf., Reports 19 971 450 M. 65 Pf., eigene Effecten 561 301 Mark 75 Pf. und Einzahlungen auf Consortial-Betheiligungen 665 656 M. 75 Pf. Auf Conto-Corrent-Conto stellte sich die Summe der Creditoren auf 12 058 336 M. 08 Pf., diejenige der Debitoren auf 15 559 567 M. 84 Pf. Unter den letzteren waren Guthaben bei Banken und Bankfirmen 3 687 962 M. 51 Pf., ungedeckte Debitoren 278 687 M. 65 Pf., während restliche 11 592 897 M. 68 Pf. gedeckt waren. Das Anweisungs- und Accepten-Conto betrug 7439 319 Mark 16 Pf., davon ungedeckte Accepte 124 069 Mark 05 Pf. — Der Vorstand berichtete, dass sich das Geschäft auch im laufenden Jahre in erfreulichem Aufschwunge befinde. Die Bank hat sich unter Anderem bisher bei folgenden grösseren Geschäften betheiligt: Begründung der Schweizerischen Unionbank in St. Gallen und der Italienischen Unionbank in Mailand, Erhöhung des Capitals der Eidgenössischen Bank in Bern. Uebernahme der jungen Actien der Jura-Bern-Luzernerbahn der Eidgenössischen Anleihe von 1889, der 4proc. garantirten Obligationen der Sardinischen Secundär-Bahnen I. und II. Serie, Conversion der Luzerner Stadt-Anleihe. Die zum Theil namhaften Gewinne aus diesen Geschäften kommen mit wenigen Ausnahmen erst im laufenden Jahre zur Verrechnung.

Hannoversche Maschinenbau-Gesellschaft vorm. Georg Eggestorff. Wie schon telegraphisch gemeldet, hat die gestrige ausserordentliche Generalversammlung zu einem Compromiss zwischen der Berliner Gruppe und dem Aufsichtsrath, soweit es sich um die Umwandlung der Stammactien handelte, geführt. Wir erfahren darüber noch, dass diese Vereinigung in zehnstündiger Verhandlung durch ein Entgegenkommen der Berliner Gruppe, welche sowohl über die erforderliche Dreiviertel-Majorität des vertretenen Grund-Capitals, wie über die nach dem Statut erforderliche Zweidrittel-Majorität des vertretenen Prioritäten-Capitals verfügte, zu Stande kam. Alsdann veranlasste dieselbe Gruppe aber noch die Abänderung der Statuten in zwei wichtigen Punkten. Zunächst wurde die Bestimmung des § 36 des Statuts beseitigt, nach welcher der Aufsichtsrath jede Wahl oder jeden Beschluss einer Generalversammlung durch sein Veto bis zur nächsten Generalversammlung verschieben kann, wenn nicht drei Viertel des Grundcapitals vertreten waren. Ferner wurde die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes auf elf erhöht, so dass in Zukunft die Berliner Gruppe jederzeit mit einfacher Majorität ihre Vertrauensmänner in den Aufsichtsrath delegiren kann.

Donnersmarkhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke Actien-Gesellschaft. Im Inseratentheil der vorliegenden Nummer befindet sich eine Notiz über die Anzahl derjenigen Actien, welche bisher zu der am 27. c. stattfindenden General-Versammlung angemeldet worden sind.

Die von Rheinbaben'schen Kohlengruben-Partial-Obligationen à 5 pCt., welche bisher noch nicht ausgelost worden sind, werden zur Rückzahlung per 1. Juli 1889 gekündigt. Gleichzeitig wird die Conventur der gekündigten in 4procentige Obligationen angeboten. Näheres befindet sich im Inseratentheil.

Deutsche Grundschuld-Bank in Berlin. Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto pro 1888 befinden sich im Inseratentheil.

Wien, 18. März. [Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. März.]

Notenumlauf	367 500 000 Fl.	2 837 000 Fl.
Metallschatz in Silber	235 000 000 „	+ 11 000 „
Portefeuille	124 800 000 „	+ 934 000 „
Lombarden	21 100 000 „	+ 684 000 „
Hypotheken-Darlehen	107 400 000 „	+ 86 000 „
Pfandbriefe in Umlauf	103 300 000 „	+ 383 000 „

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 7. März.

Börsen- und Handelsdespeschen.
Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.
Berlin, 18. März. Noneste Handelsnachrichten. Die Actien der Nationalbank für Deutschland werden vom 19. März an excl. Dividende pro 1888 gehandelt und notirt. Der Abschlag auf schwabende Engagements beträgt 9 pCt. — Die Preussische Boden-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter **Regine** mit dem Juwelier Herrn **Alfred Guttentag** in Breslau beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
 Posen, im März 1889.

[3488]
M. Zadek.

Meine Verlobung mit Fräulein **Regine Zadek**, jüngsten Tochter des Kaufmanns Herrn **M. Zadek** in Posen und seiner verstorbenen Gemahlin, geb. **Friedlaender**, beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
 Breslau, im März 1889.

Alfred Guttentag.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Clara** mit dem Brauereibesitzer Herrn **Albert Haselbach** aus Namslau zeigen wir ergebenst an.
 Ober-Wabnitz, den 17. März 1889.

[3524]
Ossig und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein **Clara Ossig**, ältesten Tochter des Rittergutsbesizers Herrn **Ossig** zu Ober-Wabnitz und dessen Gemahlin **Marie**, geb. **Jaeckel**, beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
 Namslau, den 17. März 1889.

Albert Haselbach,
 Brauereibesitzer.

Statt besonderer Meldung.
 Die Verlobung unserer Tochter **Flora** mit dem Kaufmann Herrn **Max Fleischer** aus Waldenburg in Schl. beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.
 [4548]
 Breslau, den 17. März 1889.
L. Bettfack und Frau
Ranny, geb. **Hausdorff.**

Flora Bettfack,
Max Fleischer,
 Verlobte.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter **Martha** mit dem Kaufmann Herrn **Georg Kuthaner** in Breslau beehre ich mich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen.
 Neumarkt in Schl., den 17. März 1889.
Siegismund Simmel.

Martha Simmel,
Georg Kuthaner,
 Verlobte. [4537]

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Elise** mit dem Kaufmann Herrn **Oscar May** beehren sich hiermit ergebenst anzuzeigen.
W. Feyer und Frau.
 Freiburg i. Schl., d. 18. März 1889.

Elise Feyer,
Oscar May,
 Verlobte. [3490]
 Freiburg i. Schl. Elberfeld.

Arthur Riesenfeld,
Selma Riesenfeld,
 geb. **Schacht,** [4560]
 Neuvermählte.
 Neurode, im März 1889.

Die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens zeigen hoch erfreut an [4540]
Siegmund Faerber
 und Frau
Amalie, geb. **Fränkel.**
 Breslau, d. 16. März 1889.

Die Geburt einer Tochter zeigen ergebenst an [4574]
Salz Holz und Frau
Edwig, geb. **Schacher.**
 Breslau, den 17. März 1889.

Am 13. d. M. starb in der Vollkraft seiner Jahre das langjährige Mitglied unseres Vereins, der königl. Regierungs-Baumeister **Herr Rudolf Koch.**
 Wir beklagen aufs tiefste den Verlust eines lebenswürdigen Freundes und hochbegabten Collegen. [4561]
 Breslau, den 18. März 1889.
Breslauer Schachverein
Anderssen.
J. A. Schäfer.

Am 16. d. M. starb plötzlich meine gute Frau, Mutter und Großmutter, [4542]
Adeline Jachmann,
 geb. **Rosenberg,**
 im Alter von 59 Jahren.
 Dieses zeigen tiefbetruert an **L. Jachmann**
 nebst Kinder und Angehörige.
 Breslau, 18. März 1889.
 Beerdigung Dienstag, am 19. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Nicolaistraße 63a.

Todes-Anzeige.

In der Nacht des 15. d. Mts. entschlief sanft an Lungenlähmung [3529]

der Städtälteste und Stadtverordnete
Herr Wilhelm Wechmann,
 Ritter des Königl. Kronenordens IV. Klasse mit dem rothen Kreuz im weissen Felde,
 im 77. Lebensjahre.

Derselbe gehörte vom Jahre 1846 bis zum 10. Mai 1877 dem Magistrat und vom 1. Januar 1878 der Stadtverordneten-Versammlung und dem Kammereikassen-Curatorio als Mitglied, sowie der städtischen Forst-Deputation als Ehren-Mitglied an.

Wir betrauern mit warmem Herzen seinen Heimgang, mit grosser Dankbarkeit die Verdienste anerkennend, welche sich der Dahingeschiedene in seiner so langjährigen und ehrenvollen Amtsverwaltung, namentlich im Forstwesen, um die hiesige Stadt vielfach erworben.

Bei aller Einfachheit und Bescheidenheit seines Wesens glänzte er durch echte Bürgertugend; ein treuer Pfleger der Armen, ein milder Tröster der Kranken ist er den Hilfsbedürftigen entrissen, welche mit uns sein Andenken als das eines Gerechten segnen werden.

Brieg, 17. März 1889.

Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung.
Heidborn. Werner.

Statt jeder besondern Meldung!

Heut Morgen 1/2 12 Uhr verschied plötzlich am Herzschlag meine inniggeliebte Frau, unsre herzensgute Mutter, Schwester, Grossmutter, Schwägerin und Tante,

Frau Particulier

Dorothea Drabich, geb. Kuntnowik,

im Alter von 76 Jahren. [3512]

Im tiefsten Schmerz zeigt dies hiermit an

im Namen der sämtlichen Hinterbliebenen

C. Drabich sen., Städtältester.

Ohlau, den 17. März 1889.

Beerdigung: Mittwoch den 20., Nachmittag 3 Uhr.

Nach langem, schweren Krankenlager verschied heute sanft meine geliebte Frau, unsere gute, innigstgeliebte Mutter, Grossmutter, Schwester und Tante,

Frau Hauchen Futter, geb. Karpe,

im Alter von 68 Jahren. [3504]

Dies zeigen tiefbetruert an, um stille Theilnahme bittend

Die Hinterbliebenen.

Kobylin, Berlin, Liegnitz, Magdeburg, Breslau.

Kobylin, den 16. März 1889.

Statt jeder besonderen Meldung!

Sonntag Nachmittag 4 1/4 Uhr verschied sanft nach längerem Leiden unsere liebe Tante und Grosstante,

die verwittw. Frau Kaufmann

Josephine Heintschel, geb. Kynast,

im Alter von 80 1/2 Jahren. [4565]

Dies zeigen tiefbetruert, um stille Theilnahme bittend, an

Otto Hörig und Frau,

geb. **Faust**, nebst Kindern.

Breslau, den 18. März 1889.

Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Bahnhofstrasse 8 nach dem alten Friedhofe in Gräbschen.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Morgen 9 Uhr starb unser inniggeliebtes Kind

Gerhard

im Alter von 6 Jahren und 4 Monaten. [4567]

Dies zeigen in namenlosem Schmerze an

Dr. E. Mittelhaus und Frau.

Breslau, den 19. März 1889.

Gestern entriss uns ein unerwarteter Tod unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter, die verwittwete Frau Kaufmann [4539]

Amalie Schlesinger, geb. Mattersdorf,

im 71. Lebensjahre.

Trauerhaus: Am Rathhaus 14.

Beerdigung: Dienstag, den 19. März, Vorm. 11 Uhr.

Breslau, den 18. März 1889.

Die tiefbetruerten Hinterbliebenen.

Rixdorfer
 u. **Deutsches Patent-**
Linoleum
 (Korkteppich),
 beste Fabrikate,
 zu Original-Fabrikpreisen.

Korte & Co.,
 Ring 45, I. Et.

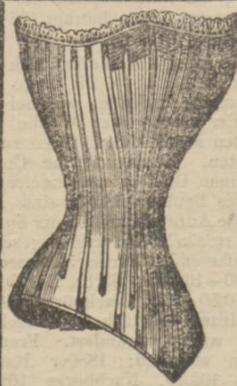
Breslauer
Mosaikplattenfabrik
Max Breier
 Lehmdamm 48

M. Korn, Reischestr. 53, I.
 Billigste Bezugsquelle für alle Art Waaren und Fabrikate.

Gardinen

in Füll und Spachtel, weiss, crème und bunt, elegante Muster, das abgepaßte Fenster von 2 1/2 Mf. an.
 In meinen Schaufenstern hängen Musterfügel mit Preisangabe zur gefl. Ansicht aus. [3263]

J. Seelig,
Schweidnigerstrasse 3.



Die Corset-Fabrik

von **Louis Freudenthal,**

Oblauerstrasse 80,
Breslau,

empfiehlt ihre

anerkannt gut sitzenden

Corsets

zu denkbar billigsten Preisen,

bei bekannter Güte und Haltbarkeit.

Neu! "Corset Olden", Neu!

vorzüglich sitzendes Façon,
 hochschneidend u. kurze Hüften, in echtem Fischbein Preis 6 Mf.
 incl. Schuhstange, die das lästige Brechen der Blanchetts unbedingt verbindet. [2989]

Gegründet 1846. **W. Müller's** Prämiirt 1881.

Erste Special-Gardinen-Waschanstalt

Breslau, Klosterstrasse 29,

empfiehlt sich den hochgeehrten Herrschaften zur Reinigung aller Arten von [3527]

Crème-, bunten und weissen Gardinen.

Durch langjährige Erfahrung in dieser Branche ist alles in Anwendung gebracht, was zur Conservirung dient, auch durch die neuesten Einrichtungen die schnellste Bedienung gesichert.

Anerkannt beste Ausführung, bei billigster Preisstellung.

Abholen u. Zurückbringen durch meinen Wagen unentgeltlich.

Kronleuchter

für Gas-, Petroleum- u. Kerzen-

beleuchtung,

Hängelampen, Tisch- und Wandlampen,

Clavier- u. Pianino-Lampen, Ampeln,

altheutsche Laternen, Wandleuchter,

Candelaber, durchweg Neuheiten in groß-

artigster Auswahl zu billigsten Preisen.

Herrmann Freudenthal,
 Schweidnigerstr. Nr. 50. [2306]

Gegründet 1822. Gegründet 1822.

Orthopädische Schnürmieder

und **Gradhalter.**

Von ärztlichen Autoritäten begutachtet

und empfohlen für schiefwachsende Personen

und Kinder zur völligen Befestigung hoher

Schultern, Hüften- und Rückenverkrü-

mungen, selbst in den schwierigsten Fällen

Bei vorchriftsmässiger Anwendung ist der

Erfolg unaussprechlich.

Corsets mit Lufteinlagen

zur Verschönerung der Büste.

Umstands-Corsets u. Leibbinden. Schnürstrümpfe.

Bamberger,

Breslau, Schuhbrücke Nr. 77, erste Etage.

schrägüber vom Magdalenen-Gymnasium. [4483]

Die anerkannt best gearbeiteten

Zahnbürsten,

als Dr. Pflöckmann, Dr. Piorro, Dupont etc., mit Draht ein-

gezogen, in Borste u. Dachshaar, Holz, Bein und Büffelhorn, führt

Wilh. Ermler, Königl. Hoflieferant, Breslau,

Schweidnigerstrasse 5. [3487]

Trübe gewordene Schweizer Stickerien werden ausverkauft. **Albert Fuchs,** Hoflieferant.

Die seit 18 Jahren echten Schweizer Stickerien nach wie vor allein bei mir echt.

Für Rechnung einer bedeutenden Fabrik des jästl. Vogtlandes wird ein großes Lager **Engl. Tüllgardinen**

gediegenes Fabrikats,

direct an Private etc. schlen-

nigt ausverkauft [4541]

Ernststraße 11, hochp.

Stadt-Theater.

Dinstag, „Fidelio.“ Große Oper in 2 Acten von L. van Beethoven.
Mittwoch Abend. „Der fliegende Holländer.“ Große romantische Oper in 3 Acten von R. Wagner.
Nachmittag. (Anfang 3 Uhr.) Halbe Preise. „Die Quisow's.“ Schauspiel in vier Acten von E. von Wilbenbruch.

Lobe-Theater.

Dinstag. Zum 3. Male: „Das Spitzentuch der Königin.“

Helm-Theater.

Dinstag: „Der böse Geist Lumpacivagabundus.“

Mittwoch: Benefiz Auguste Freibed. „Die Lieder des Musikanten.“

Sonntag, den 24. März, 7 1/2 Uhr Abends.

im grossen Saale der Neuen Börse: **Einziges Concert**

des **Quartett Udel**

vom [3525]

Wiener Männer-Gesangverein.

Programm:

- 1) Krenser „Das Herzklopfen“.
 - 2) a. Kooch „Am Grenzwall“.
b. Udel „O das ist gut“.
 - 3) Solovortrag des Herrn Professor Udel.
 - 4) a. Bayer „Männerlob“.
b. Schaffer „Die da“.
 - 5) a. Mayer „Historie vom Kuss“.
b. Gernerth „Moderne Wanderlust“.
 - 6) Solovortrag des Herrn Professor Udel.
 - 7) Käsmeyer „Der Freischütz“.
- Billets à 3, 2 und 1 Mark in der Schletter'schen Buchhandlg. (Franck & Weigert), Schweidnitzerstr. 16/18. Text à 20 Pf. ebenda.

Philharmonie.

Heute Aufführung.

Panorama.

Bischofstr. 3, I. Entr. 20 Pf., Kind. 10 Pf.

England u. Schottland.

Liebig's Etablissement.

Seite und folgende Tage: **Große humoristische Soirée**

der allbeliebten **Leipziger Quartett- u. Concertfänger**

(Direction Gebr. Lipart) und **Gastspiel** des anerkannt besten Damen-Quartetts Deutschlands

Man de Wirth.

Allabendlich stürmischer Beifall. Hochkomisches Programm.

Billets à 40 Pf. in den bekannten Commaniten.

Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten.

Auftreten von Mr. Alessandro Souri, Erfinder des Monocycle.

Miss Marion Graham, engl. Sängerin, Flora-Truppe (acht Damen), Darstellung lebender Bilder: Herr Klesch mit seinem Musée tintamaresque, Frä. Anna König, Frä. Valerie, Sängerrinnen, Mrs. Ara und Zebra, Pyramiden-Künstler, und Herr Mariott und Frä. Mariette, Duettisten.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

Victoria-Theater.

Simmenauer Garten. Direction: C. Pleininger.

Große Künstler-Vorstellung. Mitado-Duettisten

Mr. & Mlle. Chretienne, Alexandra Belinskaja,

russische Chansonette, Freres Detroit, Altobaten, Alberty, Schattensilhouettisten

Rosa Donnhoffer, Biffon-Virtuosin, Vero, Jongleur.

Wiener Volksleben,

große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf. Reserv. Platz 1 Mark. Vogenfisch 2 Mark. [3513]

Breslauer Gewerbe-Verein

Seute Abend 8 Uhr Versammlung im „König von Ungarn“

Das Concert am Sonnabend, den 23. c., des Quartett Udel vom Wiener Männergesangverein muss wegen Behinderung des einen der Mitwirkenden, des Herrn Landesrath Thomas, ausfallen. Die zu demselben gelösten Billets können bis zum 22. c. zurückgegeben oder in solche zum Concert vom 24. c. umgetauscht werden, soweit dieselben noch vorhanden. [3523]

Schletter'sche Buchhandlg. (Franck & Weigert), Schweidnitzerstrasse 16—18.



Meine Herrschaften zu Breslau und Umgebung, ich lade Sie höflichst zu meinen außergewöhnlichen Vorstellungen ein, welche nie von Anderen nachzumachen sind, dafür will ich mit meinem Namen bürgen und berufe mich auf die wirklichen Bestätigungen von sämtlichen Kaisern und Königen Europas u. außerhalb Europas, welche als Diplome theils im Schaufenster, theils im Laden der Cigarrenhandlung des Herrn Arnold, Kornede, für das geehrte P. T. Publikum ausliegen. Morgen Mittwoch findet die erste Soirée im Saale des Hôtel de Silésie um 7 1/2 Uhr statt. Die Preise sind mäßig gestellt, um jedem den Zugang zu erleichtern, und hoffe, daß mir auch hier derselbe Beifall zu Theil wird, welcher mir in London, Paris, Athen, Kairo, Constantinopel, Moskau, Petersburg, Wien, Berlin etc. zu Theil wurde. Ueber alle diese Städte liegen Empfehlungen von der löblichen Presse vor. Hochachtungsvoll

Professor St. Roman,

R. R. Hofmagier, Mimiker und Virtuose sämtlicher Monarchen Europas.

Bresl. Handlungsdiener-Institut,

Neue Gasse Nr. 8.

Seute Dinstag, den 19. März, Abends 8 1/2 Uhr,

für Mitglieder und deren Damen: Vortrag des Herrn Rabbiner

Dr. Rosenthal

über „Die Anfänge des Welthandels.“

Verein ostdeutscher Irrenärzte.

XLIX. Sitzung

Mittwoch, den 20. März, 12 Uhr Mittags (pünktlich)

im Auditorium der psychiatr. Klinik (städt. Irrenanstalt a. d. Goepfertstr.)

Bereist

vom 24. März bis einschließlich 8. April.

Vom 9. April ab Sprechstunden (vorm. 10—12 Uhr, nachm. 3—4 Uhr) nicht mehr Freiburgerstr. 9, II, sondern in meiner neuen Wohnung

Königsplatz 1, I. (nördliche Nicolaistadtgrabenende).

Dr. med. Friedrich Schaefer, Specialarzt für chirurgisch- und Blasen-Kranke.

Für Hautkranke u.

Sprechst. vorm. 8—11, nachm. 2—5, Breslau, Grufstr. 6. [2933]

Dr. Karl Weisz,

in Oesterreich-Ungarn approbirt.

Zähne und Plomben,

Schmerzlose Zahnertraction **Robert Peter,**

Bückerplatz 13, am Riembergshof.

Frau Cl. Berger, geb. Specialistin für Zahnleidende (nur für Damen und Kinder), Junkernstr. 35, schrgüb. Perini's Cond.

Bandwurm entfernt leicht, schnell und sicher **Oschatz,** Vorwerkstr. 16, part.

Steppdecken

für Ausstattungen in Seide, Atlas und allen anderen passenden Stoffen mit schönsten Dessins und bester Watting liefert am preiswürdigsten die erste Wiener Steppdecken- und Waffelfabrik von **R. Bild,** Kupferschmiedestraße 39, im Bar auf der Dregel.

1. Klasse 2. April

Preuss. Lotterie.

Loosentheile kosten pro Klasse:

1/64 1/40 1/32 1/20 1/16 1/10

M. 1 1 1/2 2 3 4 6 M. Zur Ziehung am 26.—28. März

Wormser Loose à 2 M. 10 Pf. Gew. 30,000 M. baar.

10,000 M., 5000 M. baar ohne Abz. **Marienburger Geld-Lotterie**

11.—13. April 1/1 Loose 3 M., 1/2 Loose 1 1/2 M. Porto u. Liste je 30 Pf. extra bei

Stanisl. Schlesinger, Schweidnitzerstr. 43.

Baumfuchen

für M. 5.— franco von bekannter vorzüglichster Güte. **Paul Lange,** [1192]

Conditior, Bischofswerda i. S.

BLOOKER'S holländ. Cacao
Ist unbedingt der feinste.
Beweis:
Fabrik Amsterdam. Detailpreise p. 1/2 Ko. M. 1.80, p. 1/4 Ko. M. 0.45 (unacht pro Tasse 4 Pfennig).

Geldschranke,

neue u. gebrauchte, äußerst billig. **A. Gerth,** Rosenthalerstr. 16.

Wie neu!

werden Kronleuchter, Girandoles, Gänge, Tisch- u. Wandlampen aufbronzirt. **R. Amandl,** Schweidnitzer- u. Carlstr. 8.

Frühjahr- und Sommerpaletots.



Anfertigung nach Maass. Preis: Mk. 29.00, Mk. 34.00, M. 40.00.

Engl. Neuheit: „Collar-Coat“,

Kragenpaletot, einfach, praktisch u. vornehm.

Hymaleya-Joppen in allen Grössen am Lager.

Special-Magazin sämtlicher Herrenwäsche. Anfertigung nach Maass.

Eduard Littauer, [3518] Ring 27.

Segelleinwand

zu Staubrouleaur und Marquisen.

Scheuerzeuge

v. 18, 20, 25, 30—40 Pf. d. Mtr.

Strohsäde u. Rissen

80, 90 Pf., 1, 1,20—2 M.

Packleinwand

en gros und en détail am billigsten [3510]

M. Raschkow,

Schmiedebrücke 10.

הכשר כ"ד" רפה

Der Betrieb der **Mazoth-Bäckerei,**

Reichherber-Gasse 51, hat unter Aufsicht des hiesigen Chro. Rabbinats begonnen. [3520]

Bestellungen nimmt dankbar entgegen

L. Horn, Schnaggenbeamer, Carlstr. 32.

OSWALD MESTER

Centralgeschäft in Breslau: Ohlauerstrasse 79.

Wichtig für Damen!

Jungen Damen wird d. ff. Damenschneiderei, Maßnehmen, Schnittzeichnen, Zuschneiden, prakt. u. gründl. gelehrt. Für auswärt. Damen Pension.

Anna Berger, Modistin Ring 44, 1. St. (Nachmarkt-Apoth.)

כשר כשר

Goldene Radegasse 2.

M. Glücksmann's

Fleischerei und Wurstfabrik empfiehlt vorzügliches Mastochsenfleisch, Prima Kalb- und Hammelfleisch, ff. Hamburg. Rauchfleisch, sowie vorzügliche Lungenwürstchen und alle Wurstsorten in nur guter, frischer Qualität zu billigen Preisen.

Wiener u. Strassb. Würstchen, à Duzd. 1 M. Knochenwurst à Pfd. 30 Pf.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung. **A. von Humboldts ges. Werke** (Kosmos. Reise nach den Aequinoktialgegenden. Neu-Spanien. Ansichten der Natur. Cuba. Lebensbeschreibung.) in neuer vorzüglicher Ausgabe. 30 Lieferungen à 50 Pf. Probeheft durch alle soliden Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Echt Persische Teppiche in großer Auswahl zu auffallend billigen Preisen.

Leopold Pisk, 29, Alte Taschenstraße 29. [1459]

Das bisher **Paul Zimmer'sche Colonialwaaren- u. Delicateessen-Geschäft,**

Neue Taschenstraße 14a, habe ich käuflich erworben und werde dasselbe neben meinem Adalbertstraße 15 bestehenden Geschäft fortführen. Die übernommenen Waaren-Vorräthe verkaufe ich zu den festgesetzten Preisen weiter aus.

Paul Guder,

Neue Taschenstraße 14a, Ecke Grufstraße, Adalbertstraße 15, Ecke Große Scheitnigerstraße.

Unser Geschäftslocal

befindet sich jetzt: [4545]

Schweidnitzerstraße 51, Eingang Junkernstr., 2. Laden.

Bloch & Cohn,

Tuchlager, Herren-Garderobe, Militär-Effecten.

W.SPINDLER

Reinigung aller Arten **Sammet-Kleider**

von Regen- und Staubflecken, Druckstellen etc. im unzertrennten Zustand. [3486]

Breslau, Ohlauerstrasse 83, Eingang Schuhbrücke, N. Schweidnitzerstrasse 16/17.

Färberei.

Das billigste Loos der Welt

ist eine türk. Staats-Eisenbahn-Prämien-Obligation

3mal Fr. 600000, 3mal Fr. 300000, 3mal Fr. 60000, 3mal Fr. 25000, bis abwärts Fr. 400.—

sind in jedem Jahre die Treffer dieser Staats-Eisenbahn-Prämien-Loose. Jedes Loos wird planmäßig mit wenigstens Fr. 400 gezogen, deshalb keine Nieten. Jährlich 6 Ziehungen.

Nächste Ziehung am 1. April d. J. [1437]

Ich verkaufe diese Loose gegen vorherige Einfindung oder Nachnahme des Betrages à Mk. 52.— pr. Stück oder, um den Ankauf zu erleichtern, gegen 10 Monats-Raten von Mk. 6.— mit sofortigem Anrecht auf sämtliche Gewinne, die à 58% in Frankfurt a. M. ausbezahlt werden. Schon bei dem niedrigsten Treffer erhält man Mk. 185.—, also 4 Mal den Ankaufspreis. Diese Loose sind deutsch gestempelt und überall erlaubt. Ziehungspläne versende kostenfrei. Rufen nach jeder Ziehung. Gest. Aufträge erbitten mit Angabe dieser Zeitung baldigst.

C. Rosenstein, Bankgeschäft, Frankfurt a. M.

Bad Goczalkowitz.

Wir empfehlen: frische Füllung von Mineralbrunnen und konz. Soole, Soosalz, Soolseife und Pastillen.

Die Bade-Verwaltung. [1399]

Gesangunterricht

ertheilt, empf. durch Herrn Rubsenior **Schultze, Gertrud Pipor, Hammerstr. 38 II**

Große Auswahl von [4428]

Möbel, Spiegel

u. selbstgefertigten Volkstheatern unter Garantie u. billigen Preisen bei **M. Beyer, Tapezierer,** Reuschestr. 38, dicht am Königsplatz.

Junge Kaufm. a. Schül. find. sehr gute Pens. b. Fr. J. Unger, Gartenstr. 43.

Eine Schneiderin empfiehlt sich den Damen ins Haus. Näheres Graben 4 im Vortoftegeschäft.

Für das Passahfest wird ein Vorbeter gesucht, der zugleich einen Vortrag zu halten vermag. Adressen H. K. 180 Expedition der Breslauer Zeitung.

Gesundheit ist Reichthum!

Helmbräu,

bestes, nach Münchener Art gebrautes, der Gesundheit zuträgliches Haubier, erfreut sich allerorts größter Beliebtheit und Nachfrage. [1441]

== Analyse: ==

Helmbräu, Bürgerliches Brauhaus, Löwenbräu,

		München.	München.
Alcohol	3,08	3,86	3,89
Extract	8,05	7,83	7,34
Nährwerth	10,22	9,15	9,11

übertrifft demnach an Extract und Nährwerth die vornehmsten Münchener Biere bei geringerem Alcoholgehalt.

Unsere Flaschen tragen unseren Firmenstempel und sind mit Etiquettes versehen mit der Bezeichnung:

„Abgezogen auf der Brauerei“.

Breslauer Actien-Bierbrauerei

Nikolaistraße Nr. 27.

Telephon-Anschluß Nr. 248.

Wichtig für Cafetiers, Restaurateure und für jeden Haushalt!

Wir empfehlen

Patent-Wasser-Filtrir-Apparate

in jeder beliebigen Größe und für jede beliebige Leistung, daher vom Betriebe für Haushaltungen angefangen bis zum Fabrikbetriebe.

Ein kleiner Haushaltungs-Filtrirapparat, welcher in unmittelbare Verbindung mit der Wasserleitung der Küche gebracht ist und **crystallklares Wasser** giebt, ist während der üblichen Bureaustunden an unserem Comptoir im Betriebe zu besichtigen.

Drost & Schulz,

Specialgeschäft für Verwerthung und Vertretung von Patenten, Am Oberschlesischen Bahnhof 29.

Die Neisser Eisengleßerei und Maschinenbau-Anstalt

Hahn & Koplowitz, Neuland-Neisse,



fertigt mittelst Formmaschine

Stirnräder } jeder Theilung,
Winkelräder } Breite u. Zähnezahl,

Schwungräder,

Riemscheiben, Seilrollen, } jeder Form und
Transmissionstheile, Kolben & Kolbenringe } Grösse.

Liefert ferner:

Dampfmaschinen, Dampfkessel.

Einrichtungen von

Mühlen, Brennereien und Fabrikanlagen. [1131]

Confirmations- u. Schul-Anzüge für Knaben, eleganter Schnitt, solide Preise. Cohn & Jacoby, 8 Albrechtsstr. 8.

Töchter-Pensionat
zur wissenschaftlichen u. praktischen Fortbildung junger Mädchen
Palmstr. 33a. Lina Peiser.

Höhere Mädchenschule u. Pensionat,
Klosterstraße 86, Ecke Feldstraße.

Am 1. Mai eröffne ich eine Fortbildungsklasse für Schülerinnen, welche die 1. Klasse einer höh. Mädchenschule besucht haben. Näheres durch Prospekte. Anmeldungen für die Fortbildungsklasse wie für die Schule nehme ich von 12-2 Uhr entgegen. [3120]

Marie Klug.

Handelslehranstalt und Pensionat
von **S. Hecht, Büttnerstraße 33, II, gegr. 1878.**

Am 4. April c. beg. 1/2, 1/2 u. 1 jähr. Course für Knaben über 14 J. u. Erwachsene in sämtl. Contorwiss. u. Sprachen. Ref. Herr Dr. M. Jool, hier, Herr Mühlensbesitzer Sachs in Gr. Dorek, Herr Fabrikbes. Hell in Sagan u. A. m. Streng geregeltes Pensionat. [4313]

Rektorat der städtischen höheren Töchter-Schule zu Kattowitz.

An unserer städtischen höheren Töchter-Schule ist das Rektorat mit einem Jahresgehalt von 3000 Mark unter Zusaufstellung der Gehalts-Aufbesserung vom 1. Mai 1889 ab zu befehen. [3441]

Bewerber, welche die volle Fakultät für Englisch und Französisch haben, wollen sich unter Einbindung ihrer Atteste und eines Lebenslaufes bis zum 27. März cr. melden.

Bemerkt wird, daß der jetzige Stelleninhaber, Herr Rektor Seedorf, Leiter eines Privat-Lehrerinnen-Seminars ist, bezüglich dessen Fortbestehen weiterer Information zu ertheilen bereit sein dürfte.

Kattowitz, den 15. März 1889.
Der Magistrat.

Realgymnasium zu Landeshut.

Das neue Schuljahr beginnt am 25. April dieses Jahres. Pensionen für auswärtige Schüler sind in großer Auswahl angeboten. Bei den schwach besuchten Klassen kann jedem einzelnen Schüler besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die gesunde Höhenlage der Stadt, fast 1400 Fuß über dem Meerespiegel, dürfte wohl zu beachten sein.

Der Director der Anstalt ist zu jeder Auskunft bereit.

Wir empfehlen deshalb unser Realgymnasium zu zahlreichem Besuche. Landeshut, den 1. März 1889. [1435]

Das Curatorium.

Hotel „Germania“ Berlin C.,
direct gegenüber [1428]

Bahnhof Alexanderplatz
und der Central-Markthalle.

Neu erbaut, mit 200 Zimmern von 2 M. an incl. Beleucht. u. Bedieng. Bäder, Telephon, Fahrstuhl, elektr. Beleuchtung. Knotenpunkt d. Pferdebahn-, Omnibus- u. Stadtbahn-Linien!

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Groß. Baden zu Karlsruhe.

Gemäß § 39 der Statuten werden die Mitglieder der Anstalt zu einer außerordentlichen General-Versammlung

am **Dinstag, den 16. April 1889, Nachmittags 3 Uhr,** im oberen Saal der „Vier Jahreszeiten“ zu Karlsruhe eingeladen.

Agenda-Ordnung: Aenderung der Bestimmungen über Verwaltungsorgane und ihre Zuständigkeit.

Karlsruhe, im März 1889. [3496]
Der Verwaltungsrath.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau:
Robert Köppler, Schlesische Gedichte. Eleg. gebd. Preis 2 M.
Der gefällige, außerordentlich wohlfeile Band enthält die reizenden humorvollen Dialektgedichte des zu früh verstorbenen Autors.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Kündigung
der
5% Partial-Obligationen
der

von Rheinbaben'schen Kohlenruben-Gewerkschaft vom 9. December 1882 und 1. April 1886.

Auf Grund des in den Anleihebedingungen vorbehaltenen Rechtes, kündige ich hiermit sämtliche noch nicht ausgeloste 5% Partial-Obligationen der v. Rheinbaben'schen Kohlenruben-Gewerkschaft vom 9. December 1882 und 1. April 1886 zum Gesamtbetrage von 1,500,000 Mark und 750,000 Mark

zur Rückzahlung am 1. Juli 1889 und fordere hiermit die Obligations-Inhaber auf, unter Einreichung der Stücke nebst Zinscoupons exclusive der am 1. Juli d. J. fälligen, die versprochenen Capitalbeträge mit dem Amortisationszuschlag von 5%, mithin für das Stück 525 Mark am 1. Juli 1889 bei

Herrn **G. von Bachaly's Enkel** zu Breslau entgegen zu nehmen. Für jeden fehlenden Zinscoupon sind vom Obligations-Inhaber 12 Mark 50 Pf. zu erstatten.

Mit dieser Bekanntmachung verbinde ich die Mittheilung, daß der **Schlesische Bank-Verein zu Breslau** es übernommen hat, vorbezeichnete 5% Partial-Obligationen in 4%, al pari rückzahlbare Partial-Obligationen zu convertiren.

Fanny-Grube, im März 1889.
Der Repräsentant und Generalbevollmächtigte der von Rheinbaben'schen Kohlenruben-Gewerkschaft.
Heckel.

Im Anschluß an die vorstehende Bekanntmachung offeriren wir hiermit den Inhabern der, wie oben, zur Rückzahlung zum 1. Juli 1889 gefälligten

1,500,000 Mark und 750,000 Mark 5% Partial-Obligationen der **v. Rheinbaben'schen Kohlenruben-Gewerkschaft vom 9. December 1882 und 1. April 1886**

die Convertirung in 4% Partial-Obligationen unter folgenden Bedingungen:

Die 4% Partial-Obligationen participiren an der, Seitens der v. Rheinbaben'schen Kohlenruben-Gewerkschaften durch Vermittelung des **Schlesischen Bank-Vereins** zu Breslau ausgenommenen hypothekarisch sicher gestellten Anleihe zum Gesamtbetrage von zwei Millionen dreihundert und fünfzigtausend Mark, für welche dieselben Realitäten, Gruben und Gebäude etc. verpfändet sind, wie für die Partial-Obligationen am 9. December 1882 und 1. April 1886. Die Verzinsung beginnt mit dem 1. Juli 1889.

Die Tilgung und Amortisation der 4% Obligationen erfolgt in den Jahren 1895 bis 1908 zum Nominalwerthe.

Die 5% Obligationen, welche zur Convertirung angemeldet werden, sind mit den Zinscoupons

Nr. 14-34 von den Obligationen vom 9. December 1882, Nr. 8-49 von den Obligationen vom 1. April 1886 bis zum 15. April 1889

in unserer Effecten-Casse hier, bei Herrn **G. v. Bachaly's Enkel** zu Breslau, bei Herrn **Georg Fromberg & Co.** zu Berlin arithmetisch geordnet, mit doppeltem Nummernverzeichnis einzuliefern. Ein Verzeichnis empfängt der Einlieferer abgestempelt zurück und demnächst gegen Rückgabe desselben und gegen Quittungsleistung seinerseits die neuen 4% Partial-Obligationen nebst halbjährigen Zinscoupons für die Zeit vom 1. Juli 1889 bis zum 1. Juli 1899 und Talon.

Bei diesem Umtausche werden die 4% Partial-Obligationen zum Course von 98 1/2% berechnet, so daß den Inhabern der 5% Partial-Obligationen

außer dem Amortisationszuschlag von 5% noch eine Convertirungsprämie von 1 1/2%

mithin pro Stück baar 32 1/2 Mark zugesahlt werden und ihnen außerdem noch der am 1. Juli 1889 fällige Zinscoupon zur eigenen Realisirung

belassen wird, so daß dieselben bis zum 1. Juli 1889 noch 5% Zinsen beziehen.

Für jeden etwa fehlenden Zinscoupon sind bei der Einlieferung der 5% Partial-Obligationen 12 Mark 50 Pf. zu erstatten. Breslau, im März 1889. [8508]
Schlesischer Bank-Verein.
Dr. Wachler. C. Fromberg.

Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau erschien:
Die Krankheiten der Pflanzen.
Ein Handbuch
für Land- und Forstwirthe, Gärtner, Gartenfreunde und Botaniker
von Professor Dr. A. B. Frank.
53 1/2 Bogen. 8. Mit 149 in den Text gedruckten Holzschnitten.
Preis 18 M. Elegant in Halbfrz. gebd. 20 M. 40 Pf.

Einladung zum Abonnement
auf die
Allgemeine Zeitung
in München (vormals Augsburg).

Die Allgemeine Zeitung, eines der ältesten, angesehensten und am weitesten verbreiteten Preßorgane, erscheint zweimal täglich in einem Morgen- und einem Abendblatt, welche dem Leser neben leitenden Artikeln ein ebenso reiches als sorgfältig ausgewähltes Material von telegraphischen und brieflichen Mittheilungen hervorragender Fachmänner auf politischem, volkswirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, ferner von Börsen, Handels- und Verkehrs Nachrichten aus allen Hauptstädten des In- und Auslandes vermitteln.

Die in gebildeten Kreisen sich besonderer Beachtung und Sympathie erfreuende „Beilage“ mit ihrer Fülle wissenschaftlichen und feuilletonistischen Stoffes, getragen durch die Mitwirkung der bedeutendsten deutschen Gelehrten und Schriftsteller, darf wohl mit Recht als eine einzigartige Erscheinung auf dem Gebiete der deutschen Zeitungsliteratur bezeichnet werden.

Dieselbe gelangt seit 1. März d. J. als besondere Abtheilung, aber noch wie vor als integrierender Bestandtheil der „Allgemeinen Zeitung“ und in der früheren Ausdehnung täglich mit dem Morgenblatt zur Ausgabe. [1443]

Man abonniert auf die „Allgemeine Zeitung“ bei der unterzeichneten Expedition und deren Agenten, sowie bei allen Postämtern.

Postbezugspreis vierteljährlich für Deutschland und Oesterreich M. 9.—, für das Ausland mit entsprechendem Aufschlag. — Bei directem Bezug unter Streifenband durch die unterzeichnete Expedition für Deutschland-Oesterreich monatlich M. 4.—, für die übrigen Länder des Weltpostvereins M. 5.60 (in Wochenendungen M. 4.—).

Zum Abonnement auf das am 1. April beginnende neue Quartal laßt ein

München.
Die Expedition der Allgemeinen Zeitung.
Schwanthalerstraße 73.

Düten und Beutel,
naturbraun satiniert chamois bunt fortirt fetticht
von M. 12 1/4 15 22 41 1/2 pr. Str.

Cigarrenbeutel,
braun mit Druck von 1 M., imit. Pergament mit Druck von 1.40 M. per 1000 Stück an. Muster gratis und franco. [4371]

H. Bruck, Sirschberg i. Schl.

Donnersmarchhütte
Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke,
Actien-Gesellschaft.

Für die am 27. d. Mts. stattfindende General-Versammlung unserer Gesellschaft sind angemeldet worden:

bei der Gesellschafts-Kasse Mark 60 000,
Breslauer Discobank 1 330 200,
Herrn Jarißlowsky u. Co., Berlin 2 427 600.

Die Herren Herrmann Friedmann und J. W. Arendt, Berlin, welche auf ihren ganz besonderen Wunsch mit der Annahme von Stücken beauftragt wurden, haben trotz unserer wiederholten Aufforderungen nicht mitgetheilt, welche Beträge unserer Actien bei ihnen angemeldet wurden, so daß wir nicht in der Lage sind, festzustellen, wie groß die Gesamtanmeldungen sind. [1456]

Deutsche Grundschuld-Bank in Berlin.

Bilanz per 31. December 1888.

Activa.		Passiva.	
Kassenbestand	423 137 80	Actien-Capital	3 000 000 —
Eigene Effecten	132 064 32	Reservefonds	15 080 73
Wechselbestand	10 709 20	Emittirte Pfandbriefe	21 354 600 —
Guthaben bei Bankfirmen	2 460 507 46	Noch einzulösende Pfandbrief-Coupons	346 120 90
Anlage im Hypotheken- und Grundschuld-Geschäft	25 552 123 45	Vorausgezählte Hypotheken- und Grundschuldzinsen	865 71
Vorräthige und gestempelte Pfandbrief-Formulare	54 245 57	Diverse Creditoren	44 842 51
Mobilien-Conto	12 060 20	Noch zu verzehende Hypotheken	3 670 972 56
		Reingewinn	212 365 59
	M. 28 644 848 —		M. 28 644 848 —

Gewinn- und Verlust-Conto.

Debet.		Credit.	
Geschäfts-Unkosten	97 642 62	Vortrag aus 1887	2 062 93
Communal- und Gewerbesteuer	5 714 80	Gewinn an Zinsen, Provision und Agio	361 679 83
Courtage-Conto	3 615 45		
Insertionskosten-Conto	4 969 52		
Pfandbrief-Stempel und Anfertigungskosten	38 094 78		
Abschreibung auf Mobilien	1 340 —		
Reingewinn	212 365 59		
	M. 363 742 76		M. 363 742 76

Die Direction.

gez.: Sanden. Schmidt.

Die vorstehende Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto stimmen mit den Büchern der Bank überein. Berlin, den 7. Februar 1889.

gez.: Dehnicke, Geh. Regierungsrath a. D.

L. Nauwerk, Director der Preussischen Feuerversicherungs-Actien-Gesellschaft.

[3497]

Deutsche Grundschuld-Bank.

Die für das Jahr 1888 mit 6 Procent festgesetzte Dividende wird gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 3 mit

M. 60. — pro Actie

von heute ab an unserer Kasse, sowie bei allen Pfandbrief-Verkaufsstellen ausbezahlt. Berlin, den 16. März 1889.

Die Direction. Sanden. Schmidt.

Berlinische

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von 1836.

Berlin W., Behrenstraße 69.

Am 1. Februar 1889 tritt eine neue Ausgabe unseres Geschäfts-Plans in Kraft, welche den von diesem Zeitpunkt ab sich Versicherenden, die am Gewinn der Gesellschaft theilnehmen, zugleich auch Versicherung gegen Kriegsgefahr zu sehrrentgegenkommenden Bedingungen gewährt.

Auch den bereits auf Grund früherer Geschäftspläne der Gesellschaft beigetretenen Mitgliedern, welche noch an dem Gewinn derselben theilnehmen, wird vom 1. Februar ab der Uebertritt gemäß eines „besonderen Regulativs“ bis spätestens den 1. April 1889 gegen Erlegung eines einmaligen Beitrages von einem Procent der gegen Kriegsgefahr zu versichernden Summe freigestellt.

Das Nähere ist bei unseren Vertretern zu erfahren, die auch die bezüglichlichen Anträge zu vermitteln bereit sind. Berlin, den 12. Januar 1889.

Direction der

Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

General-Agentur

M. Sommer,

Breslau, Ohlau-Ufer 12.

Norddeutscher Lloyd.

Post- und Schnelldampfer

VON BREMEN nach
Newyork | Baltimore
Brasilien | La Plata
Ostasien | Australien

Prospecte und Fahrpläne versendet auf Anfrage

Die Direction des Norddeutschen Lloyd

[032]

oder deren Agenten

F. Matfeldt, Berlin, 93 Invalidenstrasse,
Moritz Grabowsky, Kempten.

umbau Bahnhof Kreuzburg.

Die Maurerarbeiten des neuen Empfangsgebäudes mit theilweiser Material-Lieferung, veranschlagt auf 15 300 Mark, werden als Loos VIII und die Zimmerarbeiten desselben Gebäudes mit Material-Lieferung, veranschlagt auf 12 800 Mark, als Loos IX hiermit öffentlich ausgeschrieben.

Ausschreibungs-Verzeichnisse und Bedingungenhefte sind in unserem technischen Bureau (Zimmer 15) und in dem Dienstzimmer der Bahnmeisterei zu Kreuzburg O.S. einzusehen, auch von unserer Kanzlei gegen postfreie Einfindung von 1,50 Mark in Postfreimarken zu 10 Pf. für jedes Loos ohne Zeichnungen und von 9 Mark mit Zeichnungen zu beziehen.

Entsprechend bezeichnete Angebote sind bei uns bis Dienstag, den 26. März 1889, einzureichen. Angebotsöffnungstermin am diesem Tage im Zimmer 15 um 11 1/2 Uhr Vormittags für Loos VIII, um 11 1/2 Uhr Vormittags für Loos IX. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Breslau, im März 1889.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt (Breslau-Larnowitz).

Nach kurzem Gebrauch unentbehrlich als Zahnputzmittel

Schönheit der Zähne

Wollu amerikanische Glycerin-Zahn-Crème

(sanitätsbehördlich geprüft)

KALODONT F. A. Sarg's Sohn & Co.,

in WIEN.

Bei allen Apothekern, Drogisten u. Parfumeurs 1 St. 65 PL

Chili-Salpeter-Groshandlung.

Theodor Kühn, Magdeburg.
Telegramm-Adresse: Theodor Kühn, Magdeburg.

Für ein rheinisches Weinhaus ersten Ranges wird ein tüchtiger Vertreter unter vortheilhaften Bedingungen zu engagiren gesucht. — Gefl. Offerten unter F. W. 35 Exped. der Bresl. Ztg. erbeten.

Kalk, Cement, Gips

Form- u. Verblendsteine, Oberschlesische Kohlen,

liefert beste Qualität zu den billigsten Preisen das

Gogoliner und Gorasdzer Kalk-

und Producten-Comptoir [3516]

Louis Bodlaender,

Comptoir: Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 1.

Den besten Thee,

sowohl chinesischen als indischen, liefern
R. Seelig & Hille,
Thee-Importeure, Berlin-Dresden.

In Originalpacketen zu haben bei: [1326]

- F. Eckert, Freiburgerstr.
- Herm. Elsner, Carlslap.
- Herm. Enke's Nachf., Taubenstr.
- Ed. Fache, Gröbelschtr. 38a u. Holteistr. 14a.
- Herm. Gude's Nachf., Klosterstr.
- Jul. Heider, Nicolaistr. 22.
- E. Hielscher, Neuschtr. u. Neue Taschenstr.
- E. Huhndorf, Schmiedebrücke u. Neue Schweidnitzerstr.
- A. Kirtzel, Paulinestr. 7.
- Herm. Kohn, Osefenauplag.
- M. Kurzynski, Neue Taschenstr.
- Jos. Lux, Matthiasplaz 1.
- Br. Nierling, Friedr.-Wilhelmstr.
- F. A. Paul, Taubenstr.
- Fr. Pohl's Nachf., Kaiser-Wilhelmstr.
- J. G. Scholz, Leisingstr. 1 und Ohlauufer 26.
- A. Spiller, Trebnitzerstr.
- S. Sternberg, Neuschtr.
- E. Stoermers Nachf., F. Hoffschildt, Ohlauerstr.
- Herm. Straka, Am Rathaus 10.
- A. & E. Strauss, Klosterstr. u. Uferstr.
- Theod. Thielsch, Scheinigerstr. 12.
- Oswald Thomas, Friedrich-Wilhelmstr.
- M. Kurzynski, Neue Taschenstr.
- Jos. Lux, Matthiasplaz 1.
- Br. Nierling, Friedr.-Wilhelmstr.

Wiesbadener Kochbrunnen-Quellsalz

ein reines Naturproduct

von heilkräftiger Wirkung bei Verdauungs- u. Ernährungsbeschwerden, Darm- u. Magenleiden aller Art, bei acuten u. chronischen Katarrhen der Luftröhre u. Lunge, bei Husten, Heiserkeit, Schleimauswurf etc. Preis per Glas (ca. 100 gr.) 2 Mk. — Käuflich i. d. Apoth. u. Mineralwldgn.

Wiesbadener Kochbrunnen-Pastillen per Schachtel 1 Mk. WIESBADENER BRUNNEN-COMPTOIR.

Japan Soya

dient zur Würzung und Kräftigung aller Speisen. Nur echt, wenn mit obiger Schutzmarke versehen. In Porzellan-Flaschen à M. 0,75; 1,25; 2,50. In allen besseren Delikatess-, Colonialwaaren- u. Drogen-Geschäften.

General-Vertreter für das Deutsche Reich: F. G. Taen Arr-Hee, Berlin. [0219]

Ignatz Scholz's

Die zur Gastwirthschaft, Glasfabrik, belegen 3 majestätischen Gebäude, in welchen die Gast- und Schankwirthschaft, Fleischer- und das kaufmännische Gewerbe betrieben werden, sollen durch den Unterzeichneten einzeln oder im Ganzen freihändig verkauft werden. Beim Einzelverkauf bleibt für jede Bestimmung das Einfahrtsrecht gewahrt. Kaufsüchtige werden erucht, ihre versiegelten Offerten bis zum 26. d. M., Nachmittags 6 Uhr, bei dem Unterzeichneten einzureichen. Die Zuschlagserteilung wird vorbehalten. Antonienhütte, den 15. März 1889. [1445]

Der Concur-Verwalter: Jacob Froehlich.

Der Anverkauf von Galanterie-, Kurz- und Spielwaaren

wird von heute ab fortgesetzt. Alte Graupenstraße 23, links, Gebrüder Klemperer, früher Blicherplatz 14. [4555]

Preuss. Staats-Medaille 1881.



Cacao Puro.
Ein garantiert reines und leichtlösliches
Cacao-Pulver.
Ein Pfund ergibt 100 Tassen.
Preis pro Pfund:
In 1/2, 1/4 u. 1/8-Pfund-Blechbüchsen M. 3, lose M. 2.60 u. M. 2.20.
Bei gleicher Qualität billiger wie ausländische Fabrikate.
Oswald Püschel, Breslau.

Gummi- Artikel vorzogl. Qual. empf. billigt, Preisl. grat. G. Band, Berlin, Friesenstr. 24. [028]

Reiche Heirath!

Durch vorzügliche Verbindungen in den besseren Kreisen vermittelt seit Jahren feine Parthien. Absolute Discretion. Rückporto erbeten. [1225] Julius Wohlmann, Breslau, Oderstr. 3, III.

Adolf Wohlmann,

Gruststraße 6, II. Adresse erbitte genau.

Reiche Heirath!

Durch vorzügliche Verbindungen in den besseren Kreisen vermittelt seit Jahren feine Parthien. Absolute Discretion. Rückporto erbeten. [1225] Julius Wohlmann, Breslau, Oderstr. 3, III.

Reiche Heiraths-

Vorschläge erhalten Sie sofort discret in kollektiver Auswahl aus dem Bürger- und Adelstand Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns. Bitte, verlangen Sie einfach nur die Zufendung. Porto 20 Pf., für Damen frei. [1440] General-Anzeiger, Berlin S.W. 61.

Ein junger Mann, 24 Jahr alt, Professionist, wünscht sich mit einem j. Mädch., Vermög. 3000 M., zu verheirathen. Off. u. H. E. 33 Briefkasten der Bresl. Ztg. erbeten.

Zwei fein geb. Wittw., Anfang dreißig, suchen d. Bekanntschaft gut sitz., alt. Herren behufs spät. Verheirathung zu machen. Off. erb. unter O. K. 30 hauptpostlagernd. [4553]

Ein junger Mann, feingebildet, 32 Jahr, aus bester Familie, Landwirth, in sehr guter, rentabler, selbstständiger Stellung, im Besitz eines kleinen Vermögens, sucht eine Lebensgefährtin. Junge Damen, auch kinderlose Wittwen, mit Vermögen, von bester Erziehung, womöglich musikalisch, die aber auch Verständnis von der Hauswirthschaft haben, werden gebeten, sich unter Einfindung von Photographien zu wenden an die Exped. der Bresl. Ztg. unter X. Y. 39. Discret. selbstredend.

Wegen Zurubefehung suchen wir für unsere Tochter (Jüdin) passende Partie. Mitgift vollständig. eingebr. Geschäft für alte und neue Garber. Rest. in den 30er Jahren wollen Off. richten an die Expedition des Berliner Tageblatts, Berlin SW., sub J. C. 1330. [1447]

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist heut bei Nr. 6, Spalte 4, der eingetragenen Genossenschaft des Vorjuchensvereins zu Mittel-Schreibendorf folgende eingetragen worden: In Stelle des Rittgutspächters Nothlauf ist der Mairemeister Heumann als Director in den Vorstand gewählt worden. Eingetragen zufolge Verfügung vom 9. März 1889 am 11. März 1889. Streblen, den 11. März 1889. Königl. Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Unter Nr. 87 und 94 des Procuren-Registers wurde heute bezüglich der unter Nr. 117 des Gesellschafts-Registers eingetragenen Firma **Oberschlesische Eisenindustrie, Actiengesellschaft** für Bergbau und Hüttenbetrieb vermerkt, daß stets 2 der Procuren-Victor Zuckerkandl, Johannes Leder, Wilhelm Metz, Alexander Israel, Ludwig Reumann und Constantin Wolff, sämmtlich in Gleiwitz — die Firma zu zeichnen haben. [3506] Gleiwitz, den 13. März 1889. Königl. Amts-Gericht.

7000 Mark 4 1/4 %

werden als erste Hypothek auf ein schönes Wiesengrundstück von 12 Morgen in der Umgegend von Breslau gesucht. [4543] Gefl. Offerten unter Nr. 398 Hauptpostlagernd Breslau erbeten.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 30. März 1888 ist in unser Handelsregister das Erstföhen nachstehender Firmen von Amts wegen zufolge Verfügung vom 11. März 1889 am 12ten März 1889 eingetragen worden. A. Firmenregister.

Nr. d. Firmen-Registers.	Bezeichnung der Firma.	Ort der Niederlassung.
1	Gebrüder Kaiser	Beuthen O.S.
63	M. Persikaner	"
78	Nathan Kaiser	"
229	L. Görke	Riechowitz.
460	Adolph Sachs	Friedenshütte.
622	H. Gärtner	Beuthen O.S.
683	Carl Neumann	"
809	Joseph Beuthner	"
874	F. Freund	Deutsch-Bickar.
946	Carl Berg	Beuthen O.S.
1023	Robert Weiss	"
1052	L. Tichauer	"
1075	E. Rosenbaum	"
1235	H. Ulbrich	Rumamühle bei Scharley.
1400	Adolph Beuthner	Beuthen O.S.
1534	B. Böhm	"
1874	A. Rauer	"
2311	E. Pannek	Piasnitz.

Nr. d. Gesellschafts-Registers.	Firma der Gesellschaft.	Sitz der Gesellschaft.
125	Emanuel Sieghelm	Beuthen O.S.
315	Beuthener Chemische Fabrik Otto Schön & Bär	"

Gleichzeitig ist das unter Nr. 12 des Zeichenregisters zu der Firma Beuthener Chemische Fabrik Otto Schön & Bär zu Beuthen O.S. eingetragene, in der 4. Beilage der Nr. 261 zum „Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger“ von 1885 veröffentlichte Waaren-Zeichen für Fettglanzwäpche als Marke gelöst. [3505] Beuthen O.S., den 12. März 1889. Königl. Amts-Gericht.

Große Glaswaaren = Auction.

Wegen Aufgabe des Detail-Geschäfts der Herren **H. Ebstein Söhne, Serrenstraße 7**, versteigere ich in deren Auftrage am **Mittwoch, den 20. März, Vormittag von 9 1/2 Uhr ab**, daselbst: sämtliche bedeutende Vorräthe an Hohl- und Schmelzglas, Luzus- und Wirthschafts-Glasartikel, darunter fein geschliff. Gläser aller Art, Vasen u. s. w. vereinzelt und in Posten meistbietend gegen sofortige Zahlung und Abnahme. [4418] NB. Die Auction wird eventuell Donnerstag fortgesetzt. Der Königl. Auctions-Commis. **G. Hausfelder.**

Auctionsanzeige!

Am 22. März er. und folgenden Tagen sollen im Schlosse zu **Sad Sudowa** von Morgens 8 Uhr an die zur Concursmasse der verw. Frau Rittgutsbesitzer **Bertram** in **Garden** gehörigen Gegenstände als: eine größere Partie verschiedene Polster- pp. Möbel, Spiegel, Bilder, Betten, Wäsche, Glas-, Porzellan-, Silber-, Affenside- und Bronze-Gegenstände, 2 Stuhlföhren, verschiedene Haus- u. Küchengeräthe u. 1 Nähmaschine u. n. m. gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden. Lewin, den 14. März 1889. [3443] Busch, Gerichtsvollzieher.

16 000 Thlr. 4 1/2 pCt.

Eine Dampf- u. Wassermühle mit fl. Landwirthschaft in der Nähe Breslaus beabsichtigt die 2 darauf eingetragenen Hypotheken von zusammen 16 000 Thaler nur in eine erste Hypothek zu 4 1/2 pCt. umzuwandeln, — und zwar ausgedehnt innerhalb der halben Höhe der gerichtlichen Werthtare, wie der halben Feuerzume, — und auf 8 bis 10 Jahre festzumachen. [4547] Gefällige Offerten unter Nr. 357 Hauptpostlagernd erbeten.

Wir suchen für unsere Specialitäten der Zuckerwaaren- u. Chocoladenbranche billige Maschinen-Artikel von vorzüglichem Geschmack, aus der **Cocos-Nuß** bereitet, einen **Engros-Abnehmer** unter günstigen Bedingungen für **Breslau**. Wir sind in der Lage, immer etwas **Neues** bieten zu können, sind **ohne Concurrenz** in Deutschland und haben in den meisten großen Städten Deutschlands recht lohnende Verbindungen. Gefl. Offert. an **Mertens & Janenke**, Berlin, Wilhelmstraße 124, erbeten. [1453]

